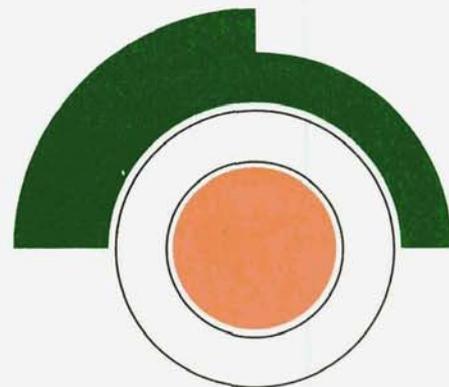


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 16



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 27. 9. 1994

## WORT UND WIDERWORT

### Sollte der Sport eine aktivere Rolle in der Jugenderziehung einnehmen?

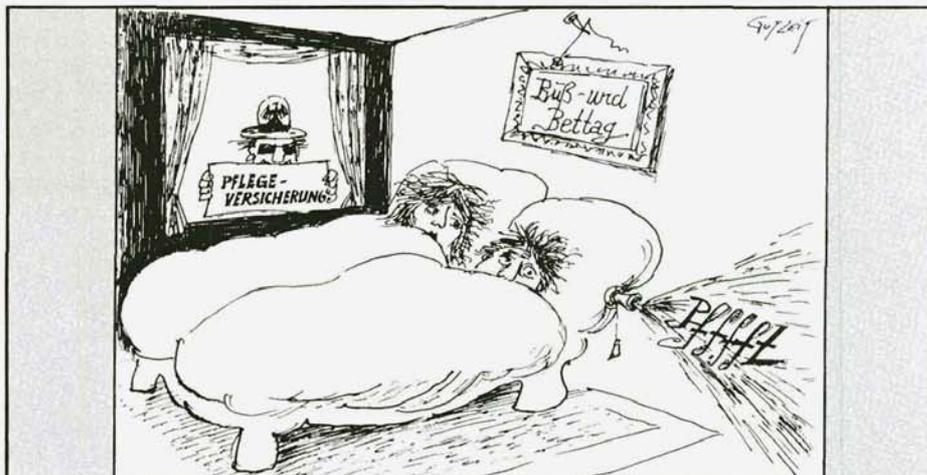
*Der gemeinsamen Anstrengung der Sportvereine und der Jugend- und Sportpolitik bedürfte es, um noch mehr Kinder für den Sport zu begeistern und sie im Verein zu halten. Schon heute werde gute Arbeit in diesem Sinne von vielen Ehrenamtlichen geleistet, die man mehr unterstützen müsse. Die Sportpolitik müsse die Vereine unterstützen. Das bekräftigt der SPD-Abgeordnete **Uwe Herder**. Der CDU-Abgeordnete **Leonhard Kuckart** erklärt, Sport könne der gefährlichen Vereinzelung in der Gesellschaft kompensierend entgegenwirken, indem er gerade frühe wichtige soziale Erfahrungen vermittele. Besonders zwischen 14 und 20 Jahren verringere der Sport erfahrungsgemäß die Bereitschaft Jugendlicher zu Gewalt und Drogen. Sport bedeute die Möglichkeit zur Körpererziehung. Der F.D.P.-Abgeordnete **Michael Ruppert** unterstreicht, keine andere Institution erreiche so viele Jugendliche wie Sportvereine. Der Übungsleiter sei ein wichtiger Vertrauter von Kindern und Jugendlichen und präge das zwischenmenschliche Verhalten. Die Kontinuität der Arbeit der Übungsleiter in den Sportvereinen sei ein wirksames Mittel zur Vermeidung von Gewalt. Die Grüne-Abgeordnete **Beate Scheffler** betont, Sportvereine böten schon heute nicht nur Sport im engen Sinn, sondern Feiern, Freizeiten und in einigen Städten sogar Betreuungsangebote für Schulkinder. Kein Verein könne sich mehr um den Erziehungsauftrag herumdrücken. Ob und wie dies in den Sportvereinen gelinge, hänge vor allem von der Qualifikation der meist ehrenamtlichen Gruppenleitung ab. (Seite 2)*

### Große Anfrage zu Umweltschutz und Luftverkehr „Regierung redet Belastungen schön“

*Die Landesregierung will sich — trotz ihrer geringen Möglichkeiten — weiter dafür einsetzen, daß immer mehr regionaler Luftverkehr durch schnelle Bahnverbindungen ersetzt wird.*

Das erklärte Landesverkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) in der Plenardebatte über die Große Anfrage 31 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die die Verminderung des Flugverkehrs aus Umweltschutzgründen zum Inhalt hat. Die Sprecherin der grünen Fraktion, Gisela Nacken, warf der Landesregierung vor, sie rede die Belastungen durch den Luftverkehr schön und heize dessen Wachstum an. Für die SPD sah Manfred Hemmer ein gewisses Maß an Regionalluftverkehr als notwendig an. In der Verkehrspolitik sei eine Gesamtbetrachtung unter Einbeziehung von Natur- und Umweltschutz erforderlich. Für Gerhard Wächter (CDU) ist der Luftverkehr ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil des Gesamtverkehrssystems, das die einzelnen Verkehrsträger miteinander verknüpfte, dabei seien die Belange von Bevölkerung und Umwelt zu beachten. Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) forderte die Inbetriebnahme der zweiten

Start- und Landebahn in Düsseldorf und die Verlängerung der bestehenden. Wenn man das Potential im Luftverkehr nicht ausnutze, gefährde man die wirtschaftliche Existenz der ganzen Region.



Ende eines Feiertages

Zeichnung: Bernd Gutzeit (Westfälische Rundschau)

## Die Woche im Landtag

### Verfassungsreform

Ein geteiltes Echo hat im Landtag die Arbeit an der Reform des Grundgesetzes gefunden; dennoch will die Landesregierung dem Kompromiß im Bundesrat zustimmen. (Seite 3)

### Entlastung

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß I hat den früheren Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) von allen Vorwürfen vollständig entlastet. (Seite 4)

### Kinderparlament

Die vierte Veranstaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen zum Weltkindertag stand unter dem Leitwort „Sucht vermeiden statt zu leiden“. (Seite 8)

### Deutsche Welle

Divergenzen über den künftigen Standort der Deutschen Welle kennzeichneten eine Aussprache über die Ausgleichsmaßnahmen für Bonn. (Seite 14)

### Forstverwaltung

Das Konzept der Landesregierung zur Neuorganisation der Landesforstverwaltung ist auf erhebliche Kritik der Opposition gestoßen. (Seite 18)

### Lokalfernsehen

Im Hauptausschuß wurde deutlich, daß es für lokales Fernsehen zur Zeit weder Bedarf noch ausreichend Frequenzen gibt. (Seite 23)

## WORT UND WIDERWORT

# Sport mindert Bereitschaft zu Gewalt und Drogen

Von  
Uwe Herder

Der allseits beklagte Funktionsverlust der Familie, das Verschwinden freier Spielmöglichkeiten in unseren Städten verstärkt den Ruf nach Angeboten in der Jugendbetreuung. Was ist naheliegender, als die Sportvereine intensiver in die Jugendarbeit einzubeziehen.

Es sind gerade die Sportvereine, die Kindern und Jugendlichen positive Werte und soziale Orientierungen vermitteln können. Wo sonst sind so viele von ihnen erreichbar. 80 Prozent der Heranwachsenden haben Kontakt zu einem Sportverein, mehr als 40 Prozent sind sogar Mitglied in einem Sportverein. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung der Sportvereine und der Jugend- und Sportpolitik,

### **SPD: Sportvereine vermitteln soziale Orientierung**

um noch mehr Kinder für den Sport zu begeistern und sie im Verein zu halten. Schon heute wird gute Arbeit in diesem Sinne von vielen Ehrenamtlichen geleistet, die wir mehr unterstützen müssen. Unsere Sportpolitik muß die Vereine unterstützen.

Mit Angeboten, die auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmt sind, mit Programmen wie das der „Talent-suche/Talentförderung“ und mit ausreichendem Engagement im Breitensport können die Sportvereine junge Mitglieder gewinnen. Sie bieten ihnen so eine sinnvolle Möglichkeit der Freizeitgestaltung und des Miteinanders. Gerade das Miteinander in der Mannschaft und die Fairneß im Sport sind Eigenschaften, die es sich lohnt, zu lernen, ohne die unsere Gesellschaft verarmt.

Ein deutliches „Ja“ zur aktiven Rolle des Sports in der Jugend- und Sportpolitik,

Von  
Leonhard Kuckart

Sollte der Sport eine aktivere Rolle in der Jugend- und Sportpolitik einnehmen?

Entschieden „Ja“. Der pädagogische Wert des Sports kann überhaupt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden und sollte entsprechend aktiv in der sich immer schwieriger gestaltenden Jugend- und Sportpolitik genutzt werden.

Ich möchte diese Entschiedenheit begründen: Was unsere Gesellschaft mit ihrer komplexeren werdenden Struktur am dringendsten braucht, ist ein integratives Medium. Der Sport stellt eine solche Integrationskraft dar, die in der Lage ist, schon junge Menschen unterschiedlichster Herkunft, Bildung, Weltanschauung etc. zusammenzuführen. Sport hat die Möglichkeit, Tugenden wie Teamgeist, Fair play, Anerkennung von Regeln sowie das Be-

### **CDU: Kindern soziale Erfahrungen vermitteln**

wußtsein von Sieg und Niederlage zu vermitteln. Er kann der gefährlichen Vereinzelung unserer Gesellschaft kompensierend entgegenwirken, indem er gerade Kindern frühe, wichtige soziale Erfahrungen vermittelt. Besonders zwischen 14 und 20 Jahren kann Sport erfahrungsgemäß die Bereitschaft Jugendlicher zu Gewalt und Drogen verringern.

Überdies ist Sport das beste Gegenmittel zu unserer zivilisationsbedingten Bewegungsarmut. Neueste Untersuchungen bestätigen, daß schon die Gesundheit Jugendlicher von dieser Bewegungsarmut entschieden beeinträchtigt ist. Sport in der Jugend- und Sportpolitik bedeutet die Möglichkeit zur Körpererziehung und damit zur Gesundheit der jungen Menschen. Die maßgebliche Voraussetzung für die vielseitige konstruktive, pädagogische Kraft des Sports ist allerdings, daß die staatlichen Rahmenbedingungen für die haupt- und ehrenamtlichen Strukturen des Sports verbessert werden.

Von  
Michael Ruppert

Sport ist für Jugendliche die sinnvollste Freizeitbeschäftigung. Lebensfreude, Regelbewußtsein, Toleranz, Rücksicht, Fairneß, Teamgeist, Einsatzfreude, Verantwortung, Selbstdisziplin – das alles sind unstrittige Werte, die im Sport vermittelt werden. Sport ist damit ein zentraler Faktor nicht nur für das Wohlbefinden des einzelnen Menschen, sondern auch für seine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Keine andere Institution erreicht so viele Jugendliche wie Sportvereine. Vierfünftel aller Heranwachsenden sammeln dort Erfahrungen und werden in ihrer Entwicklung positiv geprägt.

Der Übungsleiter ist ein wichtiger Vertrauter von Kindern und Jugendlichen und prägt das zwischenmenschliche Verhalten. Er stellt für die Jugendlichen eine wichtige Bezugsperson dar, deren Bedeutung in der Sozialpolitik bisher weitgehend unterschätzt wird.

### **F.D.P.: Selbsterfahrungen und Selbstbestätigungen**

Das von der Bundesregierung durchgeführte Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt hat in seiner Zielgruppenarbeit mit gewaltgefährdeten Jugendlichen gezeigt, daß Jugendliche wichtige Selbsterfahrungen und Selbstbestätigungen im Sport erleben. Neueste wissenschaftliche Ergebnisse belegen, daß Sportvereinsjugendliche in Streßsituationen weniger dazu neigen, ihr Verhalten von Gruppendruck Gleichaltriger bestimmen zu lassen als andere Jugendliche. Angesichts der Tatsache, daß 90 Prozent der fremdenfeindlichen Gewalttaten aus spontanen Gruppenzusammenschlüssen entstehen, ist die Kontinuität der Arbeit der Übungsleiter in den Sportvereinen ein wirksames Mittel zur Vermeidung von Gewalt.

Natürlich kann kommunale Sportförderung nicht zur Jugend- und Sportpolitik schlechthin werden. Gerade in Zeiten eingegrenzter finanzieller kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten müssen jedoch Prioritäten gesetzt werden. Was heute an Sportmöglichkeiten eingeschränkt wird, muß morgen mindestens doppelt an Sozialarbeit ausgeglichen werden.

Von  
Beate Scheffler

Draußen herumtoben, im Wohnviertel Fuß- oder Völkerball spielen – für viele Kinder ist dies nicht möglich. Eine auf Autos ausgerichtete Stadtplanung hat den Lebensraum nicht nur für die Kinder erheblich eingeschränkt. Dabei ist der selbstorganisierte Sport in der Gruppe Gleichaltriger von großer Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Selbstständigkeit, Verabreden von Regeln, das Auskommen mit anderen, Gruppenbildung und -konflikte können gelernt werden. Für viele Kinder und Jugendliche muß der Sport im Verein heute zusätzliche Funktionen übernehmen, die früher an anderer Stelle erprobt und gelernt werden konnten.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen zeigt, wie beliebt Sportvereine in NRW sind. Ihre Arbeit ist so vielfältig, daß sie die Konkurrenz zu den vielen kommerziellen Angeboten gut aufnehmen können, wobei wesentlich mehr Jungen als Mädchen in ihnen organisiert sind. Mädchen-spezifische Angebote

### **GRÜNE: Erwartung an Arbeit der Sportvereine wächst**

müssen hier noch weiterentwickelt werden.

Sportvereine bieten schon heute nicht nur Sport im engen Sinn, sondern Feiern, Freizeiten und in einigen Städten sogar Betreuungsangebote für Schulkinder. Die Erwartungen an ihre Arbeit wachsen. Kein Verein kann sich mehr um den Erziehungsauftrag herumdrücken. Ob und wie dies in den Sportvereinen gelingt, hängt vor allem von der Qualifikation der meist ehrenamtlichen Gruppenleiter/innen ab. Ihre Fortbildung hat daher besondere Bedeutung. Beim Erwerb der sogenannten Übungsleiter-Scheine darf es nicht nur um das sporttechnische Know-how gehen. Bei jedem Lehrgang müssen auch Fragen der Erziehung ihren Platz finden. Dazu wäre es eigentlich erforderlich, die Stellen der Bildungsreferentinnen und -referenten in den Sportverbänden zu erhöhen. In NRW sind aber die Landeszuschüsse für diese Stellen in den letzten Jahren fast gleichgeblieben, obwohl die Verbände durch Tarifierhöhungen jährlich höhere Kosten zu tragen haben. Wer zu Recht erwartet, daß der Sport sich aktiv an der Betreuung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen beteiligt, muß auch die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

## Landesregierung stimmt im Bundesrat für Verfassungskompromiß

### „Wichtige Verbesserungen würden sonst nicht zustande kommen“

Um die Ergebnisse der dreijährigen Arbeit der Gemeinsamen Kommission von Bund und Ländern zu der im Grundlagenvertrag vereinbarten Reform des Grundgesetzes ging es bei der Debatte des Landtags über die Regierungserklärung, die Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) am 21. September abgab. Dabei kündigte der Minister die Zustimmung des Landes zu der im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat gefundenen Kompromißlösung an — ungeachtet der Bedenken, die die Landesregierung gegen einzelne Punkte habe. Würde der bereits vom Bundestag gebilligte Kompromiß scheitern, so Schnoors Begründung, dann kämen wichtige Verbesserungen wie der Umweltschutz als Staatsziel, das Verbot der Diskriminierung Behinderter und die größeren Gesetzgebungskompetenzen der Länder nicht zustande. Mit der Zustimmung sei die Diskussion um die Verfassungsreform nicht beendet; so stehe das wichtige Problem der Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden weiterhin auf der Tagesordnung.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) wertete den gefundenen Kompromiß bei der Verfassungsreform „nur als Zwischenschritt“. Die Zahl der Änderungen sei als nicht gering einzuschätzen. „doch eine grundlegende Fortentwicklung des Grundgesetzes mit wesentlichen neuen Inhalten ist nur ein Stück vorangekommen“. Die Menschen in der ehemaligen DDR hätten mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ ihre Rechte eingefordert; es wäre darum naheliegend gewesen, in das Grundgesetz Formen unmittelbarer Demokratie wie Volksanträge, Volksbegehren und Volksentscheide aufzunehmen; dafür habe es leider in der gemeinsamen Verfassungskommission keine Mehrheit gegeben. Gescheitert sei ebenso die Absicht eines umfassenden Minderheitenschutzes. Es gehe nicht an, eine Formu-

Deutschlands hätte sich die Chance geboten, Folgerungen aus der deutschen Einigung zu ziehen und das Verhältnis zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen und die Tendenz zum Zentralismus zu stoppen. Das sei am Verhalten der Bundestagsmehrheit gescheitert, sie habe — „was es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher so nicht gegeben hat“ — die Konfrontation mit den Ländern gesucht. Die Folge sei, daß mit der jetzt erreichbaren Grundgesetzänderung die föderale Staatsstruktur nicht ausreichend gefestigt worden sei. Zudem seien die Probleme der Finanzverfassung, insbesondere die Aufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern und die Aufteilung ihrer Finanzierung, nicht gelöst. Die Überlegungen zur Reform der Finanzverfassung sollten erneut aufgegriffen und

der im Zuge einer Teilrevision jetzt mehr Kompetenzen erhalten“, meinte Klose. Das sei ein großer Erfolg für den Föderalismus. „Das ist ein großer Erfolg auch für uns in Nordrhein-Westfalen.“ Der wichtigste Erfolg in diesem Reformprozeß zugunsten der Länder sei aus Sicht der CDU die Neufassung des Artikels 23 Grundgesetz gewesen. Diese Vorschrift beschreibe und sichere erstmalig die Mitwirkungsrechte der deutschen Bundesländer beim Prozeß der europäischen Einigung. Die Übertragung von Hoheitsrechten des Bundes und der Länder auf die Europäische Union bedürfe jetzt der Zustimmung nicht nur des Bundestages, sondern auch des Bundesrates und damit der Länder. In den europäischen Gremien habe bisher für die Bundesrepublik Deutschland ausschließlich der Bund am Verhandlungstisch gesessen, und zwar auch dann, wenn es sich um Fragen gehandelt habe, für die nach deutschem Recht die Länder zuständig seien. In dieser entscheidenden Frage stelle der neue Artikel 23 des Grundgesetzes klar, daß in Zukunft der Bund diese Aufgaben nicht wahrnehmen dürfe.

**Jürgen Büssow** (SPD) stellte bei den Verhandlungsberatungen mangelndes öffentliches Interesse fest; die Öffentlichkeit sei herausgehalten worden, und es sei auch nicht gelungen, die Länderparlamente als dritte Bank unmittelbar zu beteiligen. Das letztere halte er für einen Skandal: Es seien nämlich die Landesregierungen gewesen, die im Bundesrat gegen die Miteinbeziehung der Landtage votiert hätten. Auch das Interesse der Medien sei kaum festzustellen gewesen, beklagte Büssow, stellte aber gleichzeitig fest, daß sich der Landtag Nordrhein-Westfalen am intensivsten mit der Verfassungsreform beschäftigt und mehrere Anträge beraten habe.

Eine Rücküberweisung von Bundesaufgaben zu den Ländern mache nur Sinn, wenn die Länder gleichzeitig eine Stärkung ihrer Finanzkraft erhielten, um ihre Aufgaben bewältigen zu können. So sei eine grundlegende Reform der Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Staatsebenen ausgeblieben, weil man sich nicht auf eine grundlegende Verfassungs- und Finanzreform habe verständigen können. Er räume aber ein, daß „es sich rechtfertigt, daß die Landesregierung zustimmt, weil wir als Landesparlamente eine kleine Kompetenzstärkung erfahren. Aber toll ist das Ganze nicht“. Die SPD habe nie eine „Totalrevision“ des Grundgesetzes verlangt, stellte er richtig; dazu habe es bei einer der besten Verfassungen der Welt auch keinen Anlaß gegeben. „Aber es gab Anlässe genug, die Verfassung weiterzuentwickeln.“

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) bedauerte ebenfalls die geringe öffentliche Aufmerksamkeit und führte diesen Umstand auf das weitverbreitete Gefühl der Sicherheit und des Wunsches nach Kontinuität des Wertesystems zurück. Bei den Beratungen der Verfassungskommission sei nichts „visionär Neues“ erdacht worden. Andererseits sei für ihn die Verabschiedung der Verfassungsreform mit einer so großen Mehrheit ein gutes Zeichen für den weitreichenden Grundkonsens über die tragenden Funda-

Fortsetzung Seite 6



Differenzen und Akzente in der Bewertung der Arbeitsergebnisse bei der Verfassungsreform (v.l.): Innenminister Dr. Herbert Schnoor, Jürgen Büssow (beide SPD), Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Bärbel Höhn (GRÜNE).  
Fotos: Schälte

lierung wie „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“ als einen „Ansatzpunkt der Desintegration zwischen Deutschen und Ausländern“ abzutun, wie das durch den Bundesinnenminister geschehen sei.

Es sei auch nicht gelungen, die Rahmengesetzgebungskompetenzen des Bundes im Bereich des Hochschulwesens einzuschränken. Es sei nicht einzusehen, daß der Bund den Ländern Vorgaben im Bereich von Organisation und Verwaltung der Hochschulen machen dürfe. Rahmenkompetenzen des Bundes seien für Ansätze neuer Organisationsstrukturen schädlich, wie sie in Nordrhein-Westfalen unter Mitwirkung der Hochschulen unternommen würden, befand der Minister und erwähnte weitere Punkte, die trotz Unterstützung von liberaler Seite von der Union verhindert worden seien, die Achtung nichtethelicher Lebensgemeinschaften und Schutz der Tiere durch die Verfassung. Nach der Wiederherstellung der Einheit

grundsätzlicher als bisher angegangen werden, forderte der Innenminister. Er kündigte an, das Land werde den Kompromissen im Bundesrat zustimmen. Eine weitere Erneuerung des Grundgesetzes bleibe aber auf der Tagesordnung.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), Landtagsvizepräsident, betonte: „Als Union haben wir geschlossen unter Beweis gestellt, daß wir die Kraft besitzen, die Verfassung vor modischen Experimenten zu schützen.“ Das Grundgesetz sei seit 1990 nach der Wiedervereinigung die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Es habe sich in über 45 Jahren bewährt, und die Menschen in der DDR hätten sich in großer Mehrheit für den Beitritt zum Grundgesetz entschieden. Für die CDU/CSU habe eine Totalrevision des Grundgesetzes nie zur Debatte gestanden. „Wir freuen uns darüber, daß mit der Einigung im Vermittlungsausschuß und mit der Bestätigung durch den Bundestag die Län-

## Hombach erläutert Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

# Heinemann von Filz-Vorwurf vollständig entlastet



Die Minderheit nahm Vorwürfe zurück, die Mehrheit vermißte Entschuldigungen: v.l. Vorsitzender Bodo Hombach (SPD), Hartmut Schauerte (CDU), Ernst Walsken (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE), Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sowie Hermann Heinemann (SPD). Fotos: Schälte

Der ehemalige Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) hat nicht „in verwerfbarer Weise“ falsch gehandelt und sich im Förderfall des Bochumer Entwicklungs- und Forschungszentrums für Mikrotherapie (EFTM) „völlig korrekt und mit der gebotenen Zurückhaltung“ verhalten. Diese Beurteilung der Ausschubmehrheit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I gab dessen Vorsitzender Bodo Hombach (SPD) am vergangenen Mittwoch bei der Vorstellung eines Teilberichts des Untersuchungsausschusses wieder. Persönlich merkte Hombach an, dies sei für den „Kollegen Heinemann eine Genugtuung, wenn auch eine späte“. Der Vorsitzende räumte indessen ein, daß der Ausschub bei der verwaltungsmäßigen Behandlung des Projektes EFTM eine Reihe von Fehlern und Mängeln habe feststellen müssen.

**Bodo Hombach** (SPD) erklärte, der Untersuchungsausschuß habe den Sachverhaltskomplex „Entwicklungs- und Forschungszentrum für Mikrotherapie (EFMT, Bochum) abgeschlossen. Der vorgelegte Bericht habe 210 Seiten. Mehr als 11 000 Seiten Akten hätten gesichtet werden müssen. In 17 öffentlichen Sitzungen seien insgesamt 26 Zeugen zu verschiedenen Beweissthemen vernommen worden. In 13 nichtöffentlichen Sitzungen seien Beweisaufnahmen vorbereitet sowie Verfahrens- und Rechtsfragen erörtert worden. Die umfassende Sachverhaltsaufklärung spiegele sich nicht zuletzt in 2 500 Seiten Ausschubprotokollen wider. Der Vorsitzende hob hervor, daß über alle Parteigrenzen hinweg die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Einvernehmen hinsichtlich des festzustellenden Sachverhaltes erzielt hätten. Wie nicht anders zu erwarten, habe es bei der Bewertung zwischen Mehrheitsfraktion und Opposition abweichende Auffassungen gegeben. Auch hier sei die Zusammenarbeit sachlich gewesen. Es habe bei einem gemeinsam dem Parlament vorzulegenden Bericht bleiben können. Es gebe auch eigene Bewertungen der Oppositionsfraktion, die dem Bericht beigelegt worden seien. Dem Untersuchungsauftrag entsprechend habe ein Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses bei der Frage gelegen, ob der ehe-

malige Arbeitsminister Hermann Heinemann in verwerfbarer Weise falsch gehandelt habe. Es habe gegolten, seine Rolle bei der Behandlung des Projektes EFMT zu untersuchen. Insbesondere der im Vorfeld geäußerte Filz-Vorwurf habe bei den Untersuchungen naturgemäß eine Rolle gespielt. Hombach stellte klar: „Nach der Beurteilung der Ausschubmehrheit hat sich der ehemalige Minister Hermann Heinemann im Förderfall EFMT völlig korrekt und mit der gebotenen Zurückhaltung verhalten. Es gab weder persönliche Beziehungen zu den Initiatoren oder deren Familien, noch hat Minister Heinemann auf die Förderentscheidung in irgendeiner verwerfbarer Weise Einfluß ausgeübt.“ Auch die Oppositionsfraktionen gingen bei ihrem Bericht davon aus, daß Minister Heinemann keinen persönlich motivierten Einfluß auf den Gang des Verfahrens und auf die Entscheidung in der Förderangelegenheit EFMT ausgeübt habe. In einer persönlichen Bemerkung fügte der Vorsitzende ein, daß diese Feststellungen für den Kollegen Heinemann eine Genugtuung, wenn auch eine späte sein müsse. Hombach fuhr fort, der Parlamentarische Untersuchungsausschuß habe allerdings bei der verwaltungsmäßigen Behandlung des Projektes EFMT eine Reihe von Fehlern und Mängeln feststellen müssen. So habe er auch Verstöße gegen haushaltsrechtliche Bestimmungen erkannt. Der Untersuchungsausschuß habe im Bericht ferner eine Reihe von Empfehlungen für das zukünftige Regierungshandeln ausgesprochen. Er halte es beispielsweise für zweckmäßig, daß größere Ressortforschungsvorhaben einer ressortübergreifenden Abstimmung unterzogen werden sollten.

**Hartmut Schauerte** (CDU) sagte, am Beginn habe es in den Medien und in der Politik eine Reihe von Verdachtsmomenten und Verdächtigungen gegeben. Bei den Untersuchungen habe man festgestellt, daß an diesen Untersuchungen nichts dran gewesen sei. „Dazu stehen wir. Das erklären wir uneingeschränkt. Und wir nehmen auch entsprechende Vorwürfe ohne Wenn und Aber zurück“, betonte der Abgeordnete. Er denke, das gebiete der Anstand, und das habe Hermann Heinemann verdient. Unab-

hängig davon sei der Auftrag gewesen zu untersuchen, ob es bei der Vergabe der Mittel, bei den notwendigen Entscheidungen nach Recht und Gesetz zugegangen sei. „Bei dieser Untersuchung sind wir in der Tat zu Ergebnissen gekommen, die es in sich haben.“ Selbst wenn man den Mehrheitsbericht nehme, stelle er 14 schwere Mängel fest. U. a. sei der Grundsatz der sparsamen Mittelverwendung nicht beachtet worden. Die Minderheit habe weitere zehn Punkte dazu festgestellt. Zum Rücktritt des damaligen Ministers Heinemann meinte der Abgeordnete, er sei erfolgt, nachdem ein Ereignis eingetreten sei, „an dem wir nun wirklich keinen Anteil haben“. Das sei das sogenannte Drehbuch und das „Strategiepapier“ gewesen. Kein Mitarbeiter der CDU oder Landtagsabgeordneter habe sie herausgegeben. „Was da gelaufen ist, ist aus ihrem eigenen Laden gekommen.“

**Ernst Walsken** (SPD) meinte, er finde die zehn zusätzlichen Voten der Opposition im Untersuchungsausschußbericht nicht. Er finde nur eine einzige zusätzliche. Der Abgeordnete bekräftigte dann: „Lassen Sie mich aber Ihnen erst einmal das Kompliment machen, daß ich überrascht und gleichzeitig erfreut bin, daß Sie die Vorwürfe, die Sie zu Beginn des Verfahrens erhoben haben, hier und heute sang- und klanglos zurückgenommen haben.“ Zu den Beanstandungen im Bericht, erklärte Walsken, es gehe natürlich darum, diese Vorwürfe, die im Raum stünden, die Beanstandungen, die man festgestellt habe, die Qualität hätten, eine persönliche Mitverantwortung von Ministern zu begründen. „Darum geht es im Kern.“ „Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Ich sehe das nicht so.“ Er denke, politische Verantwortung bedeute das Erkennen von wichtigen relevanten Entscheidungen und Entwicklungen in diesem Land, das Unterstützen von diesen Entwicklungen.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) wertete es als positiv, daß gemeinsame Feststellungen hätten getroffen werden können. Er möchte dem Vorsitzenden insbesondere auch zustimmen, was die persönliche Integrität von Hermann Heinemann angehe. Wörtlich sagte

Fortsetzung Seite 28

## Sozialstaat gerecht gestalten

Der SPD-Antrag „Den Sozialstaat gerecht gestalten“ (Drs. 11/7746) wurde nach einer von aktuellen Wahlkampfthemen geprägten kontroversen Aussprache am 22. September von der SPD-Mehrheit angenommen, die Entschließung der Grünen (Drs. 11/7784) mit großer Mehrheit abgelehnt. Gegen den auf Antrag der Grünen getrennt aufgerufenen Abschnitt V des SPD-Antrags, in dem es um Schwarzarbeit und Mißbrauch von Sozialleistungen geht, stimmten CDU, F.D.P. und Grüne gemeinsam.

Hermann Heinemann (SPD) erklärte, vor fünf Jahren habe Kohl den Sozialstaat als Verminderung der Unterschiede zwischen Schwachen und Starken und als sichere Existenzgrundlage bezeichnet. Das Gegenteil sei eingetreten. Unter seiner Regierung litten Millionen Menschen, es würden immer mehr. Es gebe die höchste Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger-Quote. Die Befristung der Arbeitslosenhilfe dränge Langzeitarbeitslose in die Sozialhilfe ab. Das koste in NRW eine Milliarde Mark. Die Abgaben seien so hoch wie nie. Die Zweidrittelgesellschaft sei eingetreten. Eine Million Kinder in Deutschland, 244 000 alleinerziehende Frauen in NRW lebten von Sozialhilfe. Die Ergänzungsabgabe solle nur Gutverdiener treffen. Familien mit Kindern würden immer mehr belastet. Die NRW-SPD wolle einen gerechten Sozialstaat und die solidarische Gesellschaft.

Hermann-Josef Arentz (CDU) nannte es ein starkes Stück, wie die SPD den Landtag für soziale Demagogie mißbrauche. Das Strickmuster sei aus früheren Wahlkämpfen bekannt. Tatsächlich werde jede dritte Mark für Soziales ausgegeben. Sichere Renten gebe es erst seit Blüm wieder. Die Ostromten seien seit 1990 dazugekommen, im Durchschnitt 1500 Mark pro Monat. Jede zweite Mark der Bundesanstalt für Arbeit werde für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben, insgesamt 1994 53,7 Milliarden Mark. Im Westen seien die Ausgaben für Umschulung um 335 Prozent höher als 1982. Arbeitsaufnahme, Rehabilitation und Lohnkosten für ältere Arbeitnehmer seien massiv bezuschußt worden. Das Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose sei zweimal verlängert worden. Der Vorwurf von Sozialabbau sei absurd. Sozialdemokraten hätten bis 1982 die Krankenversicherten geschöpft, sagte Arentz und zählte acht Kürzungen der SPD-Regierung auf. Die Pflegeversicherung sei ein Jahrhundertwerk. Die Sozialhilfe sei seit 1983 um 19 Prozent gestiegen. Am Anstieg der Empfänger seien 3,7 Millionen Zuwanderer beteiligt. Das verschweige die SPD, weil sie wahlkampfwirksam das Armutsmärchen unter die Leute bringen wolle. Wer sich der PDS nähere, vergesse, wie das SED/PDS-Unrechtssystem mit Rentnern, Behinderten, Pflegebedürftigen und Kranken umgegangen sei.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sah viel Irreführendes im SPD-Antrag. Die Erhöhung des Grundfreibetrags und wesentliche Steuervereinfachungen sei von der Bonner Koali-



„Gemeinsam für das Wasser Verantwortung tragen“ hat der Wasser-Generationenvertrag zur Überschrift, der am 22. September im Landesparlament von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, den Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthman (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Bärbel Höhn (GRÜNE, Sprecherin) sowie Dr. Helmut Eiteneyer (Gelsenwasser AG), Wilfried Handrock (Stadtwerke Paderborn GmbH), Helmut Haumann (GEW-Köln AG), Gerd Müller (RWW Mülheim), Dr. Hans-Dieter Spangenberg (EWV-Stolberg) und vier Kindern der Düsseldorfer Grundschule Helmholtz-Straße unterzeichnet wurde. In ihrer Ansprache sagte die Landtagspräsidentin: „Wasser ist die Grundlage allen Lebens.“ In der Bundesrepublik könne man sich glücklich schätzen, denn Deutschland sei eines der wasserreichsten Länder der Welt. Es sei eine gemeinsame Aufgabe von Politikern, Wasserwirtschaft und Wassernutzern, die hohe Qualität unseres Wassers auch für die Zukunft sicherzustellen. „Wenn wir heute hier in Düsseldorf den symbolischen Wasser-Generationenvertrag unterzeichnen, ist dies ein Zeichen dafür, daß wir die Verantwortung, die wir übernommen haben, sehr ernst nehmen.“ Das Bild zeigt die Präsidentin bei der Unterzeichnung des Vertrages, links Hans-Dieter Spangenberg, rechts die Schulkinder.  
Foto: Schälte

tion angekündigt. Die Umverteilung von oben nach unten sei Legende. Wer mehr verdiene, zahle mehr Steuern, und zwar bis zu 54 Prozent. Breite Schichten zahlten mehr Steuern, weil sie mehr verdienten. Zwei Drittel der Bürger würden angegriffen, ein Drittel gegen den Rest der Gesellschaft aufgebracht. Vorwürfe von sozialer Demontage entpuppten sich als Hetze. Eine Billion Mark gehe in die soziale Umverteilung. Eine Riesensozialbürokratie sei dafür aufgebaut. Wer starke Schultern zuviel belaste, trage zum Leistungsentzug bei. Wenn mehr Kinder von Sozialhilfe lebten, liege das auch an mehr zerrütteten Familien. Die Rechenvergleiche mit Zahlen vor der Zuwanderung seien nicht seriös.

Daniel Kreutz (GRÜNE) meinte, zwölf Jahre Kohl hätten die Schmerzgrenze überschritten. Für das obere Drittel der Reichen habe der Sozialstaat seine historische Mission erfüllt. Das frühere Gesäusel sei durch beiharte Verteilungskämpfe abgelöst worden, der Kapitalismus komme wieder zum Vorschein. In NRW entstehe mit Millionen Erwerbs- und Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern eine Dritte Welt mitten in der ersten. Das Modell des Sozialstaats sei gescheitert. Zur menschenwürdigen Existenzsicherung müsse vorhandener Reichtum umverteilt werden. Sozialer Fortschritt müsse sich an Lebensqualität statt an Geld messen. Die SPD lasse sich in den Knast einer Großen Koalition zwingen. Dem Grünen-Antrag könnten alle Sozialdemokraten zustimmen: soziale Grundsicherung, Umbau der Pflege-

versicherung, radikale Umverteilung von Erwerbsarbeit.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) sprach eine veränderte Großwetterlage an, an der sich der Sozialstaat zu orientieren habe. Was die CDU heute wolle, entspreche nicht mehr sozialer Verantwortung. Den unteren Einkommen werde Kaufkraft von 12 bis 15 Milliarden Mark entzogen. Das sei auch ökonomisch Unsinn. Der Bund habe 500 Millionen Mark für Arbeitsförderung nicht ausgeben können, NRW helfe mit einer Milliarde Mark. Auch beim Wohnungsbau habe Bonn die Bedürfnisse eiskalt vor die Wand laufen lassen. In das Gesundheitssystem solle eine Zweiklassenmedizin eingebaut werden, das gehe mit der SPD nicht. In der CDU-Familienpolitik stecke die Philosophie, Kinder wohlhabender Eltern stellten höhere Ansprüche, die Eltern müßten steuerlich höher entlastet werden. Den Abstand zwischen Geringverdienenden und Sozialhilfeempfängern habe er geprüft. Sozialhilfe zu kürzen, sei nicht die Antwort, sondern Familien mit einem Verdiener und mehreren Kindern müßten bessergestellt werden. Im Solidarsystem sollten Junge für die Alten, Arbeitslosen und Kranken einstehen. Bei der Pflegeversicherung habe die SPD den entscheidenden Durchbruch geschafft und die häusliche Pflege verstärkt. Schwerpunkt 1995 werde der Ausbau der Sozialstationen und der ambulanten Dienste sein, nicht der Neubau von stationären Einrichtungen. Ehrenamtliche und Selbsthilfe-Organisationen würden weiter gebraucht.  
Fortsetzung Seite 29

## Verfassungsreform...

Fortsetzung von Seite 3

mente, „und es gibt eine funktionsfähige und stabile Demokratie“. Nach Verabschiedung der Reform gebe es keinen Anlaß, „als Landtag die Diskussion zu wiederholen und nachzukarten. Es gehört eigentlich zur staatspolitischen Kultur, das Entscheidungen mit verfassungsändernder Mehrheit oder vielleicht sogar einer größeren Mehrheit über ihre juristische Geltung hinaus auch politisch respektiert werden sollten“. Auch er sei der Meinung, daß es ein Fehler war, die Landesparlamente nicht am Beratungsverfahren zu beteiligen; wenn man bedenke, daß die Landesparlamente das Grundgesetz in Kraft gesetzt haben, dann könne dieser Umstand sogar als eine Mißachtung eines historischen Anspruchs auf Mitwirkung ausgelegt werden. Aber nun sollte man in die Zukunft blicken und „das, was wir von unserer Seite, der Seite der Länder, aus tun können, um den Föderalismus zu stärken, in Angriff nehmen“.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) urteilte: „Die Verfassungsreform ist gescheitert. Soziale Grundrechte und die Rechte von Minderheiten und AusländerInnen blieben ebenso außen vor wie direkte demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten.“ Umweltschutz und Frauenrechte seien zwar enthalten, „aber mehr als Lyrik, denn zur Durchsetzung individueller Rechte“. Auch der Tierschutz sei nicht aufgenommen worden; kurz, es habe an Ernsthaftigkeit gefehlt, durch eine neue Verfassung das Zusammenwachsen von Ost und West zu fördern und das zu recht gelobte Grundgesetz zu vollenden. Sie stellte die Frage, ob man nicht eine Verfassung hätte schmieden können, in der sich die Erfahrungen beider Teile wiedergefunden hätten. Diese große Chance sei bewußt vertan worden.

Es gehe um eine neue Verfassung des Volkes. „Aber dafür scheint das Volk gar nicht mehr benötigt zu werden. Eine Verfassung für das Volk, ohne das Volk. Selbst über das Endprodukt wird es keine Abstimmung geben“. Wenn die Bevölkerung den Eindruck habe, daß die Meinung des Volkes nicht so entscheidend sei, dann dürfe man sich nicht über abnehmende Beteiligung an Wahlen wundern, fuhr Höhn fort und erklärte, mehr als zwei Drittel der Bevölkerung wolle die Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz; die alle vier oder fünf Jahre gestattete Beteiligung an Wahlen werde nicht mehr als ausreichend empfunden. Hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei man auch bei der Sicherung sozialer Grundrechte und bei der Stärkung von Minderheitenrechten: Es werde kein Recht auf Bildung, auf ausreichende Versorgung mit Wohnraum, keine staatliche Verpflichtung zu aktiver Beschäftigungspolitik und kein Wahlrecht für Nicht-Deutsche geben. Auch sei nicht erreicht worden, die tatsächliche Gleichstellung der Frau zu gewährleisten oder die Rechte nichtehelicher Lebensgemeinschaften zu stärken. Umweltschutz als Staatsziel sei nur halbherzig und nicht als individuell einklagbares Grundrecht aufgenommen worden.

Drei Fraktionen hatten zur Regierungserklärung und ihrem Thema Anträge eingebracht. Die der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 11/7782) und der F.D.P. (Drs. 11/7787) wurden abgelehnt; angenommen wurde der Antrag der SPD (Drs. 11/7752 neu).

## Aktuelle Stunde zur Abwahl des KVR-Direktors

### Mißbrauch oder nur Schließung einer Gesetzeslücke?

*„Mißbräuchliche Anwendung des KVR-Gesetzes zur Versorgung eines Verbandsdirektors“ war das Thema einer von der F.D.P. beantragten Aktuellen Stunde des Landtags am 21. September.*

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) sah einen Widerspruch: Einerseits sei man beim Kommunalverband Ruhrgebiet parteiübergreifend zufrieden mit der Arbeit von Verbandsdirektor Gramke, andererseits habe die SPD in der Verbandsversammlung seine Abwahl beantragt, um ihm seine vollen Versorgungsansprüche zu gewährleisten. Der F.D.P.-Vertreter in der Versammlung werde mit seiner Stimme nicht zur erforderlichen Dreiviertelmehrheit beitragen, auch die CDU sollte an der Abwahlsitzung nicht teilnehmen.

**Jürgen Thulke** (SPD) betonte, Gramke genieße große Wertschätzung, „so zu tun, als geschähe etwas Unehrenhaftes, das hat Jürgen Gramke nicht verdient“. Bei seinem Ausscheiden verliere er erhebliche Teile seiner erworbenen Versorgung; darum sei die Abwahl das Mittel, auf das sich die Mehrheit verständigt habe.

**Herbert Reul** (CDU) nannte die Abwahl „Trickserei und Kungelei“; die SPD solle für ein anderes Verfahren sorgen. Gramke solle sein neues Amt in Sachsen-Anhalt ohne gesichertes „Ruhgeldkissen“ antreten. Es gebe keine „Vollkasko-Absicherung“ für jeden einzelnen.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) bezeichnete das Vorgehen als rechtswidrig; von einem „Fall ins Bergfreie“ könne keine Rede sein. Der CDU gehe es nicht um Gramke, sondern darum, die rot-grüne Minderheitsregierung in Magdeburg zu treffen und „Herrn Scharping mit der PDS vorzuführen“.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) bezeichnete Lanfermanns und Reuls Verhalten als „schäbig“: Sie täten so, als sollte Gramke versorgt werden. Es gehe aber nur darum, ob seine wohlverworbenen Rechte gesichert werden oder ob sie untergehen. Das nehme auch die CDU für sich in Anspruch, wie das Doppelbeamtenverhältnis von Professor Milbradt zeige, dem jetzigen sächsischen Finanzminister und früheren münsterischen Kämmerer.

**Lothar Hegemann** (CDU) nannte dieses Beispiel „untauglich“. Es könne keine Rede davon sein, daß das Verfahren rechtlich einwandfrei sei.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) forderte den Innenminister auf, klare Stellung zu beziehen.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) widersprach, es gehe nicht um Rechtsauslegung, „es gehe hier um Politik“. Es sei absolute Praxis, daß erworbene Ansprüche bestehenblieben. Die Abwahl sei kein „schönes“ Mittel, sondern nur die „rechtliche Krücke“. Es gebe keinen anderen Weg.

**Dr. Helmut Linsen** (CDU) wollte wissen, ob die Abwahl mit dem Gesetz zu vereinbaren ist. Sonst entstehe zu Recht der Eindruck der Manipulation.

**Dr. Herbert Schnoor** (SPD) machte auf eine Lücke im Landesbeamtengesetz aufmerksam, die das Bundesbeamtengesetz nicht habe. Weil die Rechtslage im Lande keinen anderen Weg weise, halte er die Abwahl für zulässig.

**Hartmut Schauerte** (CDU) sah bei einem solchen Vorgehen die Rechtsstaatlichkeit gefährdet. Hier werde die Entscheidung zugunsten eines einzelnen zu Lasten der Rechtssicherheit getroffen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) plädierte dafür, einen sauberen rechtlichen Weg zu gehen, „der heißt eine neue gesetzliche Grundlage und nicht die jetzige Krückenkonstruktion“.

## Kölner Staatsanwalt klärt auf

*Die Milliardenpleite des Steinhagener Sportbodenherstellers Balsam AG zieht weitere Kreise. Gegen den Bielefelder Oberstaatsanwalt Jost Schmiedeskamp wird jetzt wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt ermittelt. Mit den Ermittlungen sei die Staatsanwaltschaft Köln beauftragt, teilte NRW-Justizminister Rolf Krumsiek (SPD) am vergangenen Mittwoch in einer Fragestunde des Landtags mit. Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) läßt unterdessen die Aufhebung des Steuergeheimnisses im Fall Balsam prüfen.*

Schlußer bestätigte, daß bereits 1986 im Zusammenhang mit einer Betriebsprüfung bei Balsam steuerstrafrechtliche Fragen behandelt wurden. Weitere Angaben machte der Finanzminister nicht. Er lasse jetzt prüfen, ob mit Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) Kontakt aufgenommen werden solle, um das Steuergeheimnis im Fall Balsam aufzuheben. Ob die Betriebsprüfer schon damals auf „Luftbuchungen“ bei Balsam gestoßen sind, blieb in der Fragestunde offen. Die Betriebsprüfer dürften nur Ermittlungen in Steuersachen führen, aber keine „außersteuerlichen Vorwürfe“ prüfen, betonte Schlußer.

Die Aussprache basierte auf einer Mündlichen Anfrage des Parlamentarischen Geschäftsführers der Grünen, Dr. Michael Vesper, der dem Justizminister vorhielt, zu den Versäumnissen der Bielefelder Staatsanwaltschaft teilweise unzutreffende Bemerkungen gemacht zu haben.

Justizminister Krumsiek wehrte sich, er habe erstmals am 7. Juni 1994 von dem Ermittlungsverfahren Kenntnis erlangt. Wegen nicht nachlassender Kritik an der Sachbearbeitung der Bielefelder Staatsanwaltschaft habe er am 7. September 1994 einen leitenden Staatsanwalt in Köln beauftragt, sämtliche bestehende Unklarheiten aufzuklären und unter Beteiligung aller zuständigen Behörden einen umfassenden Bericht vorzulegen. Daraus sei ersichtlich, daß ihm an der rückhaltlosen Aufklärung gelegen sei. Herbert Reul (CDU) kritisierte, daß die Ministerien zu früheren Zeitpunkten ohne Kenntnisse Bewertungen vorgenommen hätten und sich jetzt — nachdem die Kenntnisse öffentlich gemacht worden seien — weigerten, diese zu bewerten. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bemerkte abschließend, daß alles untersucht und nichts verdeckt werde.

## Das Prinzip der Gruppenwahl widerstand allen Reformbemühungen

Auch der nächste Landtag wird sich nach Meinung der Experten mit der Frage von Mitbestimmung und Mitwirkung der Personalräte im öffentlichen Dienst beschäftigen. Dies wurde in der zweiten Lesung der von der Landesregierung vorgelegten Änderungen zum Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) deutlich. Einschließlich eines Änderungsantrags der SPD (Drs. 11/7708) wurden die beiden Gesetzentwürfe (Drsn. 11/5258 und 11/4436) verabschiedet, alternative Gesetzentwürfe von F.D.P. (Drs. 11/5019) und GRÜNEN (Drs. 11/4929) wurden am 8. September vom Plenum abgelehnt.

**Egbert Reinhard** (SPD) erläuterte in seiner ergänzenden Berichterstattung, die jetzt dritte Novellierung des LPVG sei notwendig geworden, um das Landesgesetz, das jahrelang eines der fortschrittlichsten in der Bundesrepublik gewesen sei, weiterzuentwickeln und erforderliche Klarstellungen zu treffen. Wenn man, wie er, auf die Diskussionen der letzten Jahre zurückblicke, dann sei schon vor zehn Jahren „das Gemälde des Zusammenbruchs der öffentlichen Verwaltung durch eine Stärkung der Arbeitnehmervertretung an die Wand geworfen“ worden: „Wie sich die Zeiten beziehungsweise die Argumente gleichen“, fand Reinhard und betonte, man habe sich die Beratungen nicht leichtgemacht: Immerhin gab es vier Gesetzentwürfe und dazu über 100 Änderungsanträge. Der Innenausschuß hat im Rahmen der zweijährigen Beratung zwei Anhörungen durchgeführt.“ Reinhard nannte fünf wichtige Änderungsbereiche (Gruppenwahl, Informationsanspruch, Initiativrecht, Amtszeitverlängerung des Personalrats sowie beteiligungspflichtige Angelegenheiten) und sagte voraus: „Das LPVG wird auch auf der Tagesordnung für die nächste Legislaturperiode bleiben.“

**Jürgen Jentsch** (SPD) zeigte sich überzeugt, daß heute nicht der Abschluß, sondern der Auftakt für eine neue Phase des Dialogs mit den Mitarbeiterinnen und Mitar-

beitern des öffentlichen Dienstes und ihren Gewerkschaften stattfindet. Die Reform könne nur gelingen, wenn die Beschäftigten — „die wichtigste Ressource für die Modernisierung der Verwaltung“ — und ihre Gewerkschaften sie aktiv mitrügen und mitgestalteten. Bei dieser Gelegenheit dankte Jentsch den Gewerkschaften ausdrücklich für ihre kooperative Mitarbeit und würdigte das geltende LPVG des Landes als das erste der fortschrittlichen Personalvertretungsgesetze; zu denen gehöre es noch heute. Allerdings komme man vom Gruppenwahlprinzip („unpraktikabel und unsinnig“) nicht herunter; dem stehe das Bundesrahmengesetz entgegen. Hier solle die Landesregierung im Bundesrat initiativ werden, befand der Sprecher.



Unterschiedliche Meinungen über das Ausmaß der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst (v. l.): Egbert Reinhard (SPD), Heinz Paus (CDU), Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).  
Fotos: Schälte

**Heinz Paus** (CDU) kündigte die Ablehnung der Gesetzesnovelle durch seine Fraktion an; daraus könne aber nicht „auf eine grundsätzlich ablehnende Haltung meiner Fraktion zu einer sinnvollen Fortentwicklung des LPVG geschlossen“ werden. Mit ihrem „unreflektierten Verhältnis zur Mitbestimmung“ unterlägen SPD wie Grüne dem Mißverständnis zu meinen, ein Mehr an Mitbestimmung sei immer auch gleichzeitig ein gesellschaftlicher Fortschritt. Paus: „All die Regelungsbereiche, die Sie mitbestimmungspflichtig machen, bedeuten nämlich letztlich auch eine Schwächung der Entscheidungsmöglichkeiten des demokratisch legitimierten Parlaments und der Regierung.“ Mitbestimmung sei kein „Wert an sich“; Verwaltung sei keine Veranstaltung der dort Beschäftigten. „Sie ist als Dienstleistungsunternehmen dem Bürger und seinen durch den demokratischen Gesetzgeber normierten Interessen verpflichtet. Maßnahmen der Personalvertretung dürfen deshalb die Umsetzung des demokratisch Gewollten nicht nachhaltig behindern, schon gar nicht darf durch Maßnahmen der Personalvertretung inhaltlich auf demokratisch zustandegekommene Entscheidungen Einfluß genommen werden.“

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) warf dem Innenminister vor, er habe trotz leerer Kassen mit dem Gesetz den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst ein kleines Wahlschenk machen wollen; ohne Not sei von ihm etwas in Gang gesetzt worden. Sie erinnerte an die Kritik des Städtetags und an die Vorschläge der Opposition, die nur aufgegriffen werden müßten, um im öffentlichen Dienst Kosten zu sparen. „Für uns ist nicht

nachvollziehbar, warum nun der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst trotz seines absolut gesicherten Status mehr Recht hat als ein Mitarbeiter in einem Betrieb“, erklärte sie und zeigte sich überzeugt, daß mit dem Gesetz „im Grunde genommen noch sehr viel mehr verkompliziert wird und die Abläufe nicht schneller, sondern gerade bei einer Verwaltung, die gut funktionieren soll und die dem Bürger entgegenkommen soll, sehr viele Hemmnisse aufgebaut worden sind.“ Darum werde die F.D.P. den Entwurf ablehnen.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) zeigte sich mit dem Entwurf nicht zufrieden; damit habe die Landesregierung ihr im Wahlkampf 1990 gegebenes Versprechen einer zukunftsorientierten LPVG-Reform“ gebrochen und jetzt

schnellstens recycelt“. Kreutz: „Eine Reform findet nicht statt; eher eine Konterreform.“ Die Vertagung der Reform bedeute nichts anderes, als daß „die laufenden Bestrebungen zur Verwaltungsreform auf kommunaler und auf Landesebene, die ja vielfach blind auf Kostensenkung und Personalabbau ausgerichtet sind, in den nächsten Jahren zumindest ohne ausreichende Beteiligungsrechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen abgewickelt werden.“ Die Grünen wollten neben dem Arbeits- und dem Gesundheitsschutz den Umweltschutz als gleichrangige Aufgabe der Personalräte verankern, die Durchsetzungsfähigkeit von Fraueninteressen stärken, die Rechte der Jugend- und Auszubildendenvertretungen verbessern, mehr Demokratie für die Beschäftigten und mehr Transparenz für die Öffentlichkeit erreichen „und nicht zuletzt der Diskriminierung von Schwulen und Lesben im Arbeitsalltag sowie bei der Einstellung und Beförderung begegnen“.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erinnerte daran, das fortschrittliche Gesetz in NRW habe Meilensteine in der Frage der Mitbestimmung in der Bundesrepublik gesetzt; er finde es immer noch fortschrittlich und progressiv. Wenn es auch in der Frage des Gruppenwahlrechts eine verfassungsrechtliche Schranke gebe, so greife er „gerne die Anregung der SPD-Fraktion auf, im Bundesrat initiativ zu werden. Der Minister ging auf einzelne Punkte ein und erinnerte an seinen Novellierungsvorschlag, mit dem er die Mitbestimmung bei Organisationsveränderungen und in der Frage der Er-

Fortsetzung Seite 10

### Forschungsklausel

Die Forschungsklausel des Landesdatenschutzgesetzes soll „wissenschaftsfreundlicher“ formuliert werden. Das sieht der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 11/7591) vor, den der Landtag nach erster Lesung Anfang September einstimmig an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen hat. **Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) meinte, die strengen Zulässigkeitsvoraussetzungen hätten wichtige Forschungsvorhaben praktisch unmöglich gemacht; es werde nun ein Ausgleich zwischen den Interessen der Wissenschaft und denen der Betroffenen gesucht. **Jürgen Jentsch** (SPD) wollte das Votum des Datenschutzbeauftragten einholen. **Wolfgang Jaeger** (CDU) monierte, eine solche Regelung sei schon eher sinnvoll gewesen. **Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) wollte ebenfalls den Datenschutzbeauftragten hören und fragte, wer eigentlich bestimmen soll, was ein wichtiger wissenschaftlicher Zweck ist. **Roland Appel** (GRÜNE) war nicht von der Notwendigkeit der Änderung überzeugt: Seine Fraktion interessiere, wo genau die Forschung behindert werde.

## Kinder im Parlament verabschieden Resolution zum Kampf gegen Sucht

### Früh Warnsignale wie Frust oder Null-Bock erkennen

Sucht ist nicht etwas, das sich nur in Randzonen der Gesellschaft abspielt, Sucht in ihren vielfältigen Erscheinungsformen ist Thema in den Schulen des Landes: im Unterricht, auf den Fluren, den Schulhöfen. Bei der vierten Veranstaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen zum Weltkindertag „Kinder im Parlament 1994“ am 20. September im Plenarsaal des Hohen Hauses am Rhein, zu dem Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe auch in diesem Jahr wieder eingeladen hatte, machten 12- bis 14jährige Mädchen und Jungen aus 45 Schulen deutlich, daß die Sucht als Begriff Bestandteil ihres Bewußtseins und ihnen in der Realität nicht unbekannt ist. Es waren weniger die harten Drogen, die in der Aussprache mit Abgeordneten eine Rolle spielten. Primär wurde in Alkohol und Zigaretten das Teufelszeug gesehen, das Suchtverlangen immer unstillbarer werden läßt. Aber auch der Computer oder Süßigkeiten, Gameboy oder Fernsehen wurden genannt. Nadine, Schulsprecherin aus Mönchengladbach mutmaßte: „Sucht kann auch Statussymbol sein“, und der Schüler Lutz beschrieb die Sucht, „die versteckt ist, die Macht sucht“, die auch Politiker betreffe.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe bei ihrer Ansprache inmitten der Kinder.

So war der Bogen der Thematik beim Kinderparlament, das von Erich Heckelmann (SPD), dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, geleitet wurde, breit gespannt. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, auf deren Initiative die bisherigen vier Kinderparlamente zurückgehen, wies bei ihrer Begrüßung auf das übergreifende Motto der diesjährigen Veranstaltung hin: „Sucht vermeiden statt zu leiden“. Sie konnte auch den Erfolg der Aktion bilanzieren: Rund 1000 Kinder hatten sich in diesem Jahr gemeldet. Da nicht alle

eingeladen werden konnten, mußte das Los entscheiden. 250 junge Leute zogen, nachdem sie vor dem Landtag Hunderte von bunten Luftballons hatten steigen lassen, in den Plenarsaal ein. Dort berichtete die Präsidentin über Ergebnis und Erfolg des Kindertages 1993. Er hatte unter dem Motto „Zusammen leben – einander verstehen“ gestanden, und es war darum gegangen, die Meinung der Kinder und ihre Anregungen zum Problem der zunehmenden Gewalt und Intoleranz in der Gesellschaft kennenzulernen. Wie in diesem

Jahr wurde auch im Vorjahr am Ende eine Resolution gefaßt. Frau Friebe berichtete, die Resolution der Kinder sei an die Verantwortlichen im Fernsehen verschickt worden. Die Chefs von WDR und ZDF hätten geantwortet, die privaten Fernsehanstalten nicht.

Wie im Vorjahr erhalten auch in diesem Jahr alle Abgeordneten des Landtags die brandforsche Resolution der Kinderparlamentarier zum Problemfeld „Sucht“. Die von der Präsidentin verlesene und von den Kindern einstimmig akzeptierte Erklärung hat folgenden Wortlaut:

*„Wir alle unterliegen Suchtgefahren. Diejenigen, die abhängig sind, brauchen unsere Hilfe und Unterstützung. Diejenigen, die gefährdet sind, brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit.“*

*Wenn wir mehr miteinander reden und aufeinander eingehen, können wir vielleicht auch früher die Warnsignale, wie zum Beispiel „Frust“ oder „Null-Bock“, erkennen. Es ist wichtig, daß auch die Eltern und die Lehrer mehr miteinander reden.“*

*Von unserer Schule erwarten wir, daß der Leistungsdruck abgebaut wird und daß die Aufklärung über Sucht verstärkt wird und nicht erst in der 9. Klasse beginnt.*

*In allen Städten und Gemeinden wünschen wir uns Treffs, wo wir hingehen und uns unterhalten können.*

*Von Presse, Rundfunk und Fernsehen erwarten wir, daß sie weniger für Sucht werben. Sie sollten besser mehr über mögliche Suchtgefahren aufklären.“*

Das Papier soll nach Angaben der Landtagspräsidentin den Schulen sowie den Stadtoberhäuptern im Land zugesandt werden.

In ihrem Parlament wußten die jungen



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Franz Müntefering (SPD) im Kinderparlament. Fotos: Schälte

Leute das neben der Gewalt gravierendste Problem in der postmodernen Gesellschaft, die Sucht, durchaus differenziert anzugehen. Schülerin Gudrun unterschied sehr wohl zwischen einer Sucht, „die mich organisch kaputt macht“ oder etwa dem Verlangen nach permanentem TV-Konsum. Überhaupt letzteres: das Fernsehen mit seiner Alkoholwerbung kam nicht gut weg bei den jungen Leuten, ebenfalls die Werbung in Zeitschriften für Zigaretten nicht. Ihnen war klar, daß in ihrer Altersstufe auch Neugier ein Einstieg sein kann. „Wenn man drin ist, meint man, man kommt auch wieder raus“, wurde eine ebenso landläufige wie abschüssige Ansicht umrissen. Stefan formulierte das so: „Die Gefahr liegt darin, daß die Sucht von demjenigen, der sie hat, nicht erkannt wird.“

Exakt hier, an dieser psychischen Bruchstelle, beginnt der Part der Erwachsenen, darin waren sich junge Amateur- und erfahrene Berufsparlamentarier einig, obwohl von Schülerinnen und Schülern auch an älteren Zeitgenossen Kritik geübt wurde, an Eltern, die angesichts nahender Gefahr nur meckern, Druck ausüben oder sich abwenden, an Lehrern, die ein negatives Beispiel geben, indem sie selbst rauchen usw. Aber, als Erich Heckelmann die Frage stellte, an wen sich die jungen Leute nach eigenem Dafürhalten wenden könnten, um Hilfe zu bekommen, wurden eben die Eltern, die Lehrerschaft, aber auch Freundinnen und Freunde genannt. Gegen Drogenberatungsstellen gab es gewisse Vorbehalte, die der Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes und SPD-Abgeordnete Heinz Hilgers indessen auszuräumen suchte. Er nannte auch die Telefonnummer 11103, bundesweit einheitlich, an die sich junge Menschen in akuter Not wenden können.

Die Jugendpolitiker im Plenarsaal waren sich in ihren Stellungnahmen mit den jungen Kolleginnen und Kollegen in vielem einig, Georg Gregull (CDU) betonte, Alkohol- und Zigarettenwerbung gehörten nicht in Kindersendungen. Jürgen Jentsch (SPD) unterstrich, bei eben dieser Werbung sei die Politik nicht glaubwürdig genug. Zigarettenautomaten sollten aus dem Stadtbild verschwinden und Alkoholverkauf streng kontrolliert werden. Bärbel Höhn (GRÜNE) meinte, für Kinder müßten mehr Spielmöglichkeiten als Alternative, etwa zum Fernsehen, geschaffen werden. Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) war zuversichtlich, daß die Vorbildfunktion von Erwachsenen helfen könne. Entschieden befürwortete die SPD-Abgeordnete Gisela Meyer-Schiffer ein Totalverbot für Alkohol- und Zigarettenwerbung. Die Grüne-Politikerin Beate Scheffler machte sich für mehr Jugendheime stark. Bernd Flessenkemper (SPD) sah einen Weg in besserer Information für die jungen Leute, und Regina van Dinther (CDU), die ihre beiden kleinen Kinder mitgebracht hatte, hielt es für nötig, Jungen und Mädchen „sehr, sehr früh von zu Hause aus so stark zu machen“, daß sie sich Versuchungen in den Cliques widersetzen könnten. Ein gutes Wort für die Drogenberatung legte die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik, Marie-Luise Morawietz (SPD) ein, die selbst seit



Auch zeitweiliger Regen hinderte die Kinder nicht daran, Hunderte von Luftballons aufsteigen zu lassen.  
Fotos: Schälte

20 Jahren in einer Drogenberatungsstelle mitarbeitet. Sie versprach dem jungen Auditorium: „Man kann sich auf absolute Verschwiegenheit verlassen.“ e. h.

## Beteiligte Schulen

An der Veranstaltung „Kinder im Parlament 1994“ im nordrhein-westfälischen Landtag haben teilgenommen: Königin-Mathilde-Gymnasium der Stadt Herford, Gesamtschule der Gemeinde Hüllhorst, Peter-Hille-Schule Städtische Realschule Nieheim, Konrad-Adenauer-Schule/ Gemeinschaftshauptschule Langenberg, Felix-Fe-

chenbach-Gesamtschule Leopoldshöhe, Hüferygymnasium Warburg, Städtische Heinrich-Heine-Gesamtschule Düsseldorf, Städtisches Otto-Hahn-Gymnasium Monheim, Liebfrauenschule/ Private Realschule für Mädchen Ratingen, Städtisches Gymnasium am Gerweiher Mönchengladbach, Städtische Gesamtschule Nettetal, Martin-Luther-King-Schule/ Städtische Schule für Lernbehinderte Grevenbroich, Städtische Gesamtschule Vohwinkel Wuppertal, Albert-Schweitzer-Realschule Solingen, Käthe-Kollwitz-Gymnasium Dortmund, Rheinische Schule für Schwerhörige Essen, Gesamtschule der Stadt Herten, Theodor-Heuss-Gymnasium Waltrop, Städtische Theodor-Heuss-Realschule Oberhausen, Euregio-Gymnasium Bocholt, Städtisches Steinbart-Gymnasium Duisburg, Städtische Gesamtschule Kamp-Lintfort, Gemeinschaftshauptschule St. Martin Goch, Freiherr-vom-Stein Realschule Krefeld, Immanuel-Kant-Gymnasium Münster-Hiltrup, Gemeinschaftshauptschule Freckenhorst Warendorf, Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule/Städtische Schule für Lernbehinderte Emsdetten, Kardinal-von-Galen-Gesamtschule Nordwalde, Josef-Schule/ Gemeinschaftshauptschule Mettingen, Städtische Gemeinschaftshauptschule Köln, Städtische Gesamtschule Köln-Rodenkirchen, Gemeinschaftshauptschule Rösrath, Gymnasium Odenthal, Gemeinschaftshauptschule Bergneustadt, Anne-Frank-Gesamtschule Düren-Mariaweller, Realschule der Gemeinde Aldenhoven, Realschule Medinghoven Bonn, Realschule Niederpleis St. Augustin, Gemeinschaftshauptschule Freudenberg, Privates Gymnasium Schloß Wittgenstein Bad Laasphe, Realschule Erndtebrück, Geschwister-Scholl-Gymnasium Wetter (Ruhr), Friedrich-Harkort-Gymnasium Herdecke, Städtisches Walram-Gymnasium Menden (Sauerland), Städtisches Aldegrevier-Gymnasium Soest und Realschule Mitte Mülheim a. d. Ruhr.



Aktionsprogramm in der Eingangshalle: Mit dabei waren „Gabi's Luftballonzoo“, res novae e.V. aus Duisburg, Mind the gap und DaS-Theater aus Köln sowie Realschule Mitte und GINKO aus Mülheim. Nachmittags sorgten eine Disco des Landeskriminalamtes und die Tanzgruppe der Hasseler Schreberjugend aus Gelsenkirchen für Stimmung.

## Schwerbehinderte:

# Öffentliche Hand muß Vorbild für private Wirtschaft sein

**Bodo Champignon** (SPD) forderte, die öffentlichen Verwaltungen müßten mit gutem Beispiel vorangehen angesichts der Tatsache, daß mit mehr als 60 000 arbeitslosen Schwerbehinderten in NRW „ein trauriger Rekord“ erreicht sei. Lediglich ein Drittel der beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber erfülle nach dem Schwerbehindertengesetz die erforderliche Beschäftigungsquote, „rund 91 000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen sind nicht mit einem Schwerbehinderten besetzt, obwohl das nach dem Schwerbehindertengesetz so vorgesehen ist“. Dabei habe man im Land wichtige Instrumente geschaffen, um Neueinstellungen von arbeitslosen Schwerbehinderten zu unterstützen. Als der Ausschuß sich mit der Situation der Schwerbehinderten in der Landesverwaltung befaßt habe, sei Unerfreuliches zu Tage gekommen, etwa die deutliche Unterschreitung der Beschäftigungsquote in einzelnen Ministerien und nachgeordneten Stellen. Dem Minister sei zu danken, daß er sich nachhaltig für eine günstigere Beschäftigungssituation einsetze. Diesem Zweck diene auch der gemeinsame Fraktionsantrag mit seinem Katalog von Verbesserungen und Forderungen; das sei ein wichtiges Signal an die Verantwortlichen und Betroffenen.

**Wilhelm Krömer** (CDU) wertete den Antrag ebenfalls als eine wichtige Entscheidung und Handlungsgrundlage. Es dürfe aber nicht wie in der Vergangenheit dazu kommen, „daß der Antrag zu den Akten genommen wird und die Ministerien seine Umsetzung nicht vornehmen“. Deshalb müsse die Arbeitsgruppe kurzfristig gebildet werden. Die Beschäftigung Schwerbehinderten müsse eine Selbstverständlichkeit sein beziehungsweise werden. Krömer: „Wie wollen wir denn die freie Wirtschaft dazu aufrufen, mehr Schwerbehinderte einzustellen, wenn selbst die Landesregierung so wenig Verantwortung dokumentiert. Daß es anders geht, beweisen die Landtagsverwaltung und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.“ Der Abgeordnete kritisierte beson-

*Mit dem Problem der Beschäftigten von Schwerbehinderten in der Landesverwaltung beschäftigte sich ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 11/6644), den der Landtag am 7. September auf Beschlußvorschlag des Arbeitsausschusses (Drs. 11/7632) für erledigt erklärte. Statt dessen nahmen die Abgeordneten ohne Gegenstimme einen gemeinsamen Antrag (Drs. 11/7703) aller vier Fraktionen an, in dem kritisiert wird, daß das Land als Arbeitgeber mit 5,6 Prozent schwerbehinderten Arbeitnehmern die gesetzlich vorgeschriebene Quote von sechs Prozent nicht erfüllt; das sei „völlig unbefriedigend“. Der Antrag gibt im weiteren der Landesregierung auf, zur Verbesserung der Situation einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretungen und der Schwerbehindertenvertretungen einzurichten und dem Landtag jährlich über Einstellungs- und Beschäftigungssituation Schwerbehinderter in ihrem Bereich zu berichten.*

ders, im Gleichstellungministerium würden die Schwerbehinderten „ausgesondert“. Das Bauministerium beschäftige nur 4,8 Prozent Schwerbehinderte, im Innenministerium seien es 5,9, beim Justizministerium 3,5 und beim Kultusministerium 4,7 Prozent - „und das in einem Land, in dem 40 Prozent der schwerbehinderten Arbeitslosen wohnen und leben“.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) fand es erfreulich, daß sich die SPD-Fraktion an einem Antrag beteiligt, der gestellt worden sei, „um der Regierung etwas Beine zu machen“. Vorbildfunktion und erste Handlungsmöglichkeiten lägen bei der Landesregierung. Das Thema eigne sich nicht zum Wahlkampfgeplänkel, vielmehr sei darauf zu schauen, was verbessert werden könne. Das sei bei den Landesbauten der Fall, wo barrierefreies Bauen noch lange nicht verwirklicht sei. Bei einiger Überwindung hätte die SPD dem CDU-Antrag zustimmen können, fand der Abgeordnete und schloß mit den Worten: „Das Wichtigste ist heute, daß ein gemeinsames Signal ausgeht, gerade auch in Richtung Landesregierung.“

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) stellte ab dem Jahr 1981 die Tendenz in der Landesverwaltung fest, kontinuierlich Stellen abzubauen oder mit kw-Vermerk zu versehen, ohne daß Aufgaben wegfielen. Damit stiegen Leistungsverdrückung und Arbeitsdruck, was wiederum die Neigung verstärkte, „möglichst hoch- und höchstleistungsfähige Kolleginnen und Kollegen einzustellen und schwerbehinderte Bewerberinnen in der Praxis hintenanzustellen“. Da müsse die Frage gestellt werden: „Würde sich der mittlerweile weltbekannte schwerstbehinderte Astrophysiker und Bestsellerautor Stephen Hawking als Unbekannter um einen Job in der Landesverwaltung bemühen, hätte er dann tatsächlich eine Chance, in seiner Situation beschäftigt zu werden?“ Kreutz machte auch darauf aufmerksam, daß Frauen mit Behin-

derungen unter den erwerbstätigen Schwerbehinderten noch stärker unterrepräsentiert, als es Frauen gegenüber Männern auf dem Arbeitsmarkt generell seien. Der Abgeordnete: „Im modernen Strafvollzug wird auf die Bedürfnisse von Müttern mit Kindern mittlerweile mehr Rücksicht genommen als in der beruflichen Rehabilitation.“

**Sozialminister Franz Müntefering** (SPD) kündigte an: „Wir werden uns vornehmen, daß wir in diesem und im nächsten Jahr so dicht wie möglich an die sechs Prozent herankommen.“ Wenn man das nicht schaffe, und auch die private Wirtschaft nicht mitziehe, „bin ich bereit, darüber nachzudenken, die Abgabe deutlich zu erhöhen“; das geschehe im Interesse der behinderten Menschen. Im übrigen reiche inzwischen die Quote von sechs Prozent nicht mehr, um den Anteil der Schwerbehinderten an der Bevölkerung insgesamt zu schreiben, „es sind mehr“. Auch sei festzustellen, daß die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen immer und bei steigender Arbeitslosigkeit zunehmend höher sei als die Zahl der anderen Arbeitslosen. Was die nordrhein-westfälische Landesregierung angehe, so nehme sie mit ihren 5,6 Prozent einen Mittelplatz zwischen Saarland (sieben) und Bayern (vier Prozent) ein. Müntefering: „Das kann aber kein Trost sein. Wir wissen, daß wir zulegen müssen.“ Darum gebe es an alle Ministerien und nachgeordnete Behörden den klaren Antrag, dafür zu sorgen, daß zusätzliche Schwerbehinderte aufgenommen werden.

## Das Prinzip...

Fortsetzung von Seite 7

teilung von Gutachten habe erweitern wollen. In der Frage der Verwaltungsreform habe er einsehen müssen, daß man hier noch einmal sehr grundsätzlich über die Beteiligung der Beschäftigten nachzudenken habe. Deswegen halte er es für richtig, daß die Frage offengelassen werde.

## „Problem wird sehr ernstgenommen“

*Gegen das Votum der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Landtag den Antrag „Fortpflanzungsmedizin ist die falsche Antwort auf Fruchtbarkeitsstörungen“ für erledigt erklärt.*

**Annelie Kever-Henseler** (SPD) fand, daß wesentliche Teile des Antrags entweder bereits umgesetzt oder zur Zeit in Arbeit seien. Der dem Antrag zugrundeliegenden Intention, die Ursache von Fruchtbarkeitsstörun-

gen zu erforschen und die Betroffenen zu beraten und besser zu informieren, habe sich keine Fraktion verschlossen.

**Wilhelm Riebinger** (CDU) sah derzeit keinen konkreten Handlungsbedarf; die Ziele seien unstrittig, und rechtliche Grundlagen müßten bundeseinheitlich geschaffen werden.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) meinte, der Antrag sei unvollständig und enthalte eine „etwas krause Ansammlung von Problemen und Fragestellungen“. Es seien von der Bundesregierung Forschungsaufträge in

dieser Sache vergeben, „wir brauchen in NRW das Rad nicht neu erfinden“.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) konnte dem nicht beipflichten: Auf Landesebene gebe es sehr wohl Handlungsbedarf. Es gebe noch zu wenig Projekte der Ursachenforschung und zu den psychologischen Aspekten.

**Gesundheitsminister Franz Müntefering** (SPD) räumte offene Fragen bei der Ursachenforschung ein. Den Inhalt des Antrags nehme die Regierung sehr ernst. Man müsse sich aber auch über die Begrenztheit der Bemühungen im klaren sein.

**Siegfried Zellnig** (CDU) bezifferte die Zahl fehlender Wohnungen in NRW auf 400 000. Das Eigentum werde in NRW nicht ausreichend gefördert, obwohl die Verfassung das empfehle. Im Länder-Vergleich sei die NRW-Eigentumsquote von 34 Prozent sogar niedriger als in den neuen Ländern. Dichte Besiedlung gebe es in Rheinland-Pfalz und Brandenburg auch. Die Erklärung liege darin, daß NRW eine zielbewußte Eigentumsförderung nicht wolle. Die Landesregierung fördere Eigentum zu einem und Mietwohnungsbau zu zwei Dritteln. In Mietwohnungen könne man eine gewisse Beherrschung ausüben. Eigentum habe auch mit Freiheit zu tun. Die wolle die SPD nicht. Die zuletzt erhaltenen Zahlen wiesen vorhandenes Bauland für 100 000 Wohnungseinheiten aus. Die Versiegelungsabgabe sei durch die CDU vermieden worden. Einiges habe sich zu einem Mehr an Bauland bewegt, aber nicht genug, weshalb die Preisexplosion eingetreten sei. Die CDU schlage wegen der Riesenschwierigkeiten bei Erschließungskosten die Erschließung durch den Bauträger vor. Ferner sehe die CDU keinen Grund, warum die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) von ihren 90 000 Mietwohnungen keine zum Eigentum anbiete, und schlage vor, tausend leerstehende Mietwohnungen zum Kauf anzubieten. Schließlich könne kostensparendes Bauen durch Nachbarschaftshilfe erleichtert werden.

**Gisela Meyer-Schiffer** (SPD) schloß aus der Gleichsetzung von Eigentum und Freiheit, daß umgekehrt Millionen von Bürgerinnen und Bürgern unfrei sein müßten. Das sei verkrustete Ideologie. Im Ruhrgebiet gebe es Grundstückspreise zwischen 500 und 700 Mark. Damit könnten geringere Einkommen nicht bauen. Im sozialen Wohnungsbau sei

## Haushaltspolitik

Den F.D.P.-Antrag „Wende in der Haushaltspolitik einleiten!“ (Drs. 11/7302) lehnte die Mehrheit aus SPD und Grünen am 7. September ab.

**Gisela Meyer-Schiffer** (SPD) bekundete eine grundsätzlich andere Haltung der SPD. Eine effizientere Verwaltung sei nur durch Privatisierung nicht zu erreichen. Strukturfördernde Arbeitsplatzsicherung sei dagegen sinnvoll. Auch zu fachbezogenen Pauschalen stehe die SPD.

**Winfried Schittges** (CDU) hielt nichts vom Vorgaukeln heiler Welt der Finanzen. Die Verschuldung sei das Problem des Landes. An den Gemeinden werde sich das Land schadloß halten. Das Antragsziel trage die CDU mit. Die 44 Beteiligten seien ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ein Ende der Verschuldung sei nicht in Sicht.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) hielt Wettbewerb und Privatisierung für gut. Die Pensionsverpflichtungen sollten öffentlich bekannt werden. Mit den Antragsinhalten werde der Landtag weiter konfrontiert.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) stimmte mehr Schlüsselzuweisungen zu, was den kommunalen Straßenbau zugunsten sozialer Leistungen verringern helfe. Zehn Prozent Personalabbau sei eine unseriöse Sprechblase.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) lobte den F.D.P.-Antrag als gut im Ziel, er sei aber an die Bundestagsfraktion zu richten.

# Für CDU-Offensive in NRW kein Bedarf 90 000 neue Wohnungen in diesem Jahr

Drei CDU-Anträge unter dem gemeinsamen Titel „Wohnungspolitische Offensive in NRW“ mit den Einzelzielen: „Gruppenselbsthilfe beim Eigenheimbau“ (Drs. 11/7387), „Veräußerung landeseigener Mietwohnungen zur Verbesserung der Förderung des Wohnungsneubaus“ (11/7388) und „Mobilisierung von Bauland“ (11/7389) wurden nach der Plenarberatung am 8. September in die Ausschußberatung überwiesen.

NRW mit 85 000 fertiggestellten Wohnungen 1994 Nummer Eins. Seit 1990 seien 120 000 neue Wohnungen gefördert worden. Zur Sicherung des Angebots an preiswertem Wohnraum passe eine „Offensive“ eher. Gruppenselbsthilfe sei schon lange möglich, hinsichtlich Schwarzarbeit und Mittelstandsförderung jedoch bedenklich, wie Schäuble-Zitate belegten. Bei der Flächenmobilisierung komme die CDU ebenfalls zu spät. Erlöse aus Grundstücksverkäufen dürften laut Verfassung nicht für Wohnungsbauprogramme verwendet werden.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) bemerkte, noch nie habe er so deutlich von der SPD gegen Eigentum reden gehört. 80 Prozent der Bevölkerung wünschten sich Eigentum,

sei das eigentliche Ziel etwas in den Hintergrund geraten. Mit der Baulandmobilisierung an Haltepunkten des ÖPNV habe die Landesregierung gehandelt. Daß die Bodenpreise so gestiegen seien, sei ein Bundesthema. Neue Einheitswerte, Abschöpfen von Bodenwertzuwächsen und Besteuerung baureifer Grundstücke seien überfällig.

**Wohnungsministerin Ilse Brusis** (SPD) erwiderte, die Eigentumsquote Deutschlands insgesamt sei niedriger als in anderen europäischen Ländern. Die Erfolge der NRW-Wohnungsbaupolitik seien sichtbar und meßbar: neue Wohnungen, sanierte Gebäude, Arbeitsplätze, zusätzliche Steuereinnahmen. Zwischen 1990 und 1993 seien bei nahe 280 000 Wohnungen in NRW fertig und



Die Chancen für Wohneigentümer in NRW unterschiedlich gesehen: v. l. Siegfried Zellnig (CDU), Gisela Meyer-Schiffer (SPD), Ilse Brusis (SPD, Bauministerin), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.), Gisela Nacken (GRÜNE).

Fotos: Schälte

auch weil es Freiheit schaffe. Die CDU-Anträge enttäuschten. Ohne Gruppenselbsthilfe gehe es vielfach gar nicht. Hilfe zum Hausbau für Schwellenhaushalte durch Förderung seien ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Nachbarschaftshilfe sei keine Schwarzarbeit. Für die Veräußerung landeseigener Mietwohnungen verspreche die Ministerin seit zwei Jahren ein Konzept. Das Haushaltsrecht lasse sich ändern. Das Ausweisen von Bauland hänge oft bei Regierungspräsidenten. Dort müsse angesetzt werden. Die Beratung der drei Anträge bringe vielleicht etwas.

**Gisela Nacken** (GRÜNE) sagte, anstatt dreier Textbausteine hätte ein Antrag dem Anliegen genügt. Daß in NRW der soziale Wohnungsbau Schwerpunkt sei, hänge mit der stärksten Nachfrage in den Ballungsräumen zusammen. Da helfe nur der verdichtete Geschosswohnungsbau. In ländlichen und Randräumen gebe es keine solchen Probleme. Angesichts der Zuspitzung der Wohnungsnot habe für die Grünen der Wohnungsbau für untere Einkommen absolute Priorität. Dringender als zusätzliche Haushaltsförderung sei eine Anschubfinanzierung für Selbsthilfeprojekte. Bauträgern und Architekten sei das zu aufwendig. Eigentum für Sozialwohnungsberechtigte sei aus Landesmitteln nicht finanzierbar. Bei der LEG

bezogen worden, 1994 kämen wieder 90 000 dazu. Die Zahl der Baugenehmigungen sei gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent gestiegen. Die Investoren hätten wieder Vertrauen in das Gut Wohnen. Barrieren seien beseitigt worden. Sie danke den Investoren im Wohnungsbau. Dieser sei auch Konjunktur- und Arbeitsplatzmotor. Durch Wohnungsbau seien 1994 200- bis 250 000 Arbeitsplätze in NRW gesichert worden, weitere bei Modernisierungsmaßnahmen. Zwar seien die Mieten, auch als Folge der starken Anspannung, schneller als die Einkommen gestiegen. Die Mietbelastung pro Haushalt habe sich mittelfristig jedoch nicht erhöht. Vielen einkommensschwächeren Haushalten sei durch Härteausgleich, Streckungsförderung, Mietpreisgestaltung und Kapungsregelungen im Miethöherecht geholfen worden. Über den Bundesrat habe NRW eine fühlbare Anhebung der Einkommengrenzen im sozialen Wohnungsbau durchgesetzt. Das Vertrauen von Investoren sei zurückgewonnen worden. Die Effektivität der Förderung sei, etwa durch Ausschöpfen von Kostensparpotentialen, verbessert worden. Das ökologische und energiesparende Bauen finde gezielte Anreize durch Modellprojekte. Wirtschaft, Verbände, Kirchen und Kommunen stimmten der NRW-Politik zu. Die CDU-Offensive gehe an den Realitäten vorbei und lasse Unkenntnis erkennen.

## Drei Millionen Analphabeten

Die schulpyschologischen Dienste sowie die Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammertag haben bereits Alarm geschlagen: In der Bundesrepublik gibt es rund drei Millionen Menschen, die kaum oder gar nicht lesen und schreiben können. In Nordrhein-Westfalen sind es nach Schätzungen rund 400000. Grundlage der Debatte war ein Antrag der CDU-Fraktion „Analphabetismus – schlei-

chende Gefahr im NRW-Bildungssystem“, der indessen keine Zustimmung fand. Ein Entschließungsantrag der SPD wurde angenommen (Drs. 11/5923 und 7731).

**Karl-Heinz Brülle** (SPD) meinte, daß der CDU-Antrag in der Analyse nicht korrekt sei. Die bereits laufenden Maßnahmen zur Prävention von Analphabetismus würden in ihm verschwiegen.

**Gudrun Reinhardt** (CDU) mahnte gezielte Förderungsmaßnahmen, insbesondere für gefährdete Jugendliche und Kinder an. Es bestehe die Gefahr der Problemverschärfung, wenn nicht schnell gehandelt werde.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) kritisierte, die SPD habe sich, wenn er sich die Ausschlußberatungen in Erinnerung rufe, außerordentlich schwergetan, Argumente zu finden, diesen Antrag abzulehnen.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) sagte, was Kinder nicht gebrauchen könnten, sei, daß die Angstfreiheit wieder ein Stück verlorengehe. Angstfreiheit und Beziehungslernen, seien Voraussetzungen, um Basistechniken wie Lesen und Schreiben zu lernen.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) wandte sich mit Entschiedenheit gegen die „unzulässige Verbindung zwischen Rechtschreibfähigkeit und Analphabetismus“.

## Mancher kann in den „Zug Kollegschule“ einsteigen

Die praktische Erprobung des Modellversuchs Kollegschule, die 1977 begonnen wurde, ist inzwischen beendet. Die CDU hatte deshalb einen Antrag eingebracht, die Einheit des berufsbildenden Schulwesens wiederherzustellen (Drs. 11/7597). Das Papier wurde in direkter Abstimmung von SPD und Grünen gegen CDU und F.D.P. abgelehnt.

**Bärbel Wischermann** (CDU) betonte, in den vergangenen zwei Jahren habe die Landesregierung kein Konzept erstellt, dem man entnehmen könne, wie sie die Ergebnisse des Modellversuchs in das Regelsystem übertragen wolle. Wahrscheinlich wisse die Landesregierung es selbst noch nicht. Denn dieser Modellversuch sei in den vergangenen Jahren stark kritisiert worden, und zwar von Vereinen und Verbänden. Die Praxis des Versuchs habe ergeben, daß Kollegschulen heute im Regelfall Ausbaumodelle beruflicher Schulen seien.

**Hans Frey** (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, erklärte, man müsse feststellen, daß es sich bei der Zusammenführung des Regelsystems der beruflichen Schulen und der Kollegschule um eine der bedeutendsten und umfassendsten Schulreformen des Landes handele und daß dies nur in einem breiten Konsens durchgeführt werden könne. Der

Zug Kollegschule fahre langsam, allerdings deshalb, um vielen Gelegenheit zu geben, noch einsteigen zu können. Für die SPD seien die Eckpunkte wichtig, wonach das Nebeneinander von Kollegschule und Regelschulsystem zu beenden sei und beide Systeme zu einem verbesserten System zusammengeführt werden müßten.

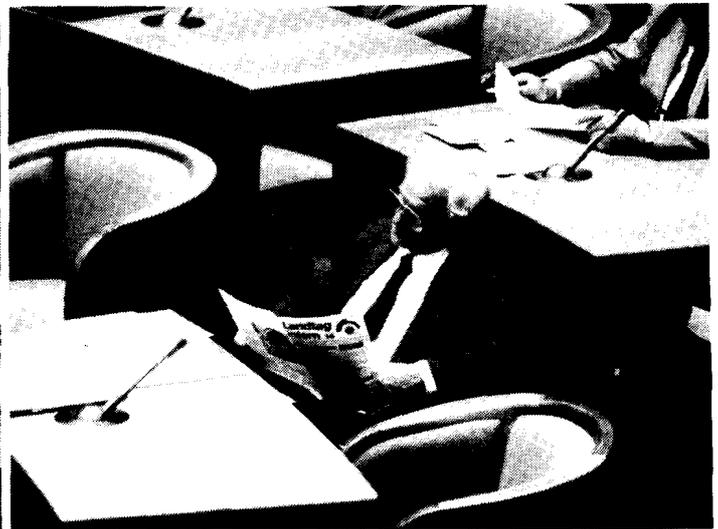
**Andreas Reichel** (F.D.P.) merkte an, klar sei wohl, daß das Nebeneinander zweier Systeme – Berufsschule und Kollegschule – nicht mehr sinnvoll sei, seit ein Abschlußbericht zum Kollegschulversuch vorliege. Das Ziel könne doch nur sein, alle beruflichen Schulen jetzt so schnell wie möglich vom Kollegschulversuch profitieren zu lassen. Reichel fragte die SPD, warum sie es nicht in Angriff nehme. Sie habe die Gestaltungsmehrheit in diesem Hause. Die schlechteste Form des Umgangs mit dem Kollegschulversuch sei jedenfalls, trotz seiner Beendigung, das Ganze schlicht stehenzulassen.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) erinnerte daran, der Ministerpräsident habe in seiner Regierungserklärung im Jahre 1990 gesagt, die Kollegschule solle Regelschule in dieser Legislaturperiode werden. „Wir stehen im parlamentarischen Sinne ein halbes Jahr vor der Beendigung dieser Legislaturperiode. Er wird zwangsläufig wortbrüchig werden müssen; denn es kommt nichts mehr“, meinte die Abgeordnete.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) erklärte: „Berufliche Schulen und Kollegschulen sind übrigens von der Schülerzahl her die größte Schulform in Nordrhein-Westfalen. Sie sind wichtig und anerkannt.“ Der Minister meinte weiter, die Kollegschule und die Berufsschule hätten sich trotz aller Bemühungen einiger Bildungspolitiker der Opposition nicht auseinander, sondern aufeinander zu entwickelt. Man könne nämlich auch in einer beruflichen Schule, die nicht Kollegschule geworden sei, alle Abschlüsse „unseres Schulsystems“ erwerben.

## Hochschulmedizin

Wie die konzeptionellen Vorstellungen der Landesregierung für die Zukunft medizinischer Einrichtungen an Hochschulen und ihre Einbindung in das nordrhein-westfälische Gesundheitswesen aussähen, wollte der Grüne-Abgeordnete Daniel Kreuzt in einer Kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen. Das Gesundheitsministerium teilt in seiner Antwort mit, die medizinischen Einrichtungen der Hochschulen des Landes seien als Krankenhäuser der Maximalversorgung in die medizinische Versorgung der Bevölkerung eingebunden. Diese Aufgabe erfüllten sie auch künftig, neben der originären Aufgabe in Forschung und Lehre (Drs. 11/7641).



Interessante Lektüre: v.l. Hildegard Matthäus (CDU), Vorsitzende des Kulturausschusses, und Hermann Heinemann (SPD), früherer Minister für Arbeit und Soziales. Fotos: Schälte

## Nur die Gefährlichkeit von Dioxinen und Furanen war bei Debatte über Umweltprogramm unstrittig

Die GRÜNEN-Fraktion hat in ihrem Antrag „Programm zur Dioxinminimierung zügig durchsetzen“ noch einmal auf die Gefährlichkeit von Dioxinen und Furanen aufmerksam gemacht. Doch sie stieß bei den übrigen Fraktionen auf erheblichen Widerstand. Von der SPD wurde jeder zweite Satz in dem Grüne-Papier als falsch bezeichnet. Sprecher von CDU und F.D.P. hielten den Grünen „ideologische Panikmache“ und Dirigismus vor. Mehrheitlich folgte der Landtag daher der Empfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung und lehnte den Antrag ab (Drs. 11/7648 und 6244).

Ludgerus Hovest (SPD) verwies auf die Überschrift „Programm zur Dioxinminimierung zügig durchsetzen“ und meinte, nichts anderes tue die Landesregierung schon seit Monaten, um nicht zu sagen seit Jahren. Alles, was sonst im Antrag stehe, sei falsch. Die Forderung der Grünen, unverzüglich das Bundes-Immissionsschutzgesetz umzusetzen, würde schlichtweg dazu führen, „daß wir weite Teile unserer Industrie, und zwar nicht nur der chemischen Industrie, blitzartig dichtmachen müssen“. Hans Peter Lindlar (CDU) bezeichnete das Ziel als richtig. Richtig sei auch, daß man nur deutschland- und europaweit vorankomme. Mit der antragstel-

lenden Fraktion stimme man überein, daß im Bericht der Landesregierung einiges nachzubessern sei. Den Antrag hingegen wertete er als ein „rosafarbenes Bonbon-Papier“, wo die Grünen in Wirklichkeit ihre ideologische Panikmache weiter betrieben. Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) hielt den Grünen vor, sie wollten mit dirigistischen Maßnahmen das wirtschaftliche Leben und die wirtschaftlichen Grundlagen zerstören. Sie wollten den Ausstieg aus den unterschiedlichsten Produktionsbereichen. Über die Folgen hätten sie sich wahrscheinlich gar keine Gedanken gemacht. Fraktionssprecherin Bärbel Höhn (GRÜNE) meinte, es sei überhaupt kein Problem mehr von seriösen Menschen, daß Dioxine und Furane schlichtweg unstrittig sehr gefährlich, hochgiftig und sehr gesundheitsgefährdend seien. Sie nannte den angeblichen Kampf der Landesregierung gegen Dioxine als „schlichtweg unzureichend“. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) bedauerte, „daß der gute Herr Mai bei Ihnen als umweltpolitischer Sprecher überhaupt keine Rolle mehr spielt“. Offenbar sei er doch ein bißchen zu realitätsbezogen, und jetzt müßten die Positionen der Grünen etwas fundamentalistischer aufgemotzt werden. Im übrigen dokumentiere der Antrag nur das Aufspringen der Grünen auf einen fah-

renden Zug. Bärbel Höhn empfahl in einem weiteren Beitrag, sich gemeinsam für eine Veränderung der Produktion und für weniger Chlor einzusetzen. Dann habe man bei einer Entsorgung weniger Probleme mit den Dioxinen. Minister Klaus Matthiesen entgegnete darauf, die Grünen seien es doch, die seit Jahren ideologisch verboht und agitatorisch eingestellt die Müllverbrennung generell bekämpft und abgelehnt hätten.

### Sprit für die Polizei

Pressemitteilungen, wonach die Polizeibehörden nicht ausreichende finanzielle Mittel zur Gewährleistung ihrer Aufgaben hätten, sind von der Landesregierung korrigiert worden. Der SPD-Abgeordnete Wolfram Kuschke hatte in einer Kleinen Anfrage die „Ruhr-Nachrichten Werne“ zitiert, die in einer Schlagzeile fragten, ob die Polizei bald mit dem Fahrrad auf Verbrecherjagd gehen müsse. In der Antwort des Innenministeriums heißt es, daß der Rückgang von Steuereinnahmen und Transferleistungen in die neuen Länder zwar auch die Polizei betrafte, finanzielle Mittel hingegen, beispielsweise für Treibstoff, durch Umschichtungen ausgeglichen werden könnten.

## Auch Vorschlag „Enquetekommission“ rettete Antrag nicht

„Schluß mit der administrativen Preistreibeerei auf Kosten der Bürger und Unternehmen“ hieß ein Antrag der F.D.P., der im Plenum zur Diskussion stand. Kurz vor Ende der Debatte zog der Parlamentarische Geschäftsführer der Freien Demokraten, Hagen Tschoeltsch, die Antragsbegründung zurück und modifizierte die Überschrift in „Der Landtag setzt eine Enquetekommission ein“. Der Antrag wurde abgelehnt.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, war der Auffassung, daß man die vom Staat und den Kommunen beeinflussten Preise senken könne. Für Minderungsstrategien habe die F.D.P. allerdings kein

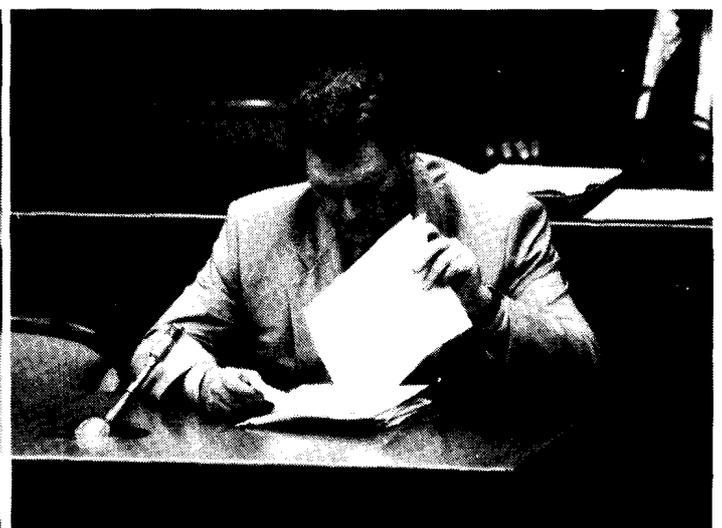
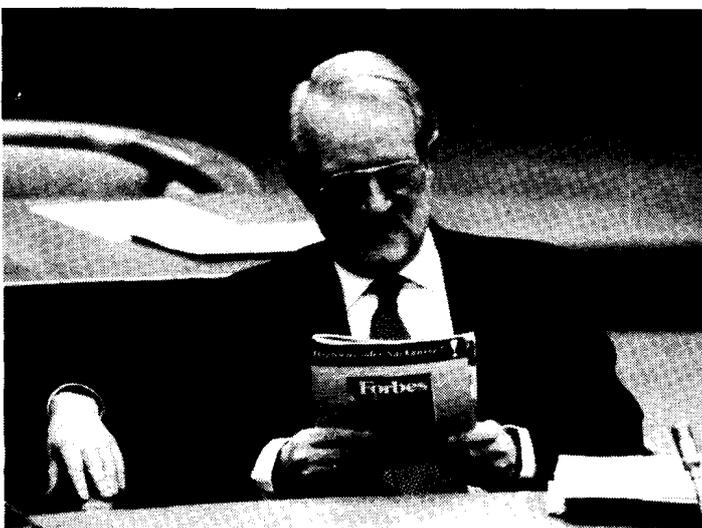
Patentrezept, deshalb wolle sie eine unabhängige Enquetekommission.

Walter Greverer (SPD) verwies darauf, daß die Qualität unter der Vielzahl der von den Liberalen gestellten Anträge leide. Dies träfe besonders für diesen Antrag zu, dessen Begründung der Nachprüfung nicht standhalte.

Franz-Josef Britz (CDU) fand den Antrag „mit der heißen Nadel genäht“ und dem Thema nicht angemessen. Er empfahl der F.D.P., ihn noch einmal zu überdenken und neu zu formulieren. Die Vorschriften und gesetzlichen Regelungen für die in Frage stehenden administrativen Preise fehlten im Antrag völlig.

Marianne Hürten (GRÜNE) meinte, daß die Senkung der administrativen Preise auf breiter Front keinen Sinn mache. Es sei „Augenwischerei“, den Bürgerinnen und Bürgern vorzumachen, niedrige Abgaben und Strompreise würden die Belastung ihres Portemonnaies verringern.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) fügte hinzu, der Antrag sei „so flüchtig und hanebüchen“, daß er es nicht verdiene, ernstgenommen zu werden. Abenteuerliche Zahlen wie eine Abwassergebührenerhöhung in Bergkamen von 9000 Prozent seien „Unfug“, es handele sich bei dieser Stadt um 20 Prozent.



Leseprobe: im linken Bild Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sowie im rechten Bild der F.D.P.-Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, Joachim Schultz-Tornau.

## Ausgleichsmaßnahmen für Bonn – Künftiger Standort des Senders

# Streit wegen Deutscher Welle in Rhein-Region

*Der künftige Standort der Deutschen Welle war einer der Schwerpunkte der Beratungen der Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn. Kölner und Bonner Interessen prallten aufeinander. Der Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zum Staatsvertrag wurde an den Hauptausschuß überwiesen (Drs. 11/7469).*

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) vermutete, „daß uns dieses Thema sicherlich noch zehn Jahre und mehr beschäftigen kann“. Es gehe um die Entscheidung Bonn-Berlin und damit verbunden um die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn, zu denen die Landesregierung eine Vereinbarung vorlege. Im Ausgleichsvertrag fänden sich alle Projekte, die für die Entwicklung Bonns von Bedeutung seien. Der Minister nannte beispielhaft die Anbindung des Flughafens Köln/Bonn an die ICE-Trasse sowie die S-Bahn-Verknüpfung der Städte Köln und Bonn mit dem Flughafen. Ferner solle in Bonn das Spitzenforschungszentrum CAESAR entstehen und die Fachhochschule Rhein/Sieg mit einem linksrheinischen und rechtsrheinischen Standort errichtet werden. Die Ausgleichsmaßnahmen sollten nach dem Vertrag grundsätzlich in zeitlicher Parallelität zum Umzug von Parlament und Regierung Wirkung entfalten. Zum Schürmann-Bau sagte Clement, niemand könne ein Interesse daran haben, daß die Städte Bonn und Köln in dieser Situation gegeneinander in Stellung gebracht würden. Das sei aber der Fall. Er bat darum, daß der Landtag in seiner Mehrheit die Position unterstütze, die Deutsche Welle dort zu lassen, wo sie von Anbeginn an gestanden habe, nämlich in Köln.

**Norbert Burger** (SPD) betonte, man habe intensiv darauf zu achten, daß bei der konkreten Ausgestaltung der vorgesehenen fairen Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn und insbesondere bei dem vorgesehenen Ausgleich zugunsten Bonns für den Verlust von Parlament und Regierungsfunktionen die Interessen der Bonner Subregion optimal eingebracht und angemessen berücksichtigt würden. Angesichts eines zu erwartenden Verlustes von rund 22000 Arbeitsplätzen

hätte man sich für die Stadt Bonn, den Rhein-Sieg-Kreis und den Kreis Ahrweiler natürlich mehr Hilfe gewünscht als die jetzt in der Vereinbarung zugesagten 2,81 Milliarden Mark. Mehr sei aber trotz aller Anstrengungen gegenüber dem Bund nicht durchzusetzen gewesen. Als Kölner Oberbürgermeister machte Burger noch die Bemerkung, zu Recht finde sich weder im Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 noch im Berlin-Bonn-Gesetz noch in der vorliegenden Vereinbarung ein Hinweis auf die Verlagerung der Deutschen Welle von Köln nach Bonn. Denn es dürfe nicht sein, daß ein Ausgleich zugunsten Bonns auf Kosten einer anderen Stadt in der Region erfolge. Der Abgeordnete erteilte den Plänen der Bundesregierung und der Verlagerung der Deutschen Welle nach Bonn eine klare Absage.

**Ruth Hieronymi** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, bekräftigte, der Ausgleichsvertrag sei ein Ergebnis, das den Einsatz wert gewesen sei. Die Region Bonn brauche für den Ausgleich keine Dauersubvention. Was man brauche, seien Impulse für zukunftsorientierte Arbeitsplätze, um den Strukturwandel in den nächsten zehn Jahren zu schaffen. Frau Hieronymi zeigte sich allergisch gegen Einschränkungen von Politikbereichen in Bonn. Gefährdet sei das Nord-Süd-Zentrum. Das Entwicklungshilfeministerium solle mit dem Außenministerium in Berlin zusammengelegt werden. Damit sei die Grundlage für die Entwicklung eines Nord-Süd-Zentrums in Bonn nachdrücklich entzogen. Ferner sollen die Ministerien für Bildung und Wissenschaft in einem gemeinsamen Ministerium für Forschung und Wissenschaft zusammengelegt werden, ohne daß deren Standort bisher geklärt sei. Klare Aussagen erwarte die Region Bonn von der Landesregierung, wenn es um die Zukunft und den dauerhaften Sitz des Bundesrates gehe. Im übrigen bezeichnete die Politikerin die Zukunft der Bundesstadt Bonn als ein gutes Stück Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) ließ keinen Zweifel daran, daß der Beschluß des Deutschen Bundestages die Stadt Bonn und die gesamte Region vor beispiellose Aufgaben stelle. Man wisse aber auch: die Umsetzung

des Vollzugs eröffne der Stadt und ihrer Region neue Chancen. Die besonderen Probleme in Berlin zeigten auch, daß man gelassen hinschauen könne, ob es tatsächlich 1998 zum Umzug komme. Wenn man ihn frage: Das werde sich um weitere Jahre verzögern. Nicht umsonst sei in den Unterlagen zum Staatsvertrag zu erkennen, daß die Vertragspartner auch das Jahr 2004 markiert hätten. An den „Kollegen Burger“ gewandt, meinte Wickel, ihn bekümmere wirklich, „daß wir uns in der Region wegen der Deutschen Welle streitend auseinandersetzen müssen“. Das sei keine Absicht, auch keine Bonner Absicht gewesen. Hier müsse man anerkennen, daß die zuständigen Gremien so entschieden hätten.

**Roland Appel** (GRÜNE) kritisierte, daß man sich mit „schlappen 2,8 Milliarden Mark“ abspesen lassen wolle. Als Grüne könne man dazu nur sagen: Man könne mit diesem Vertrag eigentlich nur so umgehen, „wie es die Bundesbauministerin Schwaetzer — der Name ist ja Programm — mit dem Schürmann-Bau macht: Man kann ihn versenken“. Da müsse er noch ein Wort an die F.D.P. loswerden. An den Abgeordneten Wickel gewandt, sagte Appel: „Es ist ja schön, daß Sie hier den gesamt-nordrhein-westfälischen Konsens im Landtag beschwören.“ Nur wenn man sich ansehe, wer ganz federführend neben Herrn Schäuble dafür gesorgt habe, daß Bonn weder Bundeshauptstadt noch Regierungssitz sei, dann müsse man in erster Linie diese kleine Freie Demokratische Partei nennen, die auf die glorreiche Idee gekommen sei, den abgesoffenen Schürmann-Bau so lange leer stehen zu lassen, daß der Architekt Schürmann schon eine gerechtfertigte Klage erwäge. Es sei ja wohl ein Treppenwitz, zu sagen, es wäre für Bonn ein Vorteil, wenn die Deutsche Welle von Köln-Süd nach Bonn-Nord oder -Mitte gehe.

### Gesundheitsschutz

Das Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten ist in erster Lesung einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen worden. Das Parlament folgte damit dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag (Drs. 11/7583).



Ausgleich für Bonn und seine Region: v. l. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD), Norbert Burger (SPD), Ruth Hieronymi (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.) und Roland Appel (GRÜNE).

## Fehlbelegungsabgabe soll Abschöpfung ungerechtfertigter Subventionsvorteile dienen

*Aufgrund der Erhöhung der Einkommensgrenzen im 2. Wohnungsbaugesetz müssen auch in Nordrhein-Westfalen die Fehlbelegungsabgaben den veränderten Vorgaben angepaßt werden. Das soll mit dem Zweiten Änderungsgesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen im Entwurf der Landesregierung geschehen, das in erster Lesung beraten und einstimmig an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen überwiesen wurde (Drs. 11/7602).*

**Wohnungsbauministerin Ilse Brusis** (SPD) erklärte, daß die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe ein wesentliches Element des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und somit unverzichtbar sei. Der Abbau der Fehlsubventionierung solcher Sozialmietwohnungen sei ein vorrangiges Ziel in der NRW-Wohnungspolitik. Es sei ein „Gebot der Rechtsstaatlichkeit, die Erhöhung der Einkommensgrenzen jetzt zeitgleich bei den Fehlbelegern anzuwenden“.

**Wolfgang Jaeger** (CDU) betonte, daß die Landesregierung schon früher hätte tätig

Adam-Schwaetzer, die eine „einkommensorientierte Wohnungsförderung“ auf zwei Beine gestellt habe. Bei einer anderen Förderung, fuhr Kuhl fort, brauche man keine Fehlbelegungsabgabe, andererseits sei er der Auffassung, daß für die betroffenen Bürger Voraussetzungen geschaffen würden, damit sie weniger zahlten.

**Gisela Nacken** (GRÜNE) meinte, daß das Gesetz in seiner jetzigen Form dem sozialen Wohnungsbau schade. Die Vorlage sei ein „sozialpolitisches Armutszeugnis“. Die von der Bundesregierung gewährte Übergangs-

## Landtag lehnt Hormonmittel für Kühe ab

Der Landtag hat in einem gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen klar Stellung in eindeutiger Ablehnung des Hormonhilfsmittels r-BST zur Milchproduktion bezogen. Dem gemeinsamen Votum in direkter Abstimmung war eine Initiative der GRÜNE-Fraktion vorausgegangen. **Siegfried Martsch** (GRÜNE) freute sich, daß es gelungen sei, in dieser Frage eine gemeinsame Position einzunehmen. Es sei ein Schritt, der die Verbraucherinteressen ernst nehme und die Qualität des Nahrungsmittels Milch wahre, ebenso wie die Gesundheit der Kühe. **Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) begrüßte ebenfalls die gemeinsame Entscheidung. Er hoffe, daß diese Willensbildung des Hohen Hauses nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen in der Europäischen Union bleibe, die unter deutscher Ratspräsidentschaft nunmehr beginnen würden (Drs. 11/7730).



Fraktionsinterner Meinungsaustausch: im linken Bild v. l. Dr. Hans Horn, Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linszen und Hartmut Schauerte (alle CDU); im rechten Bild v. l. Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Michael Vesper, Dr. Manfred Busch, Fraktionssprecherin Bärbel Höhn und Dr. Katrin Grüber (alle GRÜNE). Fotos: Schälte

werden können. Es freue ihn, daß der Bundesgesetzgeber sie mit dem Wohnungsbauförderungsgesetz indirekt dazu zwingt, die Fehlbelegerabgabe mieterfreundlich zu gestalten. „Ohne Druck von Bonn wäre hier nichts geschehen“, führte Jaeger aus. Der jetzt vorgelegte Entwurf entspräche in etwa der CDU/F.D.P.-Forderung von vor zwei Jahren.

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) bemerkte, das Gesetz sei kein Wahlkampfgeschenk, sondern der feste Wille der Landesregierung, einen ungerechtfertigten Subventionsvorteil auszuschöpfen. Die SPD-Fraktion befürworte den Gesetzentwurf, weil die Voraussetzungen geschaffen seien, mit der Erhöhung der Einkommensgrenzen zu vernünftigen Regeln zu kommen, die auch für die Kommunen handhabbar seien und sie für die Bürger durchschaubar machten.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) verteidigte in seiner Rede Bundesbauministerin Irmgard

frist zur Umsetzung des Gesetzes bis 1997 sollte extensiv ausgenutzt werden. Daher solle die SPD dem Entschließungsantrag der Grünen zustimmen, der die Einkommensgrenzen für die Bezugsberechtigten im sozialen Wohnungsbau von der Fehlbelegerabgabe abkoppelt und dies dort zu einer Ausgleichsabgabe umbaut.

**Siegfried Zellnig** (CDU) meinte, der Entwurf der Landesregierung sei in Ordnung, komme aber zu spät. Die SPD hätte schon vor zwei Jahren handeln können, es sei daher ein „unwahrhaftiger Umgang mit den Menschen“.

**Harry Störmann**, bisher Vizepräsident des Sozialgerichtes Münster, ist von der nordrhein-westfälischen Landesregierung zum Präsidenten des Sozialgerichtes Detmold ernannt worden. Störmann stammt aus Rheine und ist seit 1965 Richter.

## Rechtsprechung

Die Justiz sei in der Lage, ihren Rechtsprechungsauftrag auch bei veränderten gesellschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Diese Auffassung vertritt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Manfred Kuhmichel. 1993 hätten bei den Landgerichten 71,2 Prozent der Strafverfahren in erster Instanz und sogar 87,9 Prozent der Strafverfahren in Berufungssachen innerhalb von sechs Monaten erledigt werden können (Drs. 11/7570).

## Katastrophenschutz

„Neugliederung des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen“ hieß ein Antrag der F.D.P.-Fraktion, den der Landtag ohne Debatte für erledigt erklärte. Die F.D.P. hatte in dem Papier eine Neugliederung angeregt. Das Parlament folgte einer Empfehlung des Innenausschusses (Drs. 11/6366 und 7615).

## Rechtspflege im Land stark überlastet

Mit der Lage der Rechtspflege beschäftigte sich der Landtag am 8. September. Grundlage der Aussprache war die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 32 der CDU-Fraktion (Drs. 11/5904 und 7191), die für erledigt erklärt wurde. Einig waren sich die Fraktionen über die zunehmende Belastung der Justiz in Nordrhein-Westfalen, nicht einig hingegen über mögliche Wege aus der Krise.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) betonte, daß an keiner Stelle in der Antwort der Landesregierung darauf eingegangen werde, daß das Land mit seiner Rechtspflege in einer nicht gekannten Krise stecke. Der Bürger, der Opfer einer Straftat geworden sei, müsse Jahre warten, bis der Täter vor dem Richter stehe, weil mit überlangen Strafprozessen die Justiz blockiert werde. Schon in den 80er Jahren hätte man die Gerichte vernünftig und zeitgemäß ausstatten können. Nun seien die Mauern des Hauses Rechtsstaat brüchig geworden. Die Gefahr, demnächst vor einer Trümmerlandschaft zu stehen, sei groß, wenn nicht „schleunigst die notwendige Sanierung eingeleitet wird“.

**Dr. Dieter Haak** (SPD) erklärte, daß die Rechtspflege in NRW stark überlastet sei. Es bestehe aber kein Anlaß, eine Verelendungslage oder gar ein Katastrophenbild zu zeichnen. Vor Übertreibungen müsse er warnen. Richtig sei, daß jetzt pragmatisch alle praktischen Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft würden. Das Vertrauen in die Justiz sei sehr hoch. Trotzdem brauche sie strukturelle Reformmaßnahmen, die es unabhängig von der Knappheit finanzieller Mittel ermöglichen, daß die Justiz ihre Aufgabe im In-



Alle Hilfsmöglichkeiten ausschöpfen: v. l. Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), Dr. Dieter Haak (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Roland Appel (GRÜNE) und Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD). Fotos: Schälte

teresse des Bürgers so gut wie heute und noch besser leisten könne.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) bekräftigte, die Justiz sei trotz des immensen Geschäftsanfalls nicht kollabiert, weil die in der Justiz Tätigen besondere Anstrengungen zur Bewältigung ihrer Aufgaben geleistet hätten. Die „Modernisierung der Justiz“ sei vom zuständigen Minister nicht mit der nötigen Energie angegangen worden. Ein besonders auffälliger Mangel in der Ausstattung der Gerichte sei im EDV- und Computerbereich zu suchen.

**Roland Appel** (GRÜNE) meinte, daß verstärkter EDV-Einsatz das Problem nicht lösen könne, da dieser in NRW zu Personaleinsparungen genutzt würde. Eine wesentliche Ursache für die zunehmende Belastung der Justiz liege darin, daß Gesetze nicht klug angewendet würden. Nur wenn die Eingangsschwelle für Strafsachen erhöht würde, eine materielle Entkriminalisierung stattfände, es anstelle von Strafen einen Täter/Opfer-Ausgleich gebe und darüber hinaus die Bagatelldelikte entkriminalisiert würden, könnte eine Entlastung der Rechtspflege eintreten.

**Justizminister Dr. Rolf Krumsiek** (SPD) erläuterte, daß mit einer Personalaufstockung

das Problem nicht gelöst werden könne. Jede Bundesregierung — egal wer sie stelle — müsse sich nach dem 16. Oktober darüber im klaren sein, daß die Rechtspflegeentlastung ein herausragender Punkt ihrer Arbeit sei. „Wir sollten uns nicht an einer maßlosen Kritik beteiligen, sondern wissen, daß die Justiz ein Schutz für die Schwachen ist und auch eine Kontrolle für die Reichen und Mächtigen.“ Sie sei keine Trümmerlandschaft, und es herrschten hier keine „italienischen Verhältnisse“.

**Dr. Rolf Hahn** (CDU) stellte fest, daß die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU unvollständig, schöngefärbt und teilweise falsch sei, als Abgeordneter fühle er sich dadurch „veralbert“. Die offensichtlichen Mängel der Justiz würden in diesem Bericht verschwiegen. Die Gründe hierfür lägen in der mangelhaften Organisation der Arbeit, in den miserablen Arbeitsbedingungen und im Personalmangel.

## Überweisung

Der Landtag hat der Überweisung des Sechsten Rundfunkänderungsgesetzes im Entwurf der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN nach erster Lesung an den Hauptausschuß zugestimmt (Drs. 11/7669).

## Tagebauentscheidung unter ökologischen Gesichtspunkten

„Garzweiler II: eine falsche Weichenstellung für den Umweltschutz“ lautete ein Antrag der GRÜNEN-Fraktion, den der Landtag entsprechend einer Empfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. ablehnte (Drs. 11/7000 und 7649).

**Hans Alt-Küpers** (SPD) bemerkte, daß in NRW auf den Gebieten der Förderung regenerativer Energien besonders viel passiere. Bei der Umsetzung seien jedoch die Kommunen und private Investitionsentscheidungen verantwortlich, auf die das Land nur bedingt Einfluß habe. Adäquate Alternativen zur Braunkohlenverstromung sah der Abgeordnete nicht. Die Entscheidung zu Garzweiler II — egal wie sie aussehe — müsse noch in diesem Jahr getroffen werden, im Einklang mit der Ökologie und der sozialen Verträglichkeit.

**Werner Stump** (CDU) bekräftigte, daß man auch in der Zukunft an der Braunkohle festhalten müsse. Er forderte die Landesregierung auf, die Verhandlungen mit dem RWE

fortzuführen und mehr einzubringen, „denn was uns das RWE jetzt anbietet, ist keine Antwort auf das Tagebaugeschehen“. Die Tagebauentscheidung müsse unter ökologischen Gesichtspunkten ausgewogen sein, auf dem Hintergrund der Klima- und CO<sub>2</sub>-Diskussion, hier müsse mehr getan werden, als bisher angeboten worden sei.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) betonte, daß das Ziel beim Einsatz aller regenerativen Energiequellen die Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sein müsse. Dazu sei es erforderlich, den technischen Wirkungsgrad der Kraftwerke auszubauen oder andere Energieformen zu finden. An der weltweiten CO<sub>2</sub>-Produktion sei die Bundesrepublik lediglich mit vier Prozent beteiligt, gerade in den neuen Bundesländern und in NRW sei viel für die Reduktion getan worden. Die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer lehne die F.D.P. ab.

**Gerd Mai** (GRÜNE) erklärte, daß mit der Genehmigung des Tagebaus Garzweiler II die falschen Weichen für die zukünftige Ener-

giepolitik gestellt würden, in NRW für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Damit würde die bestehende Energieversorgungsstruktur für fast ein halbes Jahrhundert festgeschrieben. Dies sei falsch für den Klimaschutz, da die Ersatzmengen der Braunkohle in Westdeutschland um 25 Millionen Tonnen über dem klimapolitischen Sollwert lägen. Im Abwägungsprozeß müsse man auch die 7000 Menschen mit einbeziehen, die zum großen Teil gegen ihren erklärten Willen umgesiedelt werden müßten.

**Günther Einert** (SPD), Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, stellte fest, daß beim Verzicht auf den „heimischen Primärenergieträger Braunkohle“ die Alternative nur Importkohle heißen könne. Dies sei eine Verlagerung der ökologischen Schäden. Es gebe kein anderes Land, das seinen „Abbau von Primärenergieträgern derart umweltschutzgemäß produziert und beaufsichtigt wie wir“. Die Position der Landesregierung sei die langfristige und schonende Verwertung von vorhandenen Ressourcen heimischer Braunkohle.

Das Sinken der Ozonwerte sei kein Grund, sich jetzt zurückzulehnen, meinte die Grüne-Abgeordnete Gisela Nacken zu Beginn der Beratungen über einen Antrag ihrer Fraktion mit der Überschrift „Gesundheit schützen — Ozon-Vorläufersubstanzen reduzieren“. Dieser sowie ein SPD-Antrag „Ozonreduzierung“ wurden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen (Drs. 11/7607)

**Gisela Nacken** (GRÜNE) sagte, daß sich verantwortliches umweltpolitisches Handeln nicht in einem kurzen „Sommertheater“ erschöpfen dürfe. Ausgangspunkt des Antrags der Grünen sei die Gesundheitsvorsorge. Die Kernforderung sei, unverzüglich eine Ozonverordnung zur Bekämpfung der verkehrsbedingten Ozonvorläufersubstanzen zu erlassen, wo auch die Einschränkung von industriellen Emissionen integriert sein müßte.

**Klaus Strehl** (SPD) erklärte, daß die Landesregierung die erforderlichen Schritte unternommen hätte, um angemessen auf die erhöhten Ozonwerte zu reagieren. Er begrüßte das Verhalten der Landesregierung, nicht in populistisch motivierte Aktionen zu verfallen. Wichtigster Punkt in dem SPD-Antrag sei die Forderung nach einer dauerhaften, bundesweiten Geschwindigkeitsbegrenzung.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) forderte Minister Matthiesen auf, eine Quellenbilanz für NRW vorzulegen. Sie hielt es nicht für richtig, allein das Auto als Sündenbock abzustempeln. Der Fraktion der Grünen warf sie vor, Ökologie nicht mit Ökonomie in Einklang zu bringen.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) kritisierte die Grünen ebenfalls, sie würden mit ihrem Antrag „den Industriestandort Deutschland kaputt machen“. Er dankte Minister Matthiesen, daß er im Sommer nicht auf die „Polit-

## Trotz Ozon-Belastung keine einheitliche Meinung über Tempolimit auf den Straßen



Straßenverkehr als einer der Hauptemittenten der Vorläuferstoffe: v.l. Gisela Nacken (GRÜNE), Klaus Strehl (SPD), Dr. Annemarie Schraps (CDU), Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) und Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD).  
Fotos: Schälte

schau des Joschka Fischer hereingefallen“ sei, der die Autofahrer nur als „Prügelkna-  
ben der Nation“ benutzt hätte.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) bekräftigte, daß Maßnahmen zu einer dauerhaften Reduzierung der Ozon-Belastung notwendig seien. Die wichtigsten Punkte hießen Qualitätsverbesserung der Treibstoffe, eine emissionsarme Motorabgas-technik mit einem Maximalverbrauch von drei bis fünf Litern auf hundert Kilometern, die Einführung von Alternativantrieben, eine schnellere Zunahme des Anteils von Kraftfahrzeugen mit geregelter Dreibege-Kat, Transportverlegung auf die Schiene, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Einführung eines dauerhaften, bundesweiten Tempolimits.

**Gerhard Wächter** (CDU) bekundete, für ihn käme ein generelles Tempolimit — egal ob mit 100 oder 130 — nicht in Frage. Gebraucht würden intelligente Lösungen wie moderne Verkehrsbeeinflussungsanlagen und Leit-techniken, mit denen man gezielt punktuell bei hoher Verkehrsdichte oder schlechtem Wetter Geschwindigkeitsbegrenzungen vorgeben und anordnen könne.

### Sprachliche Angleichung

Das Gesetz zur sprachlichen Angleichung des Polizeiorganisationsgesetzes ist in zweiter Lesung ohne Aussprache entsprechend der Empfehlung des Innenausschusses einstimmig verabschiedet worden (Dr. 11/7113 und 7628).

## Jahresbericht des Rechnungshofs unterschiedlich beurteilt

Der Landtag hat die Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1992, für die die Landesregierung die Erteilung der Entlastung beantragt hatte, sowie den Jahresbericht des Landesrechnungshofs über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1993/94 an den Ausschuß für Haushaltskontrolle überwiesen (Drs. 11/7329 und 7330).

**Walter Greverer** (SPD) stellte fest, daß die Senate tatsächlich jeweils für sich in ihrem Prüfungsgebiet arbeiteten, daß eine Koordination nicht in der Weise stattfindet, wie es in Zukunft nach der neuen Gesetzgebung der Fall sein werde. Anhand des Beispiels der Beiträge zur Denkmalpflege meinte der Abgeordnete, die Vorschläge des Landesrechnungshofs berücksichtigten die Weiterent-

wicklung nicht, die man in der Verwaltungsreform versuche, nämlich Entscheidungen möglichst nach unten zu verlagern und dort bei den Gemeinden, die betroffen seien, für die nötige Verwaltungskraft zu sorgen.

**Helmut Diegel** (CDU) vertrat die Auffassung, dieser Bericht habe gezeigt, daß der Landesrechnungshof effizient gearbeitet habe und damit alle diejenigen Lügen gestraft, die insbesondere von seiten der SPD-Fraktion behauptet hätten, der Landesrechnungshof könne nur noch arbeiten, indem man die Landeshaushaltsordnung ändere und ihm einen Maulkorb verpasse. Der Landesrechnungshof habe mit Vorlage dieses Berichts bewiesen, wie effizient seine Arbeit sei.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) entgegnete zu Beschuldigungen, die Landesregierung habe vor, das Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs einzuschränken, er stelle fest, daß sich bei der Verabschiedung der Novelle zum Landeswassergesetz, die in der vorletzten Sitzung des Kabinetts erfolgt sei, ein solcher Tatbestand nicht

finde. „Deshalb ist Ihre Behauptung angesichts der Beschluslage des Kabinetts ohne reale Grundlage“, sagte der Minister in Richtung CDU.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) sagte zu dem Jahresbericht: „Beim Rechnungshof müssen wir uns bedanken, daß er diese Vorlagen macht.“ Aber das sei kaum noch zu schaffen. Wenn man überlege, daß der Rechnungshof hier einem Verfassungsauftrag nachkomme und dabei gleichzeitig die Auswirkungen der Tätigkeit von 340 000 Mitarbeitern und ein Haushaltsvolumen von rund 83 Milliarden Mark kontrolliere, dann sei das schon eine Leistung.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) meinte zu dem Bericht, was die Grünen schon immer vermutet hätten, bestätige sich auch hier wieder einmal: daß nämlich ungerechtfertigte Privilegien an die WestLB von seiten des Landes, genauer gesagt, von der Landesregierung gingen. In dem Fall gehe es um unverzinsliche Forderungen gegen die Wohnungsbauförderungsanstalt, die an die WestLB gegangen seien.

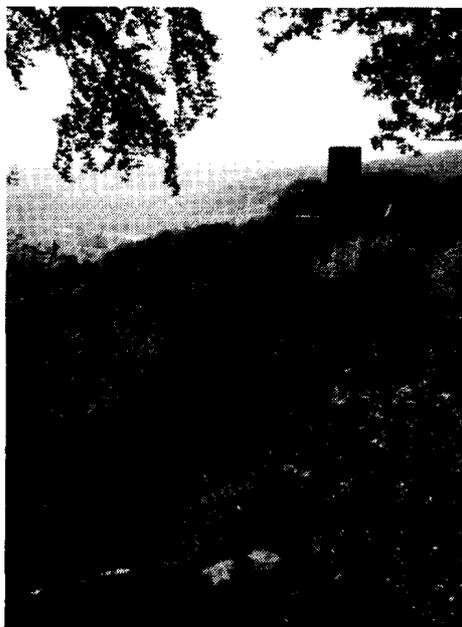
## Landesforstverwaltung bleibt Einheitsforstverwaltung und wird von 45 auf 35 Forstamtsstandorte verringert

An dem Konzept der Neuorganisation der Landesforstverwaltung gab es bei der Aussprache über den Grünen-Antrag „Neuorganisation der Forstverwaltung aussetzen“ sowie einen SPD-Antrag teilweise erhebliche Kritik der Oppositionsfractionen, unter anderem an der Reduzierung der Forstamtsstandorte von 45 auf 35. Forstminister Klaus Matthiesen (SPD) hingegen unterstrich, es werde an der Einheitsforstverwaltung festgehalten. Er lehnte einen generellen Kurswechsel strikt ab. Der Grünen-Antrag fand keine Zustimmung, der SPD-Antrag wurde in direkter Abstimmung angenommen.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) berichtete, gegenwärtig führe die Landesregierung eine Umorganisation im Bereich der Landesforstverwaltung durch, die ihresgleichen suche. Dabei solle die Bewirtschaftung des Staatsforstes von einem neu zu gründenden Landesbetrieb vorgenommen werden, während die Aufgabenhoheit und Betreuung des Privat- und Körperschaftswaldes bei den Forstämtern verbleiben solle, deren Zahl von 45 auf 34 reduziert werde. Die Zuständigkeitsbereiche der Revierförster sollten auf 1200 Hektar ausgedehnt und der Stamm der Waldarbeiter auf 240 Stellen reduziert werden. Darüber hinaus sei beabsichtigt, die Forstplanungsbezirke aufzulösen und die Forsteinrichtungen, Standortkartierung sowie Sonderaufgaben privaten Büros zu übertragen. Der erreichte Personalabbau werde jedoch teuer erkaufte. Eine solche Neuorganisation der Forstverwaltung gehe zu Lasten der ökologischen und sozialen Funktion des Waldes. Die vorgesehene Trennung von hoheitlichen Aufgaben, Betreuung und Bewirtschaftung von Wald bedeute auch die Trennung der Funktionen von Schutzwald und Nutzwald. Da die privaten Unternehmen aus Wettbewerbsgründen zur Rationalisierung gezwungen seien, zeichne sich ein zunehmender Raubbau am Wald ab.

**Johannes Gorlas** (SPD) sagte, man begrüße, daß bei der Neuabgrenzung der Forstamtsbezirke das Prinzip der Einräumigkeit der Verwaltung ein durchaus entscheidender Maßstab gewesen sei. Das erleichtere Verwaltungsabläufe. Genauso wichtig aber sei es, daß bei der Anwendung dieses Prinzips nicht die Einräumigkeit der verschiedenen Aufgaben der staatlichen Forstverwaltung auf der Strecke bleibe. Die SPD-Fraktion teile die Auffassung der Landesregierung, daß die Beibehaltung der bewährten einheitlichen Forstverwaltung vorrangiges Ziel für die Forstorganisation in Nordrhein-Westfalen bleibe. Das bedeute die Wahrnehmung der forstlichen Hoheitsaufgaben und die Betreuung der gesamten Waldfläche in verschiedenen Intensitäten, also von der Bewirtschaftung des Staatswaldes bis hin zur Betreuung des Kleinstprivatwaldes in einer Hand. Jetzt gelte es, der Regierung für die neuen Forstamtsbezirke grünes Licht zu geben, damit sie mit der Neuordnung der Forstreviere, der Vorbereitung der neuen Aufgabenverteilung und der Entschlackung von nicht notwendigen Regelungen beginnen könne.

**Karl Knipschild** (CDU) bezeichnete den Antrag der Grünen, vier Tage nach einer einvernehmlichen Vereinbarung als unkollegial und illoyal. „Natürlich wollen wir das Konzept der Neuorganisation so nicht akzeptieren“, räumte der Abgeordnete ein. Aber die Außenkraftsetzung, wie sie im Antrag der Grünen gefordert werde, sei durch den Beschluß des zu beteiligenden Ausschusses vor 14



Wälder in Nordrhein-Westfalen sind im Sommer wie im Winter Anziehungspunkt für Wanderer und Naturfreunde. Damit das so bleibt, ist eine trotz aller Sparanstrengungen funktionierende Forstverwaltung nötig. Das Bild links zeigt die Burg Blankenstein bei Hattingen im bewaldeten Ruhrtal. Im Bild rechts ein Blick vom Ravenstein (Bruchhauser Steine) ins Grenzland zu Hessen.

Tagen faktisch ja schon vollzogen. Knipschild fragte die Grünen, was sie jetzt eigentlich wollten. Die CDU sehe sich ferner außerstande, der SPD-Forderung nach direkter Abstimmung nachzukommen und dem Antrag zuzustimmen. Das vorliegende Konzept der Neuorganisation der Landesforstverwaltung sei so nicht zustimmungsfähig.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte, wenn die Landesregierung schon zu einem Vorschlag komme, wie sie die Verwaltung verändern wolle, sei es doch sinnvoll, „daß wir Informationen erhalten und nachfragen können, was die Vor- und Nachteile der einzelnen Möglichkeiten sind, die hier im Raum stehen“. Er bat darum, auf die Fragen, die unter anderem die Grünen aufgeworfen hätten, aber auch auf die, die beispielsweise der Bund deutscher Forstleute schriftlich fixiert habe, Antworten zu geben.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) unterstrich, die Landesregierung sei nicht bereit, einen Kurswechsel zu vollziehen. Sie denke nicht daran, in irgendeiner Standortfrage zu einer neuen Auffassung und Beschluslage zu kommen. Gleiches gelte für die erbrachte Einsparquote, die einvernehmlich im Kabinett festgelegt und abgesegnet sei. Das gelte im Grundsatz auch für die Festlegung der Forstamtsbezirke. Der Minister schloß indessen „die einer oder andere kleine Korrekturmöglichkeit“ nicht aus – außerhalb der Standortfrage, außerhalb der Einsparquote und außerhalb der Grund-

sätze der Reform. Matthiesen versicherte, die Landesforstverwaltung bleibe eine Einheitsforstverwaltung, Sie werde künftig 35 statt bisher 45 Forstamtsstandorte und eine Personaleinsparung von 460 kw-Stellen zu erbringen haben. Stabs- und Linienaufgaben würden klar getrennt. Staatswaldflächen würden zu effektiven Bewirtschaftungseinheiten zusammengefaßt. Bisher durch die Landesforstverwaltung selbstständig wahrgenommene Teilaufgaben würden auf Dritte übertragen. Die Betreuung des Privatwaldes werde intensiviert.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) wehrte sich in einer persönlichen Erklärung gegen den Vorwurf, er würde sich unredlich verhalten.

### Kein Alkohol im Stadion

Das Innenministerium hält nach wie vor ein generelles Alkoholverbot in Stadien für erforderlich. Dr. Michael Vesper (GRÜNE) hatte in einer Kleinen Anfrage angeregt, ein „grundsätzliches Alkoholverbot zu erlassen, um die Notwendigkeit nachsorgender Polizeimaßnahmen zu verringern“. In der Antwort wies das Ministerium darauf hin, daß bereits 1984 Kommunen und Stadioneigner aufgefordert worden seien, den Alkoholkonsum in den Arenen zu untersagen. Die Kommunen mit Bundesliga-Stadien seien nach wie vor gehalten, auf der Grundlage der Musterstadionordnung „Nationales Konzept Sport und Sicherheit“ die Rechtsvorschriften zu überprüfen und gegebenenfalls anzugleichen.

## Verwaltungsreform für Frauen nutzen

Der Grünen-Antrag „Reform der Verwaltungsstruktur zur Frauenförderung nutzen!“ (Drs. 11/7608) wurde nach der Beratung am 8. September in die Ausschußberatung überwiesen.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) begründete den Antrag mit der Benachteiligung der Frauen bei der Reform, die zu Lasten der Frauen gehe, und hielt die späte Stunde für einen Hinweis darauf, daß für den Ältestenrat Frauen ein unwesentliches Randthema seien. In privaten Reinigungsfirmen erhielten Frauen drei Mark weniger pro Stunde. Auch bei Universitätskliniken, Behördenschreibkräften oder Datenerfasserinnen werde Förderung ins Gegenteil verkehrt. Die Ausbildung werde abgebaut. Am schlimmsten treffe es die Teilzeitbeschäftigten: Die Reform dürfe nicht zum Klügel zwischen männlichen Unternehmensberatern und Amtsleitern werden. Sachverständige Frauen müßten ihr Wissen einbringen. Führungspositionen sollten geteilt werden.

**Brigitte Speth** (SPD) sah die von der SPD beabsichtigte Verwaltungsreform ohne Beteiligung der Mitarbeiterinnen als überhaupt nicht denkbar. Auf die Kompetenz der Frauen könne sie nicht verzichten. Beiräte würden nicht gebraucht, es gebe Frauenbeauftragte in den Ministerien. Einfache Arbeitsplätze dürften nicht geopfert werden.

**Heinz Paus** (CDU) stimmte zu, daß historische Defizite abgebaut werden müßten. Anreicherung einfacher Aufgaben stoße an Grenzen. Von Beiräten und Berichten halte er nichts.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) warnte vor Hemmnissen, Frauen einzustellen, durch kostenträchtige Sonder-Vorschriften. Frauen müßten lernen, durch eine gute Ausbildung ihre Zukunft selbst zu gestalten.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) bezifferte die Anteile von Reinigungs- und Schreibkräften an insgesamt 8127 einzusparenden Stellen auf 9,4 und 13,5 Prozent.

## Verkehrsüberwachung durch Kreise und Städte

Den Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (OBG, Drs. 11/7599) überwies das Plenum nach der ersten Lesung am 7. September in die Ausschußberatung.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erläuterte, Aufgaben der Verkehrsüberwachung könnten künftig auch von kreisfreien Städten und Kreisen durchgeführt werden. **Irmgard Schmid** (SPD) bedauerte, daß einige Verkehrsteilnehmer sich nicht an die Straßenverkehrsordnung hielten. **Karin Hussing** (CDU) sagte, über diese Änderung seien die Kommunen heilfroh. **Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) stimmte der Entlastung der Polizei zu, sah aber noch Klärungsbedarf. **Roland Appel** (GRÜNE) befürchtete, Kommunen könnten durch unsinnige Überwachung ihre Kassen auffüllen.

## Verwaltungspolitisches Leitbild in NRW Mehr Kompetenzen für Sachbearbeiter

Die Anträge der F.D.P. „Landtag muß umsetzungsfähige Konzepte neuer Verwaltungsstrukturen vorlegen“ (Drs. 11/7662) und der SPD „Verwaltungspolitisches Leitbild für die Modernisierung der Verwaltung in NRW“ (Drs. 11/7668) wurden nach der Aussprache am 8. September in die Ausschußberatung überwiesen.



Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Johannes Pflug (SPD) erläuterten Anträge ihrer Fraktionen zur Verwaltungsreform in NRW.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, hielt das Thema für nicht so machterotisch wie die Pflegeversicherung, jedoch für wichtig für die Existenz des modernen Staats. Den Entschlackungsprozeß der Industrie habe der Staat noch vor sich. In der Industrie sei die Produktivität um 30 bis 40 Prozent zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit gesteigert worden. Beim Staat sei die Reform im Dienstleistungsbereich nur unter Druck zu realisieren. Die F.D.P. wolle als quantitatives Ziel zehn Prozent Personal einsparen. Am wichtigsten sei Wettbewerb. Lehrer, Professoren, Polizei müßten von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, um sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren zu können. Räte und Parlamente müßten sich auf strategische Vorgaben und Erfolgskontrolle beschränken.

**Johannes Pflug** (SPD) erinnerte an das klare Bekenntnis zu Mittelinstanzen. Regierungspräsidenten sollten staatliche und kommunale Aufgaben verknüpfen. Beim Leitbild für die moderne Verwaltung gehe es um die langfristige Handlungsmaxime: Dezentralisierte Entscheidungskompetenzen mit Ressortverantwortung in abgeflachten Hierarchien. Mit ihren Unternehmen sollten sich die Mitarbeiter identifizieren. Der Konzern sei als Leitbild für die öffentliche Verwaltung wenig geeignet, da dort keine alt-rustischen Aufgaben erledigt würden. Rosenpickerei solle es auch nicht geben, wonach sich Private die gewinnfähigen Aufgaben aussuchten. Im Leitbild sei Lernen als Ziel vorgesehen. Kunden und Adressaten sollten als Quelle von Innovationen genutzt werden. Dialogsteuerung solle motivieren. Dienstleistung solle bedarfs- und nachfragegerecht angeboten werden. Wettbewerb solle durch Preis-, Kosten- und Leistungsvergleiche hergestellt werden. Entscheidung solle möglichst weit nach unten delegiert, Berichts- und Kontrollsystem erneuert werden. Die passende Behördenstruktur stehe am Ende des Weges.

**Heinz Paus** (CDU) stellte weitgehende Übereinstimmung der F.D.P. mit dem CDU-

Antrag zur Aufgabenkritik fest. Die skeptische Einstellung zum Beamtenrecht könne die CDU nicht nachvollziehen, das Problem sei der starre Tarifbereich. Der Grünen-Antrag sei konkreter, sehr detailverliebt und, von ideologischem Ballast abgesehen, weitgehend konsensfähig. Die SPD komme spät auf den von der CDU angestoßenen Weg. Der CDU-Antrag sei Grundlage der Ausschußarbeit und gebe das Leitbild bereits wieder. Neu sei, daß die SPD jetzt alles gegenzeichne, ferner der Ausschluß einer Ausweitung der Staatsquote. Jahrzehntlang habe die SPD für Allzuständigkeit des Wohlfahrtsstaats, für Staatsinterventionismus und umfassenden Planungsauftrag gestanden. Schon bei der Privatisierung von Reinigungsdiensten habe es polemische Attacken gegeben. Hinter dem Fortschritt scheinete nicht so sehr Einsicht zu stecken, sondern das Diktat der leeren Kassen. Sein Kollege Schauerte habe saldiert und Gutachten-Kosten von 48 Millionen Mark für 330 eingesparte Stellen errechnet: „Außer Spesen nicht viel gewesen.“ Umweltminister Matthiesen habe genau zu Reformbeginn einen kompletten neuen Sonderstrang aufgebaut, das mache insgesamt skeptisch.

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) hielt die Abschaffung des Obrigkeitsstaats für gut. Das Land sei aber auch kein Dienstleistungskonzern. Die Grünen wollten Verwaltung bürger-näher und transparenter, aber auch der Verantwortung als größter Arbeitgeber bewußt. Das Land solle Vorbild sein für eine Frauenquote, für gerechte Verteilung von Arbeit. Bisher verdrängten fiskalische Gesichtspunkte die Vorschläge von Betroffenen. Den Kommunen würden immer mehr Aufgaben übertragen und gleichzeitig Mittel gekürzt. Während der Ausschuß Theorien berate und zur Plattform für Sonntagsreden degradiert werde, schaffe die Landesregierung Fakten. Beim technischen Umweltschutz und bei der Forstverwaltung sei die Motivation gesunken. Während die SPD-Fraktion Beteiligung fordere, unterdrücke der Minister Kritik. Daß von so vielen die Privatwirtschaft, die alle

(Fortsetzung Seite 29)



Heinz Paus (CDU) erinnerte an Initiative seiner Fraktion, Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) lehnte Privatwirtschaft als Vorbild ab.

## Nachtragshaushalt '94 blieb umstritten

### NRW steht weiter zu Kohle und Stahl

Der Nachtragshaushalt 1994 wurde nach der dritten Lesung am 9. September mit den Stimmen der SPD gegen CDU, F.D.P. und Grüne angenommen. Anträge der F.D.P. und der Grünen, die sich auf Änderungen der Verwendung der Sonderrücklage Stahl bezogen, fanden keine Mehrheit. In den Reden gab es Äußerungen zur Sache und Stellungnahmen zu aktuellen Wahlkampfthemen.



Dr. Helmut Linssen (CDU, l.) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.) kritisierten Stahlsubventionen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, hielt der Landesregierung ihre „Spezialdisziplin“ vor, alle Schuld für alle Misere nach Bonn zu schieben. Bei der SPD-Kommunalfinanz-Konferenz in Kamen sei das gründlich danebengegangen. Seit Jahren mache das Land einen Raubzug durch die Kommunalkassen, denen heute 9 Milliarden Mark fehlten. Wei ein Mühlstein hingen die 117 Milliarden Mark Schulden um den Hals, haushaltete Schulden, die nichts mit der Deutschen Einheit zu tun hätten. Die Landesregierung sei Nummer eins bei Schulden, Arbeitslosen und beim schlechten Wachstum. Die SPD habe permanent auf die Dinosaurier der Wirtschaft gesetzt. Arbeitsplätze seien aber im Mittelstand gegründet worden. Wohlfeile Mittel der SPD seien Gutachteritis und Kommissionitis. Rau habe Zaudern, Zagen, Zerreden zum Etikett seiner Regierung gemacht.

**Reinhold Trinius** (SPD) vermisse das Eingehen auf Sorgen der Menschen. Mit den Sondermitteln solle nicht nur die Stahlindustrie, sondern auch der ländliche und altindustrielle Raum gefördert werden. Erlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen würden sorgend in eine Sonderrücklage eingestellt, um bei Arbeitslosigkeit zu helfen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, erklärte, das Verständnis der Sozialdemokraten von Marktwirtschaft sei subventionierte Kohleförderung, um damit subventionierten Stahl zu produzieren, diesen mit der subventionierten Bundesbahn zu subventionierten Werften zu fahren, damit Schiffe zu bauen, die keiner haben wolle. So sei kein Strukturwandel zu schaffen. Koks-kohlehilfen von Bonn und gleichzeitig Subventionsabbau zu fordern, gehe nicht. Die F.D.P. habe zur dauerhaften Finanzierung des Hüttenvertrages eine Energiesteuer vorgeschlagen, die SPD habe einfach abgelehnt. Als eigentliche Gerechtigkeitspartei verlange die F.D.P. in ihrem Antrag gleiche Chancen für alle Arbeitnehmer.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, hielt den CDU-Beitrag für einen Versuch, den Wahlkampf anzuzetteln. Die CDU wolle eine Auszeit für Ökologie und weiter dem Wachstumswahn sinn mit immensen Folgekosten frönen. Durch das Einstellen von Rücklagen erscheine die Neuverschuldung im Wahljahr 1995 niedriger. Das sei kein Kavaliersdelikt, sondern verstoße gegen Haushaltswahrheit und -klarheit. Die Grünen forderten 33 Millionen Mark mehr für regenerative Energien.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) sagte, in Wirtschaftsbereichen mit hohem Exportanteil gebe es erhebliche Aufschwungstendenzen. Ganz anders sehe es beim Groß- und Einzelhandel aus. Das Kaufverhalten entspreche dem nicht. Es werde weitere Kaufkraftreduzierung in Milliardenhöhe geben. Aus dem Kohlevertrag von 1991 würden sich jetzt Vertragspartner scheidungsweise davonstellen, das sei schlimm. Gemeinsame Politik sei 40 Jahre lang gewesen, einen Sockel eigentlich zu teurer heimischer Steinkohle zu halten. Bei Stahl gehe es um Qualifizierung für Mittelstandarbeitsplätze. Zur Technologieförderung seien 62 Projekte in der Diskussion mit einem Volumen von 238 Millionen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) hielt dem Minister eine frühere Absage an Stahlsubventionen vor und stellte Schizophrenie beim Bemühen der SPD fest, in Deutschland alles als mies und in NRW als toll darzustellen. Sie suche händeringend eine Emotionalisierung im Ruhrgebiet wegen der Wahlbeteiligung. Dem F.D.P.-Anliegen, nicht nur Stahl-, sondern alle Arbeitslosen zu fördern, stimme die CDU zu.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD), Fraktionsvorsitzender, hielt die von der IG Bergbau befürchtete „zweite Kohlelüge“ für wichtiger. Die vom Bund geplante Kürzung der Koks-kohlebeihilfe sei das Ende des Steinkohlenbergbaus. 400 Millionen Mark kämen 1995 zusätzlich auf NRW zu. Das hätten CDU und F.D.P. zu verantworten.



Reinhold Trinius (SPD, l.) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE) bezogen für und gegen den Nachtragshaushalt Stellung.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) wunderte sich über die Aufregung, da das seit einem Jahr bekannt sei. Die F.D.P. habe schon 1993 eine neue Finanzierung gefordert, die SPD habe abgelehnt. Liberalismus sei keine Einkommensklasse, sondern eine Geisteshaltung. Die SPD habe den Mittelstand verraten. Sie habe im Etat des Wirtschaftsministers 330 Millionen Mark für Investitionen sowie 233 an Zuweisungen gekürzt. Das treffe primär die mittelständischen Unternehmen. Für zwei Großkonzerne gebe sie aber 180 Millionen zusätzlich aus. Die 120 Millionen für Ziel-2- und Ziel-5-Gebiete bekämen nur Arbeitnehmer der beiden Großkonzerne. Das sei Zweiklassen-Sozialpolitik.

**Roland Appel** (GRÜNE) gab dem F.D.P.-Redner recht, daß Hilfen unterschiedlich vergeben würden. Frauen auf verlorenen Textilarbeitsplätzen seien nicht so gefördert worden. Bei Erstattungen für Asylbewerber habe die Landesregierung den Asylkompromiß fröhlich vorweggenommen. Seitdem kämen viele illegal, und um Altfälle kümmere sich keiner.

**Minister Günther Einert** (SPD) zitierte seine früheren Äußerungen zur Stahl-Strukturpolitik, um Legenden der CDU vorzubeugen. Dem von der F.D.P. erwähnten Briefwechsel zu Kohlesubventionen habe er vor einem Jahr vehement widersprochen. Jetzt müsse mit dem Bund diskutiert werden. In seinem Haushalt seien 1994 300 Millionen Mark Baransätze gekürzt worden, weil eine Reihe von Programmen auslaufe. Dafür gebe es 1995 wieder plus acht Prozent.

**Loke Mernizka** (SPD) bedauerte, die Opposition vergesse, daß es um viele tausend Menschen gehe. CDU und F.D.P. träten das Schicksal der Arbeitslosen mit Füßen. Ohne Stahl und Kohle bestünde diese Republik nicht. Bei Landesmitteln brauche die mittelständische Industrie nicht umzuqualifizieren. Auf die Hochtechnologie in der Stahlindustrie könne NRW nicht verzichten. Sie dürfe im unseriösen europäischen Wettbewerb nicht untergehen.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) verlangte Antworten auf die Frage, warum Textilarbeiter anders behandelt würden als Stahlarbeiter. Gewisse Probleme im Wohnungsbau seien bei vier Millionen Zuwanderern in fünf Jahren nicht auszuschließen. Das beste Programm sei eine wachsende Wirtschaft. Wenn für vorhandene Technik Forschungsmittel gegeben würden, sei das eine verkappte Subvention. Für die Kohle sei ein Minister Schröder das größte Unheil. Die NRW-CDU müsse in Bonn die Beharrungspolitik des Landes erklären, das sei eine Riesenarbeit.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) wiederholte, seine Partei sei die Gerechtigkeitspartei in NRW. Die Vertreter des verwalteten Monopolkapitals an der Ruhr gehörten der SPD an. Es gebe zwei Regionen in der Welt, die von Großunternehmen beherrscht würden, Japan und NRW. Bei der Kohle seien die Nichtkohleländer unter Führung von Niedersachsen nicht mehr bereit, den Hüttenvertrag einzuhalten.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) sagte, dem Bergbau würden durch die Bundesregierung zwei Milliarden Mark in den nächsten Jahren fehlen, das gehe an den Nerv des Bergbaus.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) schloß, der Scharping-Berater Clement merke, daß er am Abend der Sachsen-Anhalt-Wahl einen fatalen historischen Fehler gemacht habe.

## Krumsiek sagt Abgeordneten „ergebnisoffenen“ Bericht in Sachen Balsam zu

*Eine wichtige Rolle spielte in der Sitzung des Rechtsausschusses (Vorsitzender Friedrich Schreiber, SPD) am 14. September der Ermittlungskomplex Balsam AG. Dieses Thema war auf Antrag von Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) zum Gegenstand einer Aktuellen Viertelstunde gemacht worden.*

In seinem Bericht unterschied Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) zwei Bereiche. Zum einen werde der Staatsanwaltschaft Bielefeld vorgeworfen, das Verfahren über einen Zeitraum von anderthalb Jahren nicht gefördert und vor allem Ermittlungsergebnisse der örtlichen Polizei nicht aufgegriffen zu haben; zweitens richte sich der Vorwurf gegen ihn. Ihm werde unter Bezug auf einen internen Bericht des Polizeipräsidenten Bielefeld an das Innenministerium unterstellt, die Kleine Anfrage (Drs. 11/2634) des Kollegen Dr. Vesper (GRÜNE) nicht dem damaligen Erkenntnisstand entsprechend beantwortet zu haben.

Zum ersten Komplex führte der Justizminister aus, er persönlich habe von dem Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der Balsam AG am 7. Juni Kenntnis erlangt. Dies sei nach dem Geständnis eines der Beschuldigten und der Festnahme von insgesamt vier Vorstandsmitgliedern gewesen. Der Anlaß, den Generalstaatsanwalt in Hamm um Aufklärung zu bitten, seien die unterschiedlichen Aussagen über Geschehensabläufe und die Bewertung des Anfangsverdachts durch die örtliche Polizeibehörde und die Staatsanwaltschaft Bielefeld gewesen. Der Generalstaatsanwalt in Hamm sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Staatsanwaltschaft zunächst zu Recht einen Anfangsverdacht verneint habe. Erst mit dem Geständnis eines der Beschuldigten habe die Voraussetzung für eine Festnahme und Durchsuchung vorgelegen. Die vorrangige Frage sei, ob in dem Zeitraum von der Erstattung der anonymen Anzeige 1992 bis zum Juni 1994 zügig und sachgerecht ermittelt worden sei oder nicht. Die Berichte hinterließen einige Unklarheiten. Hinzu kamen Erkenntnisse der Steuerfahndung Bielefeld. Am 7. September wurde ein Leitender Oberstaatsanwalt von der Behörde des Generalstaatsanwalts in Köln beauftragt, die bestehenden Unklarheiten umfassend aufzuklären und festzustellen, ob das Verfahren sachgerecht betrieben worden sei. Unter Beteiligung der zuständigen Behörden (Polizei und Finanzbehörden) solle innerhalb von vier Wochen ein zusammenfassender Bericht vorgelegt werden. Erst nach Vorliegen des Berichtes sei zu beurteilen, ob und gegebenenfalls in welchen Bereichen es Versäumnisse gegeben habe und welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien.

Der zweite Komplex betreffe die Antwort auf die Kleine Anfrage von Dr. Vesper. Dazu erklärte der Justizminister, die zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage vorliegende Überprüfung durch den Generalstaatsanwalt in Hamm sei zu dem Schluß gekommen, daß der Vorwurf, eine sachgerechte Prüfung sei unterblieben und ein Anfangsverdacht sei gerechtfertigt gewesen, falsch war. Er, Krumsiek, habe die Kleine Anfrage nach seinem damaligen Erkenntnisstand gezeichnet. Der ihm zur Kenntnis gelangte Polizeibericht des Polizeipräsidenten Bielefeld vom 28. Juni an das Innenministe-

rium habe aufgrund der darin mitgeteilten Einzelheiten Anlaß zu einem weiteren Berichtsauftrag an den Generalstaatsanwalt in Hamm gegeben. Den Polizeibericht habe er in der Antwort der Kleinen Anfrage nicht erwähnt, weil danach nicht gefragt worden war. Da weitere Unklarheiten nicht ausgeräumt werden konnten, habe er den Leitenden Oberstaatsanwalt Köln mit einem Bericht beauftragt. Die Staatsanwaltschaft Köln wurde mit der Durchführung des Ermittlungsverfahrens aufgrund der Strafanzeige von Dr. Vesper gegen den Oberstaatsanwalt Schmiedeskamp von der Staatsanwaltschaft Bielefeld wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt betraut. Grundlage für die Frage, welche Konsequenzen zu ziehen seien, sei der Bericht des beauftragten Leitenden Oberstaatsanwalts in Köln. Für Dr. Vesper war es verständlich, daß beim Vorliegen einer solchen Anzeige sowohl die Staatsanwaltschaft Bielefeld als auch die Generalstaatsanwaltschaft Hamm einen Anfangsverdacht verneint haben.

und eine abschließende Verfügung zu dem Ermittlungsverfahren gegeben?

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) konstatierte, zum gegenwärtigen Zeitpunkt müsse eine Einschätzung der staatsanwaltschaftlichen Aktivitäten durch den Justizminister möglich sein, wobei er den Bereich Balsam ausdrücklich ausschließe, da es sich dabei um ein schwebendes Verfahren handele. Der zeitliche Verlauf — die Fernsehsendung am 1. Juni, der am 6. Juni eine Verhaftung folgt, der dann wiederum die Informationen des Ministers einen Tag später folgt — sei zumindest merkwürdig.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) gab zu bedenken, es mute merkwürdig an, daß die Generalstaatsanwaltschaft Hamm noch vier Wochen nach der ersten Verhaftung zu der Einschätzung gelangt sei, es hätten keine tatsächlichen Anhaltspunkte für einen Anfangsverdacht bestanden.

Dr. Dieter Haak (SPD) hielt das von Krumsiek eingeschlagene Verfahren, kurzfristig den Leitenden Oberstaatsanwalt aus dem



500 Tonnen Hilfsgüter im Wert von rund 2,5 Millionen Mark hat der Verein „Bosnien-Hilfe“ bisher nach Bosnien-Herzegowina und Kroatien zur Unterstützung der Menschen gebracht. Das Bild zeigt den Initiator und Vorsitzenden des Vereins, den fraktionslosen Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (hintere Reihe, 2. v.l.) zusammen mit nigerianischen UNO-Soldaten und freiwilligen Helfern. Inzwischen sind acht Transporte ins ehemalige Jugoslawien gegangen; der neunte soll vor Weihnachten folgen.

Hätte der Polizist aus dem gehobenen Dienst nicht so hartnäckig ermittelt, wäre vermutlich überhaupt nichts passiert. Offen sei, warum Krumsiek Zweifel an den Berichten der Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Generalstaatsanwaltschaft Hamm gekommen seien und welche zusätzlichen Informationen zu diesem Zeitpunkt dazugekommen seien; darüber hinaus sei noch unklar, welche Erkenntnisse die Steuerfahndung, die im November/Dezember die Anzeige erhalten und eine Großbetriebsprüfung durchgeführt hatte, erlangt habe. Unverständlicherweise habe die Steuerfahndung trotz wochenlanger Prüfung und Anwesenheit vor Ort scheinbar keine Erkenntnisse erlangt. Dr. Rolf Hahn (CDU) fragte: Sind im Januar und April Zeugen in dieser Sache vernommen worden und wann gelangten diese Zeugenaussagen zu den staatsanwaltschaftlichen Akten? Hat es einen Einleitungsbericht

rheinischen Gebiet mit einer Untersuchung zu beauftragen, für richtig. Bei einer so langen Geschichte müsse die Staatsanwaltschaft, selbst wenn sie einen Anfangsverdacht für unbegründet halte, dem Ministerium von diesem Vorfall berichten. Er sehe darin eine „große und bittere“ Illoyalität. Der Ausschußvorsitzende Friedrich Schreiber (SPD) forderte, der Rechtsausschuß müsse sofort über weitere Erkenntnisse informiert werden. Der Rechtsausschuß dürfe neue Informationen nicht über die Presse erfahren. Der Vorsitzende ergänzte, daß die noch offenen Fragen dabei berücksichtigt werden: Was ist mit dem JS-Zeichen? Gibt es eine Abschlusssverfügung? Der Justizminister sagte zu, dem Ausschuß den Bericht zur Verfügung zu stellen, sobald er bei ihm eingegangen ist. Er weise darauf hin, daß es sich um eine ergebnisoffene Untersuchung handele.

## Grubenausschuß im Bergwerk Blumenthal-Haard Unter-Tage-Zugverkehr wie in der Großstadt

Beim Besuch des Bergwerks Blumenthal-Haard der Ruhrkohle AG ließ sich der Ausschuß für Grubensicherheit vor der Grubenfahrt auf Schacht 1/2 in Haltern am 16. September eingehend über die Unfallentwicklung und über weitere Vorhaben unterrichten. Das Bergwerk hat seinen Hauptsitz in Recklinghausen, der Heimatstadt des Ausschußvorsitzenden Helmut Marmulla (SPD), der die Sitzung leitete. Bis zum Abbau unter dem Halterner Gebiet legten die Abgeordneten und Vertreter der Bergbehörden in tausend Metern Tiefe mehrere Kilometer mit der Bahn, im Schwebesitz und zu Fuß zurück.

Eingangs trug der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle-Bergbau AG Dr. Arauner aktuelle Sorgen vor. Außer der drohenden Kürzung der Kokskohlenbeihilfe durch den Bund stimme auch das Mengengerüst nicht, da der Stahl derzeit mehr Koks brauche. Bei der Wasserversorgung aufgrund alter Verträge seien 30 Millionen Mark ungedeckt. Außerdem sei das Volumen von 7,5 Milliarden Mark in Verträgen mit der Kraftwirtschaft fixiert.

Auf die neue Kohle-Debatte eingehend, bat Fritz Kollorz (CDU), der ebenfalls aus Recklinghausen stammt, um möglichst emotionslose Behandlung der Situation, um nach der Wahl nicht vor einem großen Scherbenhaufen zu stehen. Das Landesinteresse solle sich auf die zugelassene Fördermenge konzentrieren. Rudolf Apostel (SPD) ergänzte, im Grubenausschuß seien parteipolitische Fronten nicht üblich.

Werksleiter Hans Gärtner gab anschließend



Ganz in Weiß stellte sich der Grubenausschuß vor der Seilfahrt auf Schacht 1/2 der Zeche Blumenthal in Haltern dem Fotografen, ziemlich schwarz sahen die Teilnehmer aus, als sie aus dem Flöz in tausend Metern Tiefe zurückkehrten. Foto: Schwesig

Zahlen des Verbundbergwerks Blumenthal-Haard bekannt: Tagesförderung 14 170 Tonnen Kraftwerkskohle, Flözmächtigkeit ein bis drei Meter, 5200 Mitarbeiter, davon 4000 unter Tage, Abbau in sieben (früher zehn) Betrieben, fünf Gleithobel und sieben Walzen. Bei einer Fläche von 227 Quadratkilometern, unter zwei Landkreisen und sieben Gemeinden, könne man von einer „Regionalzeche“ sprechen.

Bis zum Jahresbeginn 1995 soll die Belegschaft, die aus einem riesigen Einzugsbereich kommt, auf 5000 reduziert werden, was schwere Probleme verursache. Das Durchschnittsalter unter Tage liege jetzt bei 33 Jahren. Zusätzlich zur Qualifikation nehme der Faktor Erfahrung an Bedeutung zu.

Als Besonderheit schilderte Gärtner das Untertage-Streckennetz mit einer Länge von 180 Kilometern. Die Rohkohlen aus dem Baufeld Haltern werden mit einem Großzugsystem abgefördert. In Förderwagen mit bis zu 25 Kubikmetern Kohle fahren Züge zu acht oder 16 Wagen zur zentralen Umiadestelle. Auf Förderbändern gelangt die Kohle zur 300 Meter höher gelegenen 7. Sohle und von dort in das automatische (mannlose) System der Hauptstrecke. Das durch eigene Ingenieurleistung entwickelte, bisher einmalige System laufe sicher und gut. An einzelnen Knotenpunkten fielen mehr Zugbewegungen an als am Essener Hauptbahnhof.

Mehrere Nachfragen löste der Vortrag von Ruhrkohle-Direktor Dr. Fritz über das Aufschlußgebiet Olfen aus, in dem ab dem Jahr 2007 abgebaut werden soll. Dabei ging es vor allem um die bis zu 15 Jahre dauernden Planungs- und Genehmigungsverfahren. Im Feld Olfen sind Teilflächen wegen schwieriger hydrologischer Verhältnisse im Bereich des Wassereinzugsgebiets der Stever besonders auf maximale Senkungsbeträge zu untersuchen. Insgesamt erfordert das Anschlußfeld Olfen unter Lippe, Wesel-Datteln-Kanal und vielen Seen, so erläuterte Dr. Fritz, aufwendige Untersuchungen und beim Aufschluß später besonderen Aufwand für den Hochwasserschutz.

## Eine Bio-Ethik für 32 Staaten

Prof. Dr. Ludger Honnefelder (Universität Bonn/ Institut für Wissenschaft und Ethik) berichtete in der Sitzung des Ausschusses „Mensch und Technik“ am 16. September über die Bioethik-Konvention des Europarates und über das Institut für Wissenschaft und Ethik. Prof. Honnefelder ist einer der beiden Direktoren (siehe Landtag intern Nr. 12/94).

Die Beratungen der Kommission der Bioethik-Konvention fanden zunächst streng vertraulich statt, seit dem 30. Juni 1994 liegt ein erster veröffentlichter Entwurf des Europarates vor. Der Kommission gehören 32 Mitgliedsstaaten an. Der sich beschleunigende Entwicklung in Medizin und Biowissenschaften einerseits und der möglichen Gefährdung der menschlichen Würde durch Mißbrauch von Biologie und Medizin andererseits solle durch den Entwurf einer Rahmenkonvention entsprochen werden. Das Ziel sei die Entwicklung einer konsensfähigen Wertebasis für den Umgang mit den neuen Handlungsmöglichkeiten.

Die Mitgliedsstaaten einigten sich darauf, die Würde des Menschen sowohl auf das Individuum als auch auf das Gattungswesen zu beziehen. Forschungen an nicht einwilligungsfähigen Personen (incapacitated persons) sollen erlaubt sein, wenn sie deren unmittelbarem Wohl dienen sowie unter zwei

Ausnahmen: 1. wenn die Forschung zwar nicht dem unmittelbaren Wohl des Betroffenen wohl aber dem Wohl der betreffenden Gruppe von Personen diene und wenn das Risiko vernachlässigbar klein sei; 2. wenn es sich um die Transplantation regenerationsfähiger Zellen zwischen verwandten bzw. ähnlichen nahestehenden Personen handle. Forschungen an Embryonen in vitro hat die deutsche Delegation nicht zugestimmt, da Forschung an Embryonen, die nicht über ein Stadium von 14 Tagen hinaus entwickelt sind, dort erlaubt sein sollte, wo sie durch nationales Recht erlaubt ist. Die Herstellung von Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken ist verboten. Die Keimbahnintervention ist uneingeschränkt verboten.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) stellt in Frage, ob die deutsche Delegation sich intensiv genug um eine Verschiebung des Termins bemüht habe. Eine Diskussion in den Fachaus-

schüssen auf Bundesebene sei aufgrund der bevorstehenden Wahlen undenkbar. Zudem weist sie darauf hin, daß die Verfassung die Würde des Menschen als unantastbar festschreibe. Sie vermisste darüber hinaus eine dezidierte Regelung zur Klonierung, eine schlichte Unterordnung unter die Keimbahntherapie sei unzureichend und falsch. **Wolfram Kuschke** (SPD) verweist auf die berechtigte Forderung, möglichst vielfältige Disziplinen in solche Prozesse wie der Abstimmung der Bioethik-Konvention einzubeziehen und schließt die Frage an, ob es hinsichtlich der Zuspitzung der Fragestellungen sinnvoll sei, jeweils Spezialethiken zu entwickeln. Relevant sei auch, in welchem Verhältnis die Bioethik-Konvention zu der allgemeinen Menschenrechtskonvention stehen werde. **Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) mißfällt die Einschätzung der deutschen Regierung, was die Bedeutsamkeit dieser Kommissionsarbeit betrifft. Schließlich habe eine solche Übereinkunft normative Wirkung auf unseren Staat und das Grundgesetz. Die Menschenwürde könne nicht durch absolute Verbote geschützt werden; notwendig seien vielmehr konkrete Einschränkungen. Für andere zu bestimmen, ohne die Menschen-

Fortsetzung Seite 24

## Medienpolitik im Hauptausschuß — Noch wenig Chancen für lokales TV

# Länder sollen bis Sommer 1995 einvernehmlich Lösungen zur Konzentrationskontrolle finden

Landesregierung und SPD-Fraktion halten lokales Fernsehen in Nordrhein-Westfalen für rechtlich zulässig, sehen aber zur Zeit keinen aktuellen Bedarf für ein solches TV in Ballungsräumen. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) äußerte sich gegenüber dem Ballungsraumfernsehen „skeptisch“, das beziehe sich auch auf Pilotversuche, die in Berlin, Hamburg und München stattfänden. Er empfahl, die Diskussion darüber „in aller Ruhe“ zu führen. Der SPD-Obmann Jürgen Büssow merkte ebenfalls an, das Rundfunkgesetz lasse lokales Fernsehen zu.

Grundlage der Aussprache war das 6. Rundfunkänderungsgesetz im Entwurf von SPD, CDU und Grünen, dessen erste Lesung am 8. September im Landtag stattgefunden hatte (Drs. 11/7669). Clement betonte, für ein lokales Fernsehen müßten die gleichen Konditionen mit zwei Säulen gelten. Dennoch verneinte der Minister die Frage des F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden Dr. Achim Rohde, ob das, was für lokalen Rundfunk passe, auch für das lokale Fernsehen passe. Rohde wollte dann wissen, ob es denn bei der Landesregierung Überlegungen einer Experimentierklausel gebe. „Überlegungen natürlich“, antwortete Clement. Er vertrat indessen die Meinung, zur Zeit sei das lokale Fernsehen „kein überragend wichtiges Thema“. Es sei sehr schwierig zu übersehen, wo es in Nordrhein-Westfalen praktiziert werden sollte. Es gebe keine freie Frequenz außer im Raum Köln. Der Minister erinnerte ferner an das Problem, wie sich lokales Fernsehen auf die Situation anderer Medien auswirken könne. Zum Beispiel würden von Zeitungsverlegern erhebliche Risiken gesehen. Einschätzungen liefen darauf hinaus, Ballungsraumfernsehen könne privatwirtschaftlich nur funktionieren, wenn es dazu ein Rahmenprogramm in der ganzen Bundesrepublik gebe. Er sah derzeit keinen „innovativen Ansatz“.

F.D.P.-Chef Rohde griff dennoch die Frage nach einer Experimentierklausel noch einmal auf und erkundigte sich, ob es nicht sinnvoll sei, einen Pilotversuch im Vorraum zuzulassen, um so für eine spätere Regelung experimentieren zu können. Auch der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig wollte wissen, ob denn zumindest ein lokales Fernseh-Pilotprojekt zugelassen werde. Clement reagierte mit der Feststellung, man habe das bisher nicht vorgesehen.

Der eigentliche Grund, das Thema gelassen anzugehen, sei der, daß man nur eine Frequenz in Köln habe, meinte Jürgen Büssow. Über Kabel hingegen könne man reden. Dann müßte man das Gesetz anpassen. Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, leitete mit ihrer Frage bereits zum nächsten, allerdings verwandten Thema, der Novellierung des Paragraphen 21 des Rundfunkstaatsvertrages über, der Beteiligungsgrenzen bei elektronischen Medien betrifft und auf Bitten der CDU in die Tagesordnung aufgenommen worden war. Wieweit



Der Hauptausschuß vor seiner medienpolitischen Aussprache: 2. v.r. hinten Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD), stehend in der Mitte stellvertretender Vorsitzender Lothar Hegemann (CDU). Foto: Schälte

man sich in der Staatskanzlei ein Modell gegen Konzentrationsbestrebungen überlegt habe, wollte sie wissen. Ehe der Ausschuß sich jedoch dem neuen Bereich zuwandte, wurde über das 6. Rundfunkänderungsgesetz abgestimmt. SPD, CDU und Grüne stimmten für, die F.D.P. votierte gegen die Novelle.

Zum Thema Konzentration äußerte Staatskanzleiminister Clement die Gewißheit, daß die Bundesländer einverstanden über Eckpunkte seien, um die Meinungsvielfalt zu sichern. Dabei müßten künftige Regelungen effektiv sowie wirtschaftlich sinnvoll sein und dürften keine eingebauten Vollzugsdefizite haben. Er vertrat dabei die „gefestigte Überzeugung“, daß sich Regelungsansätze im geltenden Staatsvertrag nicht halten lassen werden. Künftig müßten sich Medienunternehmen an beliebig vielen Fernsehsendern beteiligen können. Clement vertrat die Absicht, die Länder müßten bis zum Sommer 1995 eine einvernehmliche Position gefunden haben. Der Minister sprach sich auf Befragen dafür aus, ein mögliches Kontrollinstrumentarium in allen Ländern gleichzeitig einzuführen.

### Kein Problem

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Ruth Hieronymi, begrüßte es, daß die Verhandlungen zwischen den Ländern endlich in ein gehobenes Stadium träten. Was sich zur Konzentrationskontrolle bisher abgespielt habe, schade der medienpolitischen Kompetenz der Bundesländer. Frau Hieronymi wertete das nach ihren eigenen Worten „umstrittene Marktanteilsgesetz“ positiv. Auch der F.D.P.-Politiker Rohde befand

es als gut, daß man den Versuch unternehme, Regelungen gegen die Konzentration zu treffen. Er bedauerte jedoch, daß solche Regelungen nur über Staatsverträge getroffen würden und die Parlamente ausgeschlossen blieben. Clement nannte das „kein Problem“. Wenn der Landtag eine Position formuliere, werde dieser Standpunkt die Landesregierung nicht unbeeindruckt lassen. Der Minister sprach davon, die Position werde im Staatsvertrag „skizziert“. Im übrigen sah er die Konzentrationsdebatte mit Gelassenheit, solange es öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten gebe. Ruth Hieronymi schloß, alle Kritik an den Konzentrationstendenzen sei Kritik an den Ländern, die hier zuständig seien. „Wir sind es selbst, die ihre Kompetenzen ausschöpfen oder nicht.“

Bei der 70. Sitzung des Hauptausschusses stand des weiteren die Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn zur Diskussion. Der Chef der Staatskanzlei ging davon aus, daß die Ressourcen des Entwicklungshilfeministeriums auch in Zukunft in Bonn verbleiben werden. Clement verwies auf das Bonn-Berlin-Gesetz vom 20. Juni 1991, in dem festgelegt sei, welche Politikbereiche in Bonn bleiben und welche nach Berlin gehen sollten. Er schloß nicht aus, daß sich Ressortzusammensetzungen ändern könnten. Es gebe keine Garantie, daß eine Regierung so bleibe und gegen Entscheidungen des jeweiligen Regierungschefs sei man nicht gefeit.

Der Minister nahm mit seiner Stellungnahme zu Befürchtungen der CDU-Sprecherin Hieronymi Stellung, bei einer künftig möglichen Zusammenlegung des Außenministeriums mit dem Entwicklungshilfeministerium könnte das Nord-Süd-Zentrum in Bonn gefährdet werden. Fortsetzung Seite 25



## Haushaltsklausur in Heinsberg

### „Schöner Paragraph“

Die traditionelle Klausurtagung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) mit der Spitze des Finanzministeriums fand Mitte September in der Heimat des Ausschußvorsitzenden Leo Dautzenberg (CDU), in Heinsberg, statt. Außer dem ersten Beratungsdurchgang der Einzelpläne 12 und 20 im Haushaltsentwurf 1995 und des Haushaltsgesetzes standen finanz- und wirtschaftspolitische Probleme des Kreises Heinsberg auf der Tagesordnung.

Bei der Beratung des Einzelplans 12 – Finanzministerium – mit einem Volumen von 2,5 Milliarden Mark gab Staatssekretär Dr. Karlheinz Bentele, auch als Ergebnis von Beratungen mit dem Hauptpersonalrat der Finanzverwaltung, der Sorge über eine immer hektischere Gesetzgebungstätigkeit aller Parlamente Ausdruck. In einen Veranlagungszeitraum fielen heutzutage mehrere Änderungen von Steuergesetzen. Außerdem sei die Zahl der Steuerfälle in NRW um drei Prozent und auch die Bereitschaft der Steuerzahler gestiegen, Rechtsmittel gegen Steuerbescheide einzulegen. Die Umstellung der Finanzämter auf EDV solle bis Ende 1996 abgeschlossen sein. Bentele kündigte eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1995 an, mit der das Organisationsgutachten der Oberfinanzdirektionen umgesetzt werden solle. Beim Personal gehe es um die Bestandssicherung beim Nachwuchs und um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Angestellten und Beamten bei der Teilzeitbeschäftigung.

Mehr Betriebsprüfer, wie in einer Untersuchung empfohlen, werde es in NRW geben, sagte Finanzminister Heinz Schleußer. Die Quote von Betriebsprüfungen und Steuerfahndungen sei nirgends so hoch wie in NRW. An einer „Steueroase NRW“ sei er selbstverständlich nicht interessiert. Mehr Prüfungen führten nicht zwangsläufig zu höheren Einnahmen.

Rudolf Wickel (F.D.P.) meinte, nach Anhebungen bei Polizei und Justiz dränge der mittlere Dienst der Steuerverwaltung auf Höhergruppierung. Schleußer stimmte zu, je schlanker die Verwaltung werde, desto deutlicher müßten Besoldungsstrukturen geändert werden. Für die Anhebung des Eingangsamts der Finanzbeamten gebe es auf Länder-Ebene eine deutliche Mehrheit, der Bund ziehe jedoch nicht mit. Zu einer Frage des Abgeordneten Winfried Schittges (CDU) erklärte er, ohne die neue Technik hätten schon mehrere tausend zusätzliche Stellen eingerichtet werden müssen. Endziel sei, die Bearbeitungszeit von Steuererklärungen auf ein Drittel der jetzigen Zeit zu reduzieren. Nach einer Konsolidierungsphase der auf

EDV umgerüsteten Finanzämter werde ein Vergleich zwischen Vorher und Nachher angestellt. Die in EDV investierten 400 Millionen Mark sollten durch Personaleinsparungen kompensiert werden.

Reinhold Trinius (SPD) erfuhr auf Anfrage, daß nach Umsetzung des vom Bundesverfassungsgericht auferlegten steuerfreien Existenzminimums etwa zwei Millionen Steuerfälle in NRW nicht mehr veranlagt zu werden brauchten. Der Vorsitzende des Unterausschusses Personal des HFA Peter Bensmann (CDU) erkundigte sich nach Überlegungen zur Reform des Besoldungssystems für den öffentlichen Dienst. Da werde nach den Wahlen etwas geschehen, sagte der Finanzminister. Im übrigen halte er, wie auch der Bundesfinanzminister, eine große Koalition der Finanzpolitiker für eine Steuerreform für nötig.

In weiteren Fragen ging es um die zweiprozentigen Stelleneinsparungen in Bereichen, in denen noch keine Organisationsuntersuchungen vorgenommen wurden, um Mehrkosten bei Reinigungsleistungen wegen Preissteigerungen, um Kosten für Nachwuchswerbung, notwendig in der „Rheinschiene“, wo anders keine qualifizierten Bewerber gewonnen würden, um 127 Millionen Mark Einnahmen aus Säumniszuschlägen und um die Veranschlagung der Ausgleichsabgaben anderer Ressorts für Schwerbehinderte in der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1995.

Eine vom Ausschußdienst erstellte Synopse erleichterte anschließend den Abgeordneten den Vergleich des Haushaltsgesetzes 1995 mit dem des Vorjahres. Darin ist unter anderem das Gesamtvolumen des Landeshaushalts sowie der Neuverschuldung festgelegt (1995: 86,5 bzw. 6,8 Milliarden Mark). Reinhold Trinius (SPD) erbat zur zweiten Lesung einen Bericht über die Umsetzung der auf Vorschlag des Ausschusses im Haushaltsgesetz verankerten Vorschrift, wonach vor jeder Neueinstellung zu prüfen ist, ob der Personalbedarf aus einer noch besetzten, aber künftig wegfallenden Stelle gedeckt werden kann.

Vom Ausschuß begrüßt wurde ein umfangreicher neuer Paragraph über „fachbezo-

gene Pauschalen“, die den Gemeinden „zum eigenverantwortlichen Mitteleinsatz“ im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ohne Antrag zu festgelegten Terminen ausgezahlt werden. Die Gemeinden müssen Pauschalmittel zurückzahlen, sofern sie sie nicht verbraucht oder den bestimmungsgemäßen Einsatz nachgewiesen haben. Zum Beispiel könnten, erläuterte Minister Schleußer nach mehreren Rückfragen, Schulbaumittel ohne Anfrage nach der Schülerzahl zugewiesen werden. „Ein schöner Paragraph“, hieß es im Ausschuß. Reinhold Trinius (SPD) kommentierte das neue Verfahren als wichtig, als Beginn eines neuen Verhältnisses zwischen dem Land und seinen Gemeinden und als einen Schritt auf dem Weg zur Verwaltungsvereinfachung. Ausschußvorsitzender Dautzenberg (CDU) hielt eine grundsätzliche Aussprache über die Kommunalisierung von Landesaufgaben und die Verlagerung von Finanzströmen für notwendig. Minister Schleußer versicherte, es werde keine Landesaufgabe ohne entsprechende Mittel auf die Kommunen verlagert. Zum Beispiel sollten die Mittel aus der ÖPNV-Regionalisierung und der Pflegeversicherung voll den Kommunen überlassen werden.

Nach Gesprächen mit kommunalen Spitzenbeamten des Kreises und der Städte Heinsberg und Geilenkirchen beriet der Ausschuß am nächsten Tag den Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung. Nachfragen der Abgeordneten Peter Bensmann und Franz Riscop (beide CDU) und Rudolf Wickel (F.D.P.) bezogen sich unter anderem auf Ausgaben-Ansätze für Kassenkreditzinsen, für „Raumbedarf des Landes“ und für Kirchenbaulasten bei den Kommunal финанzen. Beim Kapitel Schuldenverwaltung interessierten sich die Haushaltspolitiker für Ausgaben für Kurspflege sowie für die Optimierung der Kreditbewirtschaftung. Finanzminister Schleußer sprach die Hoffnung aus, das weitere Steueraufkommen im zweiten Halbjahr 1994 möge sich stabilisieren. Mit den im Entwurf veranschlagten Einnahmen in Höhe von 66,8 Milliarden Mark könnten 77,5 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben bestritten werden.

## Bio-Ethik ...

Fortsetzung von Seite 22

würde zu verletzen, sei schwierig. Es gelte die individuelle Menschenwürde und die Menschenwürde, die die Gattung Mensch betreffe, zu unterscheiden. Das Grundgesetz gehe von der individuellen Menschenwürde aus, der ein höherer Rang als allen anderen zukomme.

Annelie Kever-Henseler (SPD) glaubt, daß das vorhergehende Procedere der Vertraulichkeit auf europäische Geflogenheiten zurückzuführen ist. Um so wichtiger sei die

öffentliche Diskussion zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Ethikdiskussion sei in anderen Ländern offensichtlich weiter. Man könne nicht davon ausgehen, so Prof. Honnefelder, daß andere Staaten liberaler in ihren Regelungen seien als die Deutschen. Hans-Karl von Unger (CDU) hinterfragt, wodurch die restriktive Haltung der Deutschen begründet sei und ob die Konventionen die deutschen allgemeinen Gesetze widerspiegeln werde. Die besondere Erfahrung der Deutschen sei, so Prof. Honnefelder, sehr prägend gewesen. Das restriktive Verhalten der deutschen Delegation sei auf eine größere Sensibilität zurückzuführen.

## Kommunalpolitik nach dem Truppenabzug

### Im Westen was Neues

Während der Herbstklausur des Haushaltsausschusses des NRW-Landtags informierten sich die Düsseldorfer Finanzpolitiker und die Spitze des Finanzministeriums auch über die Haushaltssituation und die Wirtschaftsförderung im Kreis Heinsberg. In seinem Heimatwahlkreis hatte Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) unter anderem den Besuch eines modernen Gewerbeparks und der Kampfmittelräumung auf einer für Gewerbeansiedlung vorgesehenen Fläche organisiert.

Für die Vorstellung des Kreises Heinsberg zwischen Mönchengladbach und Aachen mit 71 Kilometern Grenze zu den Niederlanden waren Leo Dautzenberg zwei Superlative eingefallen: Es sei der westlichste Kreis Deutschlands, und der Kreis Heinsberg erhebe die niedrigste Kreisumlage in ganz NRW.

Oberkreisdirektor Dr. Leo Thönnissen bekundete stolz auf die niedrige Kreisumlage von 151 Mark pro Einwohner und hob hervor, der Kreis habe schon immer sparsam und bis vor zwei Jahren außerdem sogar schuldenfrei gewirtschaftet. Sparsames Wirtschaften sei bei Rat und Verwaltung Tradition. Allerdings könne man NRW-Kreise nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. So gebe es Kreise ohne Krankenhaus, ohne Polizeistandort, ohne Schulpsychologischen Dienst.

Der Kreis Heinsberg habe sich aber nicht gespart. Er leiste sich: eine Kreismusikschule, eine Kreisvolkshochschule, ein Kreisgymnasium. Ein Glücksfall sei der Bau des neuen Kreishauses gewesen, bei dem man dank günstiger Gegengeschäfte bei Baukosten von 48 Millionen Mark ohne Kredit ausgekommen sei. Jetzt hätten die Kosten für Mülldeponien, Zuschüsse für Kindertagesstätten und ein Altenheim jedoch zur Schuldenaufnahme gezwungen. Zu höherem Defizit hätten auch verzögerte und reduzierte Erstattungen für Asylbewerber durch das Land beigetragen. Neue Haushaltslasten würden durch die ÖPNV-Neuordnung und die Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs erwartet.

Der Wegfall von Arbeitsplätzen durch die bevorstehende Schließung des Steinkohlenbergwerks Hückelhoven im Jahr 1997, durch Rationalisierungsmaßnahmen beim größten Arbeitgeber des Kreises, einem Chemiefab-

serwerk, durch den Abbau militärischer Einrichtungen und durch die europäische Agrarpolitik werde weitere Einnahmeverluste nach sich ziehen. 5600 Soldaten seien aus drei Standorten abgezogen und 370 zivile Arbeitsplätze weggefallen. Bei der Umstrukturierung arbeite das hauptamtliche Management der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, an der alle Städte beteiligt werden sollten, eng mit dem privaten Bereich zusammen. So biete das Handwerk Schnupper-Arbeitsverhältnisse für Mitarbeiter der Zeche Sophia Jacoba an, das sei eine gute Sache.

Sehr kritisch sahen der OKD und Landrat Gruber, wie auch der örtliche Abgeordnete Franz-Josef Pangels (CDU), den vom Abgeordneten Dr. Manfred Busch (GRÜNE) erwähnten Braunkohleaufschluß Garzweiler II, von dem der Ostteil des Landkreises, insbesondere die Stadt Erkelenz, betroffen sind. Der Kreis habe sich, fuhr Dr. Thönnissen fort, beizeiten auf die Veränderungen eingestellt und auf die Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe gesetzt. Auf neuen Flächen seien drei Gründer- und Gewerbezentren entstanden. Der Ausbau von Bundesfernstraßen werde vorangetrieben. Sechs von sieben Städten des Kreises seien seit drei Jahren in die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur einbezogen und könnten aus dem europäischen Ziel-2-Programm gefördert werden. Für insgesamt 100 Millionen Mark aus dem Handlungsrahmen Kohlegebiete von Land, Bund und EU sei der Kreis dankbar. Ebenso für den Vorrang, den das Wirtschaftsministerium den Nachfolgenutzungen für Übach-Palenberg und den Flugplatz Wildenrath nach dem gescheiterten Filmprojekt einräu-



men werde. Ein Prüfcenter der Siemens Verkehrstechnik mit Teststrecke sei jetzt wahrscheinlich.

Bereits am Abend des ersten Tages, vor allem aber am zweiten Tag, hatten die Ausschußmitglieder Gelegenheit, die ländliche Struktur des Kreises Heinsberg mit auffallend schönen Einfamilienhäusern, adrett gepflegten Gärten und lukullisch hochwertiger Gastronomie kennenzulernen. Abgeordneter Dautzenberg erläuterte während der Busfahrt die Verkehrsinfrastruktur („Ortsumgehungen sind Biotop für den Menschen“), den Wiederaufbau der fast völlig zerstörten Stadt Heinsberg und das neue internationale Renommé der früheren Garnisonsstadt Geilenkirchen als Sitz des Zentrums für Verifikationsaufgaben („Abrüstungsamt“). Das Euro-Service-Center (ESC) Geilenkirchen stellte Stadtdirektor Heinz Houben vor. Mit elf Betrieben vor allem aus der Kommunikationsbranche sei die 2000 Quadratmeter große Fläche bald voll belegt. Das ESC sei nur zu 50 Prozent aus Landesmitteln gefördert worden. Die Region sei für diese große Unterstützung dankbar. Für die hochwertige Liegenschaft der ehemaligen Truppenunterkünfte mit schützenswertem Baum- und Gebäudebestand fehle noch eine angemessene künftige Verwendung. Für Geilenkirchen als gern angenommene Wohnstadt spreche auch der fast fertige Bau einer Gesamtschule und sein starker Mittelstand.

Als der Stadtdirektor das neue, günstig erworbene, 100 Hektar große Flächenangebot im äußersten Nordosten der Stadt vorstellte, ahnten die Ausschußmitglieder noch nicht, daß sie anschließend mit teuren Folgen des Ersten Weltkriegs konfrontiert würden. Im „Kontakthof“ eines Container-Camps am Rande des Planungsgebiets wurde den Ausschußmitgliedern die Arbeit der Kampfmittelräumung vorgestellt. Seit einem Jahr sind dort rund 20 Leute mit der Bomben- und Minensuche beschäftigt. Drei Millionen Mark wurden dafür bereits ausgegeben. Zwei weitere Jahre werden für notwendig gehalten. 250 Giftgasgranaten aus dem Ersten Weltkrieg wurden als Irrläufer nahe der früheren Bahnlinie „ordentlich“ eingegraben und später vergessen. Vom starken Beschuß im Zweiten Weltkrieg wurden außerdem 15-Zentner-Bomben, Brandbomben, Granaten, Panzerfäuste, Minen gefunden, insgesamt bisher 802 Stück sprengkräftige Munition. Außerdem wurden 22000 Tonnen Schrott geborgen. Die landwirtschaftliche Nutzung wurde durch die gefährlichen „Bodenschätze“ nicht beeinflusst. Eine spätere Bebauung setzt jedoch die Entmunitionierung voraus.

Die vorausschauende Haushalts- und Strukturpolitik des Kreises wurde von den Ausschußsprechern und vom Minister gegenüber der örtlichen Presse als beispielhaft dargestellt.

### Kreisordnung

Entsprechend der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie hat der Landtag den Gesetzentwurf der GRÜNE-Fraktion zur Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) in zweiter Lesung für erledigt erklärt (Drs. 11/5925 und 7268).

### Medienpolitik...

Fortsetzung von Seite 23

Dennoch stimmte die CDU im Hauptauschuß dem Staatsvertrag zu. Auch der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion schloß sich dem Votum mit der Erklärung an, die Vereinbarung nutze auch der Landeshauptstadt Düsseldorf und stärke die Rheinschiene. Für die Grünen lehnte Bärbel Höhn dagegen den Staatsvertrag mit der Bemerkung ab: „Uns reicht das nicht für Bonn.“



Der Heinsberger Abgeordnete und Vorsitzende des Haushaltsausschusses Leo Dautzenberg mit einem Medaillengeschenk.

## Kommunale Sprecher kritisieren die Leistungen des Landes für Asylbewerber

### Kreise rechnen bei Pauschalierung mit dreistelligem Millionendefizit

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung unter Leitung des Vorsitzenden Egbert Reinhard (SPD) standen am 15. September die von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwürfe zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes, zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sowie zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes. Der Ausschuß hatte die kommunalen Spitzenverbände zu einem informellen Gespräch eingeladen und gebeten, auch kommunale Praktiker hinzuzuziehen.

Beigeordneter Dr. Bernd Jürgen Schneider als Vertreter des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes wurde begleitet durch den 1. Beigeordneten Uedelhoven aus Troisdorf, den Beigeordneten Hans Mattner-Stellmann aus Meerbusch sowie den 1. Beigeordneten Schäfer aus Gevelsberg. Als Vertreter des Städtetags Nordrhein-Westfalen war Beigeordneter Dr. Articus in Begleitung der Beigeordneten Herber (Essen), Dr. Kramer (Bielefeld), Frau Dr. Christiansen (Köln) sowie Spaniel (Duisburg) erschienen. Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen war vertreten durch die Kreisdirektoren Frenzten und Etschenberg. Übereinstimmend lehnten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände den Gesetzentwurf der Landesregierung ab. Sie kritisierten insbesondere

- eine unzureichende Höhe der Erstattungspauschale für die Leistungen an Asylbewerber, geduldete Ausländer und Bürgerkriegsflüchtlinge,
- eine zu kurz bemessene Übergangsfrist von einem Jahr, in dem eine „Spitzabrechnung“ mit dem Land noch möglich sein soll
- hohe Zahlungsrückstände des Landes gegenüber den Kommunen im Bereich der Investitionsförderung für bereits fertiggestellte oder begonnene Unterkünfte sowie
- eine nicht akzeptable und nur schwierig praktikierbare Trennung der Zuständigkeiten für die Unterbringung und Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einerseits und die Kostenträgerschaft andererseits.

Dr. Schneider, Dr. Articus und Etschenberg rechneten dem Ausschuß vor, daß die vorgesehene Leistungspauschale pro Kopf und Monat an die Kommunen für Versorgung, Unterbringung und Betreuung nicht ausreiche. Die Unterkunftskosten schwanken zwischen den einzelnen Kommunen zwischen 160 und 400 Mark. Der von der Landesregierung vorgesehene Kostenanteil von 95 Mark sei zu gering, gefordert würden demgegenüber 200 Mark pro Kopf und Monat. Der Versorgungsbedarf von durchschnittlich 550 Mark pro Person und Monat ergebe sich aus den im Asylbewerberleistungsgesetz und im Bundessozialhilfegesetz verankerten Beiträgen. Rechnet man eine Betreuungspauschale hinzu, ergebe sich pro Kopf und Monat ein Erstattungsbedarf von durchschnittlich 900 Mark.

Kreisdirektor Etschenberg trug vor, daß sich nach einem Umfrageergebnis aus allen Kreisen des Landes unter Zugrundelegung der von der Landesregierung vorgesehenen Pauschalierung in der Hochrechnung für die Kreise ein Defizit von 230 Millionen Mark errechnen ließe, womit sich eine Nettobelastung für jeden Kreis in Nordrhein-Westfalen in Höhe von 7,4 Millionen Mark ergebe. Dies würde eine Kreisumlagererhöhung von über zwei Prozent bedeuten.

Dr. Schneider fügte hinzu, die Trennung von Aufgabenerfüllung und Finanzverantwortung mit der Folge von zwei getrennten Abrechnungsverfahren seien nicht sinnvoll. Durch die Übertragung der Kostenträgerschaft auf die Kreise für die Unterbringung und Versorgung würden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden gezwungen, die

ihnen entstandenen Unterbringungskosten gegenüber dem Kreis spitz abzurechnen. Dies sei für alle Beteiligten mit zusätzlichen personellen Belastungen verbunden. Ferner wies er auf die noch rund 28 begonnenen Bauvorhaben hin. Die Regierungspräsidenten verlangten nunmehr die Einstellung dieser Bauvorhaben. Dies würde bedeuten, daß mehrere Millionen vom Land nicht erstattet und die Städte „in den Ruin“ getrieben würden, zumal auch Rückbaukosten nicht erstattungsfähig sind.

Während sich der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Frechen, bei den Sachverständigen erkundigte, ob die Unterbringungsspitzen nicht in einem überschaubaren Zeitraum abgebaut werden könnten, wollte Heinz Paus für die CDU-Fraktion wissen, welche Bindungen seitens der Kommunen im Bereich der Unterbringung von Asylbewerbern, geduldeten Ausländern und Bürgerkriegsflüchtlingen eingegangen wurden. Die Sachverständigen wiesen darauf hin, daß in der Regel Mietverträge mit einer zehnjährigen Dauer abgeschlossen werden. Beim Bau von Unterkünften durch die Gemeinden entstünde eine 25jährige Bindungsdauer. Es seien aber nicht nur Bindungen vertraglicher und persönlicher Art zu berücksichtigen, die Gemeinden müßten auch Reserven vorhalten, selbst wenn kurzfristige Lücken entstünden. Beigeordneter Mattner-Stellmann ergänzte, daß die vorzeitige Lösung bestehender Mietverträge sehr problematisch und nicht ohne Zahlung hoher Abstandssummen möglich sei. Die von den Gemeinden für Unterbringungszwecke aufgestellten Container wären für andere Zwecke nicht nutzbar. Übereinstimmend forderten die Sachverständigen eine Verlängerung der Übergangsfrist auf mindestens drei Jahre, da eine Reduktion der Kosten für die Unterbringungsplätze sowie die Lösung der sonstigen verbundenen Probleme nicht möglich erscheine.

Zur vorgesehenen Pauschalierung wollte Bärbel Höhn von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von den Sachverständigen wissen, ob es nicht sinnvoller sei, bei dem bisherigen Abrechnungsverfahren (Spitzabrechnung) zu bleiben, einmal hinsichtlich der in den Gemeinden unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten, wegen der verschiedenen Personengruppen sowie mit Rücksicht auf die von den Sachverständigen ebenfalls erwähnten, teilweise sehr beträchtlichen Kosten der medizinischen Versorgung des betroffenen Personenkreises.

Dr. Schneider antwortete, die Kommunen würden eine Pauschalierung dann akzeptieren, wenn die Höhe ausreicht, die durchschnittlichen Kosten zu decken. Ein Betrag von etwa 800 Mark erscheine, wenn auch nicht vorbehaltlos — zustimmungsfähig.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, daß die kommunalen Spitzenverbände den Gesetzentwurf der Landesregierung dann akzeptieren, wenn

- der vorgesehene Pauschalbetrag erhöht,
- die Übergangsfrist auf drei Jahre verlängert,
- die Unterbringungspauschale direkt an die Gemeinden gezahlt und
- die Einbeziehung aller Flüchtlinge sichergestellt wird.

Darüber hinaus wird von den Kommunen die Begleichung der gegenüber dem Land noch ausstehenden Forderungen erwartet.



Stadtpräsidenten, Bürgermeister und Sejm-Abgeordnete aus Oberschlesien hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (Mitte) im Landtag empfangen. Die polnischen Gäste hielten sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Schlesien, in Nordrhein-Westfalen auf, um sich mit kommunaler Wirtschaftsförderung vertraut zu machen.

Foto: Schälte

## Tempo 30: Verzicht auf hohen Aufwand Priorität für Ökologie und Kostensenkung

Unter Vorsitz von Volkmar Schultz (SPD) nahm der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen am 14. September die Etatberatungen auf und nahm dazu einführende Vorträge von Stadtentwicklungs- und Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) und der Ministerin für Bauen und Wohnen Ilse Brusis (SPD) entgegen. Die Generalausprache zu den Berichten erfolgt in der Sitzung Anfang November. Weiter verabschiedete der Ausschuß mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Fehlbelegerabgabe mit einer von der SPD eingebrachten Änderung. Außerdem beschloß der Ausschuß, am 15. November eine Expertenanhörung zur Landesbauordnungsnovelle durchzuführen.

Zum Städtebauetat 1995 führte Minister Kniola aus, daß sich der Haushalt wie in den Vorjahren im wesentlichen aus den im Rahmen des Kommunalen Steuerverbundes ausgewiesenen Stadterneuerungsmitteln des Landes, aus den Mitteln für den Grundstücksfonds und allerdings nur noch in geringerem Umfang aus den Städtebaumitteln des Bundes zusammensetzt.

Der Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 1995 sieht im Einzelplan des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr Ausgaben in Höhe von insgesamt 2,974 Milliarden Mark vor. Damit liegt der Haushaltsansatz um 72,0 Millionen niedriger als im Vorjahr. Zusätzlich sei zu berücksichtigen, daß mit dem Nachtragshaushaltsentwurf 1994 eine globale Minderausgabe in Höhe von 98,4 Millionen in den Einzelplan 15 eingestellt wurde, die bereits das Haushaltsvolumen 1994 entsprechend verringert. Der Mittelrückgang ist im wesentlichen auf die Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung und die damit verbundenen notwendigen Einsparungen in allen Bereichen sowie auf den Rückgang bei den Stadterneuerungsmitteln des Bundes zurückzuführen.

Weiterhin stellten die Investitionsausgaben mit 2065,3 Millionen Mark den größten Ausgabeblock dar. Ihr Anteil am Haushalt des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr liegt bei 69,4 Prozent und bezogen auf den gesamten Haushalt des Landes bei 21,3 Prozent. Berücksichtigt man die im Einzelplan des Finanzministeriums (Einzelplan 20) ausgewiesenen Stadterneuerungs- und Denkmalschutzmittel im Rahmen des Steuerverbundes von 352 Millionen Mark, so betrage der Anteil 24,9 Prozent der Investitionsausgaben des Landeshaushalts.

Bei der Verteilung der Mittel sollen im Jahre 1995 folgende Schwerpunkte außerhalb des Verkehrssektors gesetzt werden:

- Für die Stadterneuerung und den Denkmalschutz sind Ausgaben in Höhe von 460 und 52,4 Millionen Mark veranschlagt, wobei hier die im Einzelplan 20 vorgesehenen entsprechenden Zweckzuweisungen des kommunalen Steuerverbundes nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz berücksichtigt sind. Die veranschlagten Mittel dienen im wesentlichen der Finanzierung eingegangener Verpflichtungen aus den vergangenen Programmjahren.

- Für die Weiterförderung begonnener und für neue Maßnahmen steht im Bereich der Stadterneuerung in 1995 ein Bewilligungsrahmen wie im Vorjahr von 390 Millionen Mark zur Verfügung.

Der Minister betonte, daß angesichts der strukturpolitischen Bedeutung des Städtebauhaushalts die 1995 nach dem Entwurf zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel — soweit es die Landesseite betreffe — im wesentlichen dem Volumen des Vorjahres entsprächen. Beim Grundstücksfonds ergebe sich durch das mit dem Nachtragsetat 1994 eingeführte Strukturprogramm sogar eine Mittelaufstockung.

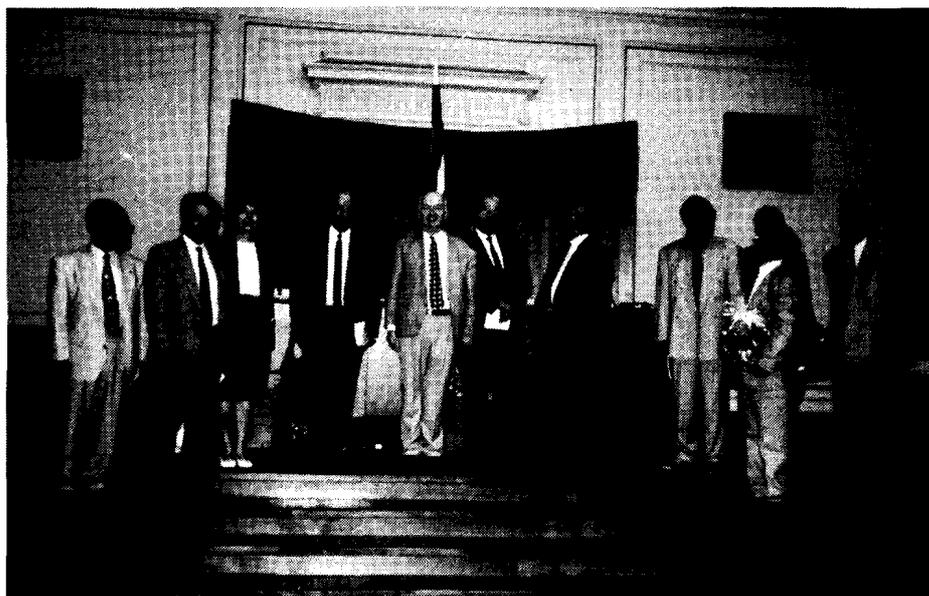
Kniola weiter: „Mit dem Haushaltsentwurf 1995 werden damit die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der nordrhein-westfälischen Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahre geschaffen.“ Auch unter stark veränderten finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen halte die Landesregierung an ihrer bewährten Politik der erhaltenden Stadterneuerung fest. Sie leiste damit einen wichtigen Beitrag zur Strukturpolitik und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. „Allerdings müssen“, so Kniola weiter, „die großen Schwerpunkte dieser Politik mit größerer Zielgenauigkeit angegangen und schneller realisiert werden.“ Konkret bedeute dies: „Insbesondere in der Verkehrsberuhigung und bei der Einrichtung von Tempo-30-Zonen muß auf aufwendige bauliche Maßnahmen verzichtet werden, statt dessen hat das Ziel einer flächendeckenden Verbesserung Vorrang.“ Wie bereits im Vorjahr gelte: Manches Wünschenswerte müsse und könne auf später verschoben werden, wenn es gelinge, das jetzt Notwendige konsequent und zügig zu realisieren. Ministerin Ilse Brusis (SPD) führte zum Bauetat 1995 aus, daß er in der Kontinuität der vorhergehenden Haushalte dieser Legislaturperiode stehe. Das bedeute für den Bereich der Wohnungspolitik, daß das von

der Landesregierung beschlossene mehrjährige Wohnungsprogramm für die Jahre von 1991 bis 1994 auch 1995 fortgesetzt wird. Der für diese Programme geltende Grundsatz, mindestens 26 700 Wohnungseinheiten mit einem Finanzierungsaufwand von mindestens 2,735 Milliarden Mark jährlich zu schaffen, werde auch im Jahr 1995 — wie bereits in den Jahren zuvor — durch erhebliche finanzielle Anstrengungen des Landes NRW überschritten. Das bewirke, daß 1995 mindestens 30 000 Wohneinheiten gefördert werden könnten.

Im Hinblick auf die Mietenpolitik hätten die Bemühungen Nordrhein-Westfalens zur Anpassung der bundesgesetzlichen Rahmenregelungen, die im wesentlichen auf eine angemessene Mietpreisbegrenzung und Verbesserung des Kündigungsschutzes abzielten, mit der Verabschiedung des 4. Mietrechtsänderungsgesetzes sowie des Gesetzes über eine Sozialklausel in Gebieten mit gefährdeter Wohnungsverorgung einen vorläufigen Abschluß gefunden. Damit sei der Schutz der Mieter und Mieterinnen vor der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verbessert und ein Beitrag zur Sicherung preiswerten Wohnraums geleistet worden.

Eine besondere Priorität komme auch im Jahr 1995 der Umsetzung ökologisch orientierter und kostensparender Konzepte des Bauens zu. Als weiterer Schwerpunkt im Haushaltsjahr 1995 sei die Beratung und Verabschiedung der Landesbauordnung zu nennen. Ilse Brusis dazu: „Der Entwurf ist im Landtag eingebracht worden. Die Landesbauordnung soll noch im Jahr 1995 in Kraft treten.“

Für den Bereich der Staatlichen Bauverwaltung sei festzustellen, daß die für diese Legislaturperiode geplante aufbauorganisatorische Reform der Bauverwaltung abgeschlossen ist. In einem weiteren Schritt zur zukunftsorientierten Umgestaltung der Staatlichen Bauverwaltung sind die Staatlichen Bauämter einer umfassenden Organisationsuntersuchung unterzogen worden. Das Gutachten werde voraussichtlich im Oktober dieses Jahres vorliegen.



Der Wunsch nach verstärktem deutschen Engagement nicht nur auf kulturellem Gebiet war eine der wichtigen Erfahrungen, die die Kommission des Kulturausschusses des Landtags von ihrer Reise in die baltischen Staaten mit nach Hause brachte. Unser Bild zeigt die Kulturpolitiker — die Ausschußvorsitzende Hildegard Matthäus (CDU) ist die dritte von links — bei der Besichtigung des Lettischen Parlaments in Riga.

Foto: Wolfram Dorn

## Entlastung...

Fortsetzung von Seite 4

Lanfermann: „Wenn — man kann nicht sagen: die persönliche Integrität nach langer Zeit wieder hergestellt wird — aber die Verdachtsmomente, die in der Öffentlichkeit geäußert worden sind, praktisch endgültig vom Tisch kommen, gebe ich den warnenden Worten des Vorsitzenden recht, daß man einmal darüber nachdenken muß, wie denn auch in unserer Mediengesellschaft heute manches so schnell und locker in die Meldungen kommt. Da gibt es sicherlich bei jedem von uns Punkte, bei denen wir sagen: Da war etwas zu falsch, etwas falsch oder nicht belegt.“

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) unterstrich, die Mängelliste mache deutlich, daß es darum gegangen sei, 29 Millionen Mark an Strukturhilfsmitteln, also Mittel des Bundes, die man sozusagen als zusätzlich betrachtet habe, auf jeden Fall loszuwerden, unabhängig von der konkreten Qualität dieses Projektes. Dieser Organisationsmangel und diese mangelnde Koordination innerhalb der Landesregierung sei Minister a. D. Heinemann anzulasten, da er die Verantwortung für die sachgerechte Aufgabenverteilung und die dafür erforderliche Qualifikation der handelnden Beamten gehabt habe.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) erklärte, der Umgang mit den Strukturhilfsmitteln sei ein relativ neuer Vorgang gewesen. Man habe sich sehr bemüht, es richtig zu machen. Auch der Kollege Heinemann und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten sich darum bemüht. Zum Projekt EFMT sagte Rau, er sei stolz darauf, „daß wir es haben, und ich glaube, daß es einen ganz wichtigen Beitrag leisten kann, sowohl was die medizintechnische Forschung angeht als auch die wissenschaftliche Forschung und den Umgang mit den Patienten selber“. Zum Fall Heinemann erklärte der Regierungschef: „Weil ich selbst auch gelegentlich Gegenstand von Angriffen geworden bin, die ich als kränkend empfunden habe, sage ich Ihnen: Ich empfinde große Genugtuung darüber, daß Mehrheit und Minderheit des Ausschusses die Ehre von Hermann Heinemann wiederhergestellt haben. Ich beklage, daß die Debatte das nicht deutlich genug wiedergibt.“

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) bezeichnete es als den „Punkt“, wie man mit den parlamentarischen Instrumenten umgehe. Auch die Mehrheitsfraktion stelle überhaupt nicht in Frage, daß das Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein Grundpfeiler im parlamentarischen System sei. Aber man habe in dieser Legislaturperiode erleben müssen, wie dieses wichtige parlamentarische Instrument von allen drei Oppositionsparteien schamlos mißbraucht worden sei. Dieses Instrument sei als Bühne mißbraucht worden, um Mitglieder der Landesregierung zu verunglimpfen und persönlich zu diffamieren.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, fragte, wer denn damals das Drehbuch veröffentlicht habe? An Farthmann gerichtet, meinte sie: „Das waren doch Leute aus Ihren eigenen Reihen!“ Man solle nicht die Tatsachen verdrehen. Was die Opposition gemacht habe, sei Aufgabe gewesen, die der Opposition in einem Landtag anstehe, denn sie habe Vorwürfe, die geäußert worden seien, zum Beispiel von Radiologieprofessoren, von Berichten in den Zeitungen aufgegriffen und gesagt: Man wolle Klärung.

**Hermann Heinemann** (SPD) betonte: „Auf diesen heutigen Tag habe ich zwei Jahre gewartet.“ Zum EFMT sagte er, er sei auch heute noch der Auffassung, daß diese Förderung eine gute Förderung sei. Die CDU habe durch ihr Theater gegen das EFMT dieses Institut in Schwierigkeiten gebracht.

**Arbeitsminister Franz Müntefering** (SPD) erinnerte daran, es sei darum gegangen und es gehe darum, medizinische Leistungsfähigkeit zu verbessern, Medizintechnikapparate weiterzuentwickeln. Und es gehe darum, auch in NRW Medizinalgeräte zu bauen und Arbeitsplätze zu schaffen. „Wir müssen diese Dinge ja nicht in anderen Bundesländern oder im Ausland kaufen.“

In Beiträgen der Abgeordneten **Karl Nagel** (CDU) und **Wolfram Kuschke** (SPD) wurden vorangegangene Unterstellungen zurückgewiesen. Der Abgeordnete **Reinhold Trinius** (SPD) merkte an, er habe bisher noch nie die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens erlebt, ohne daß das mit persönlichen Verunglimpfungen verbunden gewesen wäre.

## Ausbildung: Bessere Chancen für Mädchen

*Arbeitslosigkeit, Kindertagesstätten und ambulante Bereiche sind nach Aussage des NRW-Sozialministers, Franz Müntefering (SPD), die Schwerpunktthemen in der Haushaltspolitik. Der Minister erklärte in der 60. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, daß der Länderfinanzausgleich in diesem Etat hohe Kosten verursache, die er aber keineswegs bedauere.*

Gast im Ausschuß war der Präsident des Landesarbeitsamtes, Dr. Karl Pröbsting. „Arbeitslosigkeit ist schlimm, Jugendarbeitslosigkeit eine Katastrophe, weil daraus individuelle und gesellschaftliche Probleme entstehen“, begann der Präsident seinen Bericht. In Nordrhein-Westfalen seien 102 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, davon 22 000 unter 20 Jahren. Dies bedeute, daß jeder zehnte Jugendliche am Anfang seiner beruflichen Karriere das Schicksal der Arbeitslosigkeit erleide. Aufgrund des „Dualen Systems“ (Ausbildung bei gleichzeitigem Berufsschulbesuch) schneide NRW im Vergleich zu anderen Ländern noch gut ab. Auf keinen Fall dürfe man leichtfertig auf das zweigleisige Verfahren verzichten, sei es doch ein Bestandteil deutschen Wirtschaftserfolges und fast eine Versicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch gerate die Ausbildung in Gefahr.

1994 gebe es 14 Prozent weniger Ausbildungsplätze als im Vorjahr. Dies liege weniger an der konjunkturellen als an der strukturellen Lage. Ende August seien 19 000 Ausbildungsstellen nicht besetzt gewesen, genau so viele Jugendliche seien unversorgt. Dieser „optische Ausgleich“ werde schnell revidiert, da Angebot und Nachfrage weder regional noch branchenspezifisch im Gleichgewicht seien. Nach Schätzungen des Landesarbeitsamtes können etwa 9 000 Jugendliche am Ende dieses Ausbildungsjahres nicht versorgt werden.

Der Präsident forderte daher die Betriebe auf, das Ausbildungsangebot „nach oben zu bringen“. Wesentlich besser sähe die Lage in ländlichen Regionen wie Coesfeld, Meschede und Münster aus. Düstere Zahlen schreibe das Ruhrgebiet. Eine positive Veränderung sei, daß inzwischen Mädchen gute Chancen auf eine Ausbildung hätten, da das Angebot im Dienstleistungsbereich bei gleichzeitiger Stagnation auf dem Industriesektor steige. Unbefriedigend sei die Situation ausländischer Jugendlicher, viele seien die Arbeitslosen von morgen, da sie erhebliche Defizite aus der Schule mitbrächten. Nicht gut sei es auch um die Behindernten bestellt, die einer finanziellen Förderung bedürften. Dem „größten arbeitsmarktpolitischen Problem“ sei — allerdings größtenteils erfolglos — mit ABM und Umschulungen begegnet worden. Die Großindustrie breche das Ausbildungsangebot herunter, wobei mittelständische Unternehmen zeitgleich nicht in der Lage seien, dies aufzufangen.

Nach dem Vortrag des Präsidenten wurde im Ausschuß nicht über diesen Tagesordnungspunkt abgestimmt; er soll nach dem 30. September erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.



Einen Bericht zur aktuellen Situation von Jugendlichen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gab vor dem Kinderausschuß der Präsident des Landesarbeitsamtes Dr. Karl Pröbsting (auf dem Bild links neben Georg Gregull).  
Foto: Schälte

## Titelverteidigung gelang dem FCL beim Turnier in der Halle nicht

Mit der Titelverteidigung wurde es nichts. In der Endabrechnung rangierte der FCL auf dem 5. Platz beim Hallenturnier von Landtag und Landesressorts, geschlagen nur vom späteren Sieger, dem Innenministerium.

In der starken Gruppe A traf der FCL zunächst auf das Verkehrsministerium. Ein unglückliches Eigentor warf den FCL zurück. René Markgraf aber glückte postwendend durch einen wichtigen Knaller vom Anstoßkreis aus: 1:1 war auch das Endergebnis. Unentschieden, aber torlos, endete auch die Begegnung mit dem Wirtschaftsministerium, dem späteren Turnierzweiten. Es war wie das Match gegen das Verkehrsministerium eine harte Auseinandersetzung mit Chancen auf beiden Seiten, mit knallharten Schüssen, mit tollen Torwartparaden, mit technischen Kabinettstückchen und spektakulären Kombinationen. Die Zuschauer in der schönen Sporthalle auf der Düsseldorfer Graf-Recke-Straße gingen begeistert mit.

Auch im Spiel gegen das Innenministerium hielt der FCL mit, zeigte wunderbare Doppelpässe, wurde jedoch in den entscheidenden Momenten immer wieder erfolgreich abgeblockt. Das Innenministerium, unbestritten ein würdiger Sieger, war glücklicher. Das 1:0 entsprang einer unübersichtlichen Situation direkt vor dem FCL-Tor. Der entscheidende zweite Treffer war ein klassischer Konter, als der FCL alles auf eine Karte setzte, um den Ausgleich zu erzielen. Im Spiel um den 5. Platz drehte der FCL nochmals auf und setzte das MAGS mächtig unter Druck. Dirk Schüttrumpf und Hans Zinnkann waren die Torschützen beim verdienten Sieg.

Es war gutes Turnier, bei dem das MURL und das Verkehrsministerium auf den Plätzen landeten. 6. Platz für das MAGS, 5. für den FCL. Dritter wurde das Kultusministerium, das im Sieben-Meter-Schießen über das Ministerium für Bauen und Wohnen obsiegte. Im Endspiel war das Innenministerium mit 2:0 erfolgreich über das Wirtschaftsministerium. Herzlichen Glückwunsch. H. Z.

## Mehr Kompetenz...

Fortsetzung von Seite 19

Verluste der Öffentlichkeit übertrage, völlig unkritisch zum Vorbild genommen werde, sei bedauerlich. Für eine neue Arbeitsgestaltung müsse das Reformklima stimmen. Das überkommene Beamtenrecht müsse so weit wie möglich beseitigt werden. Für die Grünen sei Verwaltungsreform mehr Demokratie mit Engagement, Anregungen und Kritik. Sie forderten das Recht auf Akteneinsicht.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sah beim F.D.P.-Antrag allgemeine Ziele mit konkreten Forderungen vermischt. Das von



**Mehr als fünf Stunden** beriet der Landeswahlausschuß (Bild) im Landtag, um über Beschwerden gegen Entscheidungen von Wahlausschüssen in kreisfreien Städten und Kreisen über Wahlvorschläge zu den Kommunalwahlen am 16. Oktober zu entscheiden. Insgesamt lagen dem Landeswahlausschuß 22 Beschwerden vor. Sieben Beschwerden hatten Erfolg. So hatte sich der Wahlleiter der Stadt Dortmund gegen die Zulassung von Listenwahlvorschlägen der „Republikaner“ für zwei Stadtbezirke in Dortmund mit einer Beschwerde gewandt, weil die Bewerber aus der Liste kurz vor der Zulassungssitzung des Dortmunder Wahlausschusses aus Dortmund verzogen und damit nicht wählbar waren. Der Beschwerde wurde stattgegeben. Erfolg hatte auch eine Beschwerde der Wählergruppe „Essener für Essen/Fraktionsgemeinschaft 94“, die belegen konnte, daß die Unterzeichnerin eines Wahlvorschlags entgegen den Melderegisterangaben in dem Wahlbezirk, für den sie eine Unterstützungsunterschrift geleistet hatte, tatsächlich ständig wohnt. Von den Beschwerden zweier Einzelbewerber aus Köln, die Unterstützungsunterschriften aus dem Obdachlosenbereich vorgelegt hatten, war eine erfolgreich. Es konnte nachgewiesen werden, daß sämtliche den Wahlvorschlag unterstützenden Personen eine Wohnung in einer Einrichtung für Obdachlose haben und damit in dem Wahlbezirk wahlberechtigt sind.

Foto: Schälte

## Sozialstaat...

Fortsetzung von Seite 5

**Otti Hüls** (CDU) warf dem Minister Ausweichen auf Nebenkriegsplätze vor. Die Zahlen von Arentz habe er nicht widerlegt. Die Bundesmittel für Familien seien verdoppelt worden, der Kinderfreibetrag von 436 auf 4104 Mark verzehnfacht. Für Kinderbetreuung gebe es zehn Tage Freistellung, für Alleinerziehende sogar 20 Tage. Erziehungsurlaub sei auf drei Jahre ausgedehnt worden. Durch die von der SPD verlangte Abschaffung des Ehegattensplittings werde die Familienmutter getroffen, die sich der Erziehung widme, und die ältere Hausfrau, nicht die junge Doppelverdiener-Ehe. Das habe mit Gerechtigkeit nichts zu tun.

**Wolfram Kuschke** (SPD) mahnte als zentrale Kategorie Arbeit für alle an und verglich die CDU-Sozialpolitik mit einer Löwengrube, in die dem Gefallenen noch ein kurzer Fallstrick gereicht werde. Es habe noch nie so viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gegeben wie jetzt. Wer paradiesische Verhältnisse in den neuen Ländern sehe, dürfe

sich über Wahlerfolge der PDS nicht wundern. Die CDU sei Steigbügelhalter der PDS. Im Kirchenpapier werde Glaubwürdigkeit der sozialen Marktwirtschaft angesichts der Gerechtigkeitlücken bezweifelt. NRW brauche Unterstützung für seinen sozialen Kurs.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) wiederholte den Vorwurf des Weglassens der Kinderzahl von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderern und bezifferte die Kosten der Freistellung des Existenzminimums auf 40 bis 50 Milliarden Mark, wovon sogar Lafontaine zurückzuckte. Das könne nur einvernehmlich und in Schritten umgesetzt werden. Mit Scharpings Wort von den Besserverdienern sei die Jagd auf alle eröffnet worden, die durch ihre Leistung zur Verteilung beitragen. Das sei der Startschuß für Spaltungspolitik gewesen.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) sah in den sozialen Netzen riesige Löcher und in der geldorientierten Leistungsgesellschaft gnadenlose Brutalität und Kälte. Die Grünen seien für die bedarfsorientierte Grundsicherung und für stärkere Belastung der Besitzenden.

der SPD vorgeschlagene Leitbild sei sehr anspruchsvoll. Sorgfältig müsse die Übertragung aus der Privatwirtschaft geprüft werden. Wer sei denn „Kunde“ bei der Bildung, der Bauplanung, bei Polizei und Strafvollzug? Mit dem Behördenleitbild müßten die Beschäftigten befaßt sein. Die F.D.P. vermittelte Ungeduld. Zehn Prozent weniger Personal sei bei Schule, Hochschule, Polizei, Justiz und Steuerverwaltung oder auch nur in der reinen Verwaltung nicht realisierbar. Das kameralistische Prinzip sei nützlich für die Haushaltskontrolle. Es könne durch eine Kosten- und Leistungsrechnung ergänzt werden. Einige F.D.P.-Forderungen seien in den USA schon wieder abgeschafft worden. Bei den Ministerien werde Verkleinerung ge-

prüft. Bezogen auf die Einwohner habe NRW schon die kleinste Ministerialverwaltung. Die Bündelungsbehörde Regierungspräsidant sei unverzichtbar. Insgesamt seien Landtag und Regierung auf einem guten Weg.

## Das auch noch...

Heinz Houben, Stadtdirektor von Geilenkirchen, empfahl den Mitgliedern des Haushaltsausschusses bei der Rundfahrt anlässlich der Klausurtagung in Heinsberg wärmstens die Seniorenresidenz Schloß Graf Berghe von Trips: „Eröffnung voraussichtlich Sommer 1995.“

## SPD-Fraktion

### Entwicklungsplan wird geändert Impuls für Strukturwandel

Der Landtagsausschuß für Umwelt und Raumordnung hat nach den Worten seines SPD-Sprechers Klaus Strehl einen weiteren entscheidenden Impuls für den Strukturwandel an Rhein und Ruhr gegeben. In seiner jüngsten Sitzung hat der Ausschuß grünes Licht gegeben für die 4. Änderung des Landesentwicklungsplanes 6 (flächenintensive Großvorhaben). „Damit können diese letzten großen zusammenhängenden Industrieflächen künftig auch in kleineren Einheiten verplant werden“, erklärte Strehl. Auf dieses Signal des Landes hätten die betroffenen Städte dringend gewartet.

Bisher, so Klaus Strehl weiter, hätten die im LEP 6 aufgeführten Flächen nur in Einheiten von mindestens 150 Hektar neuen Nutzungen zugeführt werden dürfen. Das habe in vielen Fällen dazu geführt, daß große Flächen weiter brachgelegen hätten, weil die meisten Interessenten für Neuan siedlungen in den Städten sich für kleinere Maßnahmen gemeldet hätten. Mit der Änderung des LEP 6 werde es nun möglich, daß aus diesen Großflächen auch Einheiten mit 80 Hektar Größe vergeben werden könnten. Diese 80 Hektar dürften sich zudem mehrere Firmen teilen. „Das ist interessant bei der Einrichtung von Industrieparks“, unterstrich Strehl. Der SPD-Parlamentarier wies darauf hin, daß die CDU sich im Ausschuß der Stimme enthalten habe. Während die Opposition die Entscheidung um ein Jahr habe verzögern wollen, dränge die SPD-Fraktion darauf, daß die Städte so schnell wie möglich Planungssicherheit erhalten. Strehl: „Wir müssen darauf achten,

daß der Strukturwandel zügig vorangeht.“ Als beschämend bezeichnete es der SPD-Sprecher, daß die F.D.P., die sich selbst „Wirtschaftspartei“ nenne, an den Beratungen im Ausschuß überhaupt nicht teilgenommen habe. Die „Grünen“ hätten gegen die Änderung des LEP 6 gestimmt.

★

„Der Ausgleich für die Region Bonn für die Verlagerung des Deutschen Bundestages und des Kernbereichs der Regierungsfunktionen nach Berlin kann nicht durch eine Verlagerung von Einrichtungen innerhalb der Großregion Köln/Bonn geschaffen werden.“ Das fordert die SPD-Landtagsfraktion nach den Worten ihres Arbeitskreisleiters im Hauptausschuß, Jürgen Büssow. Sie wendet sich damit entschieden gegen Pläne des Bundes, die „Deutsche Welle“ von Köln nach Bonn umzusiedeln. Jürgen Büssow: „Keine Mogelpackungen. Wir fordern wirkliche Ausgleichsmaßnahmen.“

## CDU-Fraktion

### Setzen Ministerien Gutachter unter Druck?

Der Obmann der CDU-Fraktion im Parlamentarischen „Dioxin“-Untersuchungsausschuß, Lothar Hegemann, hat von der Landesregierung Auskunft über eventuell von Ministerialbeamten auf Wissenschaftler ausgeübten Druck bei der Erstellung von Gutachten gefordert. Er bezieht sich dabei auf einen jetzt dem Untersuchungsausschuß zugangenen Bericht des Nordig Instituts für Gesundheitsforschung in Hamburg. Dort schreibt Gutach-

ter Dr. Wilfried Karmaus, daß bei der Erstellung der Kieselrot-Studie der damalige Experte Ewers Druck aus Düsseldorf (wahrscheinlich vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, MAGS) und einen Wunsch nach bestimmten Ergebnissen („von einigen Mitarbeitern des Ministeriums durchaus Pressionen“) konstatiert habe.

Dr. Karmaus selbst kommt in der Zusammenfassung seines Gutachtens zum Dioxinausstoß in Dortmund zur Forderung: „Aufgrund der bundesweit bekannten Pressionen auf Wissenschaftler im Umwelt- und Gesundheitsbereich seitens eines oder einiger Ministerien in Nordrhein-Westfalen ist es darüber hinaus angezeigt zu untersuchen und offenzulegen, welche Mittel hier eingesetzt werden.“

Lothar Hegemann: „Sollten diese Vorwürfe von Herrn Ewers und nun aktuell auch von Herrn Karmaus zutreffen, dann wirft das ein ganz neues Licht auf die Gerüchte, die Landesregierung gebe reine Gefälligkeitsgutachten in Auftrag, und auf die Minister Muntefering und Matthiesens selbst, die ja beide im Dortmunder Dioxinfall involviert sind. Stutzig macht allein schon die Tatsache, daß Gutachter Karmaus, der im übrigen ein vernichtendes Urteil über Matthiesens Dortmund Dioxin-Studie fällt, weiterhin von Pressionen seitens der Ministerien ausgeht. Die Minister sind Rechenschaft schuldig, ob und inwieweit Mitarbeiter Einfluß auf die Untersuchungen unabhängiger Gutachter nehmen.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Aufbruch der Jugend

Die F.D.P.-Landtagsfraktion NRW und der Landesverband der nordrhein-westfälischen Jungen Liberalen veranstalteten am 16. September 1994 ein jugendpolitisches Forum im Plenarsaal des Landtags. Im Mittelpunkt des Kongresses, der unter dem Motto „Aufbruch der Jugend“ stand, diskutierten F.D.P.-Politiker mit Vertretern der Wirtschaft, Hochschulen und Jugendverbänden über die Lebensperspektiven der jungen Generation. Die Themen des Forums waren: „Zukünftige Berufschancen für junge Menschen“, „Kinder in unserer Gesellschaft“ und „Ehrenamtliches Engagement Jugendlicher“. Abgerundet wurde das Programm von Auftritten der preisgekrönten Jugendband GENTS AND FOOLS aus Viersen. F.D.P.-Landtagsfraktion und F.D.P.-Jugendverband wollten mit diesem Forum ein Zeichen setzen, daß gerade in Zeiten einer wachsenden Gesellschaftsmüdigkeit vieler Jugendlicher die politische Debatte über die Zukunft unserer jungen Generation in diesem Lande nicht weiter vernachlässigt werden darf. Das Bild zeigt v. l.: Dr. Wolfgang Lichius, Kienbaum-Personalberatung, Andreas Terhaag, Moderator, Andreas Reichel MdL, bildungspolitischer Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion und Dr. Fritz Schaumann, Staatssekretär im Bundesbildungsministerium.



## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Sachverständige befürworten Förderung Sozialer Betriebe

Auf große Zustimmung bei den Sachverständigen stieß bei einem Fachgespräch der grünen Landtagsfraktion das niedersächsische Modell der Sozialen Betriebe zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Die grüne Landtagsfraktion hat einen Antrag zur Einführung der Sozialen Betriebe in NRW in den Landtag eingebracht. Der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, Daniel Kreutz, begründete diese Initiative auch mit der Arbeitsmarktpolitik des Landes NRW, die sich zunehmend vom Problem der Langzeiter-

werbslosigkeit abwende. Dieter Kleine vom Hannoveraner Sozialministerium wies während des Fachgesprächs darauf hin, daß die Langzeiterwerbslosigkeit auf den erschreckenden Stand von 1,2 Millionen angewachsen sei. Die Sozialen Betriebe seien ein innovatives Instrument, daß gezielt auf dauerhafte Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeiterwerbslosen ausgerichtet sei. Nach knapp drei Jahren seien in Niedersachsen über 1200 Arbeitsplätze in 63 Sozialen Betrieben entstanden, davon 75 Prozent unbefristete Dauerarbeitsplätze. 90 Prozent der Beschäftigten seien Langzeiterwerbslose, von denen die Hälfte länger als drei Jahre arbeitslos waren. Nach einem Jahr werde bereits eine Selbstkostendeckung von 23, nach mehr als zwei Jahren von 55 Prozent erreicht. Wenn NRW-Arbeitsminister Muntefering behauptete, gleiche arbeitsmarktpoliti-

sche Erfolge bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit seien mit traditionellen Instrumenten billiger zu haben, sei er auf den Nachweis sehr gespannt.

Die Arbeitsmarktexpertin des DGB, Nicola Hirsch, forderte die Politik auf, sich endlich der Aufgabe zu stellen, zusätzliche Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung zu schaffen. Soziale Betriebe seien eine „notwendige und sinnvolle Ergänzung der Arbeitsmarktpolitik“.

Einigkeit bestand darin, daß es den „Königsweg“ zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit nicht gebe, sondern eine Vielfalt zielgerichteter Instrumente erforderlich sei. Wie die Vertreter der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, Greifenberg, forderte Hirsch deshalb über marktorientierte Projekte hinaus auch die Bereitschaft zur dauerhaften öffentlichen Förderung sinnvoller Beschäftigung ein.



Der russische Jugendminister Dr. Sharonov (M.) hat sich mit Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (l.) und dem nordrhein-westfälischen Sozialminister Franz Müntefering (SPD, r.) im Landtag zu einem politischen Meinungsaustausch getroffen. Dabei kamen auch Veranstaltungen im Rahmen internationaler Jugendarbeit für 1995 und die Folgejahre zur Sprache, die die Russische Föderation und NRW verabreden und durchführen wollen. Foto: Schälte

## Personalie

**Dr. Willehard Paul Eckert**, Dominikanerpaten, hat von der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf die Josef-Neuberger-Medaille verliehen bekommen. Der Theologe und Mittelalterforscher Eckert ist der vierte Träger der Medaille, die an den früheren nordrhein-westfälischen Justizminister **Dr. Josef Neuberger** erinnert. Neuberger als Sohn jüdischer Eltern in Antwerpen geboren, gehörte dem Landtag seit 1959 an und war von 1966 bis 1972 nordrhein-westfälischer Justizminister. In einem Grußwort sagte Ministerpräsident **Johannes Rau**, der Dominikanerpaten habe sich wie kaum ein anderer der christlich-jüdischen Verständigung verschrieben. Eckert gehört zu den Gründern des christlich-jüdischen Dialogs und ist Mitinitiator der Buber-Rosenzweig-Medaille.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,  
884 23 04 und 884 25 45, btx: \*568 01#, FAX  
884 30 22

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Als Kreisvorsitzender in der CDU-Diaspora Hagen hat Helmut Diegel einen schweren Stand. Hier, an der Schnittstelle zwischen dem „schwarzen Sauerland“ und dem „roten Ruhrgebiet“, üben sich die heimischen Christdemokraten seit langen Zeiten in Geduld auf den Machtwechsel. Mit seiner jungen Garde will der 38jährige Diegel den Kreisverband auf Trab bringen. „Es geht aufwärts.“

Über die Jahre hinweg hat sich der christdemokratische Landtagsabgeordnete zum Multifunktionär gemausert. Seit acht Jahren sitzt der frühere Junge-Union-Funktionär im CDU-Landesvorstand, eben erst ist er in den CDU-Bezirksvorstand Ruhrgebiet gewählt worden. Außerdem lenkt Diegel (Originalton: „Ich bin von Hause aus Vereinsmeier“) seit zwei Jahren als Präsident die Geschicke des Basketball-Bundesligisten Brandt Hagen. Erste sportliche Erfolge bleiben nicht aus: Die Überraschungsmannschaft der „Langen Kerls“ aus Hagen wurden 1994 Deutscher Pokalsieger und Vizemeister. Dabei führt der sparsame Haushaltsexperte den Verein im Gegensatz zu manch anderen Präsidenten im deutschen Spitzensport „bewußt wirtschaftlich“.

Als tätiger Gesellschafter eines Autoteile-Handels hat Diegel das Wirtschaften von der Pieke auf gelernt. Das eingeseessene Familienunternehmen wird zwar überwiegend vom Bruder geführt, aber Helmut Diegel ist so oft wie eben möglich selbst im heimischen Unternehmen tätig. Daß der finanzielle Rückhalt dem Hagener CDU-Landtagsabgeordneten auch eine gewisse Unabhängigkeit von der Politik sichert, will Diegel nicht abstreiten. Deshalb leistet sich der Hagener schon mal den Luxus, wie sein politischer Ziehvater Kurt Biedenkopf an unpassenden Stellen die eigene Meinung zu Gehör zu bringen. In seiner stürmischen Zeit als CDU-Fraktionschef im Düsseldorf Landtag hatte Biedenkopf dem Hagener im Landtag den Haushaltsbereich zugewiesen. Nach anfänglichem Unbehagen und Murren hat der gelernte Jurist die dröge Materie mit den Zahlen und Tabellen inzwischen „liebgewonnen“. Schließlich ist der Haushalt der Nerv des Staates und entscheidet über die Zukunft. Als CDU-Obmann für Haushaltskontrolle bedauert Diegel allerdings manchmal, daß die Arbeit mit der Staatsknete nicht viel Außenwirkung erzeugt. „Schlagzeilen kann man hier kaum produzieren.“ Mit der angekündigten Verfassungsklage gegen ein SPD-Gesetz zur Neugliederung des Landesrechnungshofes straft sich der Haushaltsexperte in diesen Monaten allerdings selbst Lügen. Die öffentliche Diskussion über den von CDU, F.D.P und Grünen erhobenen „Maukorb-Vorwurf“ schlägt kräftige Wellen.



Helmut Diegel (CDU)

In der eigenen Familie wandelt Helmut Diegel hingegen auf den Spuren der „Großen Koalition“. Schließlich ist der Essener SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Thulke ein angeheirateter Schwager des CDU-Abgeordneten — zwei Politiker einer Familie gleichzeitig im Parlament, das kommt auch nicht alle Tage vor. Und auch die Gattin hat der heute vierfache Familienvater von der Volme bei den „Roten“ entdeckt — und abgeworben. Diegel traf seine spätere Frau und damalige Mitarbeiterin der SPD-Fraktion am Landtagskopierer — ausgerechnet an ihrem Geburtstag. Parteienwerbung à la Diegel: Heute ist die Angebraute eingetragenes Mitglied der CDU. „Der Wunsch nach einem Sohn war schon häufig Vater vieler Töchter“, blickt Diegel stolz auf das Familienfoto mit den vier Töchtern. Die Familie genießt bei dem jugendlichen CDU-Politiker („Ich war früher Karrierist“) einen hohen Stellenwert. Wenn es sich zeitlich einrichten läßt, bringt er die Kleinen zur Schule und in den Kindergarten. Vom politischen Alltagsstreß reagiert sich der Vielbeschäftigte am liebsten an der Tischtennisplatte ab: Seit 20 Jahren spielt Helmut Diegel bei Post Hagen aktiv im Verein — derzeit in der 2. Mannschaft.

Daß Helmut Diegel auch mit der oppositionellen CDU in Düsseldorf derzeit nur zweite Wahl ist, stört den Hagener gewaltig. In der Frage der CDU-Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 1995 hatten Diegel und andere Mitglieder des CDU-Bezirks Ruhrgebiet kräftig die Trommel für ihren Vorsitzenden Norbert Lammert gerührt. Das Ergebnis ist bekannt: Zur neuen Nummer 1 wählte die CDU-Basis den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Linssen. In der Politik ist es wie beim Basketball: Man kann nicht immer gewinnen. Als Sportsmann nimmt Helmut Diegel auch politische Wettkämpfe sportlich.

Wilfried Goebels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 28. September bis 23. Oktober 1994

28. 9. **Ilse Ridder-Melchers** (SPD), 50 J.  
 1. 10. **Reinhard Wilmbusse** (SPD), 62 J.  
 4. 10. **Carla Boulboullé** (fraktionslos), 51 J.  
 4. 10. **Birgit Fischer** (SPD), 41 J.  
 8. 10. **Reinhold Hemker** (SPD), 50 J.  
 10. 10. **Daniel Kreutz** (GRÜNE), 40 J.  
 11. 10. **Helga Gießelmann** (SPD), 45 J.  
 11. 10. **Horst Radtke** (SPD), 53 J.  
 12. 10. **Günther Einert** (SPD), 64 J.  
 12. 10. **Günter Langen** (CDU), 59 J.  
 13. 10. **Manfred Degen** (SPD), 55 J.  
 14. 10. **Helmut Harbich** (CDU), 62 J.  
 14. 10. **Loke Mernizka** (SPD), 55 J.  
 16. 10. **Klaus Stallmann** (CDU), 49 J.  
 17. 10. **Horst Steinkühler** (SPD), 58 J.  
 20. 10. **Erika Rothstein** (SPD), 59 J.  
 23. 10. **Karl-Heinz Brülle** (SPD), 45 J.

★

**Ilse Ridder-Melchers**, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, begeht am 28. September ihren 50. Geburtstag. Aus Hindenburg in Oberschlesien stammend, machte Frau Ridder-Melchers 1965 Abitur. Der SPD gehört sie seit 1966 an. Seit 1970 ist sie Mitglied des Vorstands des Unterbezirks Münster und seit 1976 Mitglied des neuen Unterbezirks Coesfeld, 1977 wurde sie Unterbezirkvorsitzende und 1985 Mitglied des Landesvorstands. Seit 1982 ist die Politikerin darüber hinaus AsF-Landesvorsitzende. 1986 wurde sie zur Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann ernannt. Seit 1990 ist sie als Ministerin tätig. Dem Landtag gehört Ilse Ridder-Melchers mit einer kleinen Unterbrechung seit 1977 an. Sie ist in Coesfeld zu Hause, verheiratet und hat zwei Kinder.

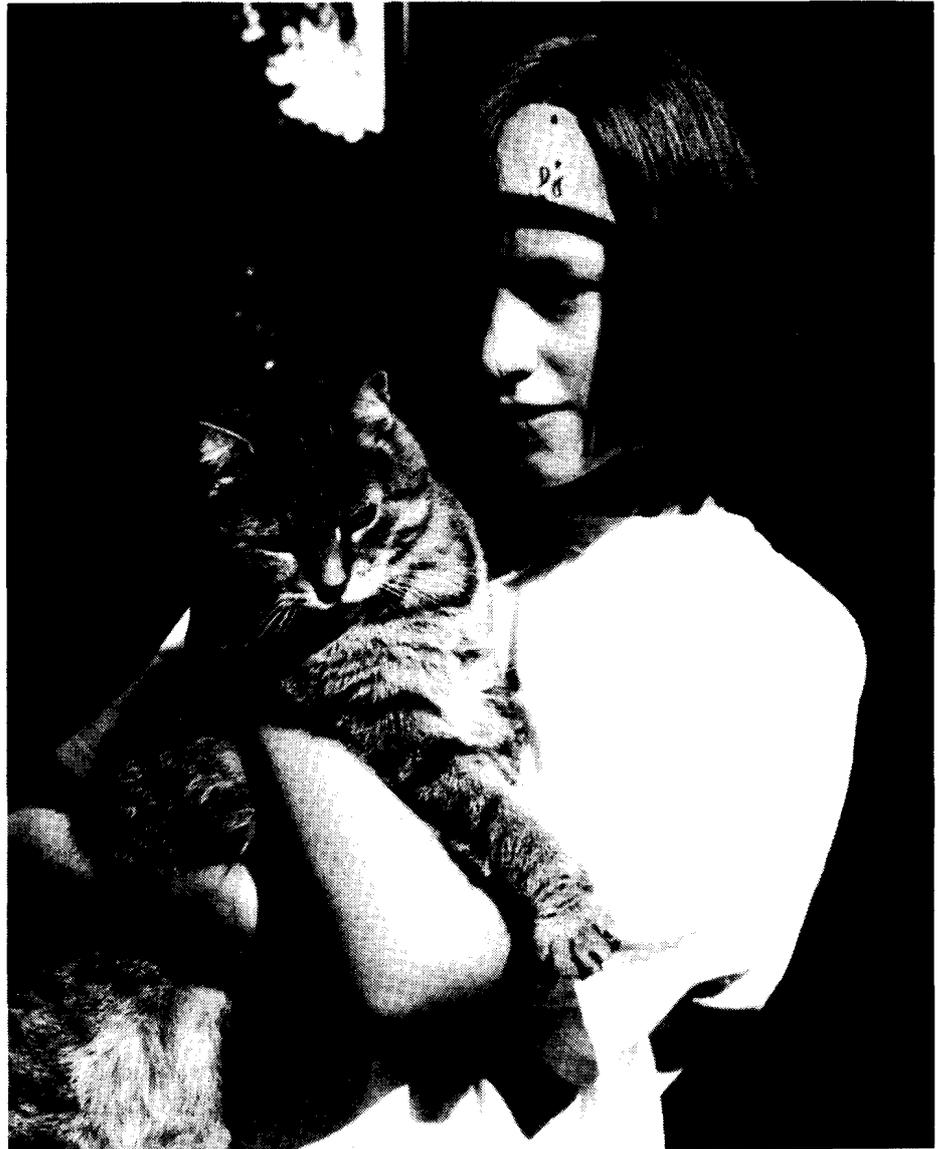
★

**Heinrich A. Große-Sender**, Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen, ist bei den Wahlen zum Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung wiedergewählt worden. Bei der fünften Mitgliederversammlung in Münster der in Hamburg ansässigen Gesellschaft wurden ferner das Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, **Professor Dr. Ulrich Karpen**, als Vorsitzender sowie die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, **Professorin Dr. Jutta Limbach**, Bundesverfassungsrichter **Professor Dr. Dieter Grimm**, der Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, **Herbert Helmrich**, **Dr. Ortleib Fliedner** und **Dr. Jürgen Jensen** vom Bundesinnenministerium, **Dr. Harald Kindermann** vom Auswärtigen Amt sowie der Justitiar des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, **Dr. Friedrich Kretschmer** im Vorstand bestätigt.

★

**Dr. Theodor Schwefer** (CDU), Mitglied des Landtags von 1970 bis 1985 und in den letzten vier Jahren seiner Parlamentstätigkeit Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, der im Februar nächsten Jahres 65 Jahre alt wird, tritt als Direktor der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co in Köln zurück. Zu Schwefers Nachfolger beriefen die Westlotto-Gremien **Winfried Wortmann**, der seit 1976 bei der Westdeutschen Landesbank Girozentrale (WestLB) in verschiedenen Funktionen tätig ist.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Vom Stubentiger zum Raubtier

*Noch nie gab es in Deutschland so viele Hauskatzen wie derzeit. Annähernd sechs Millionen Tiere leben in deutschen Haushalten. Damit gibt es mehr Katzen als Hunde, die als Haustiere gehalten werden, und an denen auch immer mehr junge Leute Gefallen finden, wie auf obigem Bild zu sehen ist. Untersuchungen der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten und der Universität Gießen belegen, daß Hauskatzen für kleinere wildlebende Tiere eine zunehmende Gefahr darstellen. Während früher Katzen hauptsächlich auf Bauernhöfen zu Hause waren, um dort Mäuse zu fangen, wird das Gros der Katzen heute als Hausgenossen gehalten, zum Teil in Etagenwohnungen in der Großstadt. Erhalten sie dann freien Auslauf, kommt ihr Raubtiererbe zum Durchbruch, sie machen nicht nur Jagd auf Mäuse, sondern auch auf viele andere Kleintiere, insbesondere Vögel. Da Katzen mit Hilfe ihrer scharfen Krallen selbst auf hohe Bäume zu klettern vermögen, sind auch Singvogelnester stark gefährdet. Selbst aus geschlossenen Meisenkästen wurden von Katzen schon Jungvögel erbeutet. Der Präsident der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF), Rolf Kalkkuhl, richtet daher an alle Katzenhalter den dringenden Appell: „Lassen Sie Ihre Lieblinge nicht unbeobachtet in der freien Natur und in Gärten laufen. Verhindern Sie durch rechtzeitige Sterilisierung die unkontrollierte Vermehrung Ihrer Katzen. Hilfreich kann auch ein kleines Halsband mit einem Glöckchen sein.“*